Aus dem Fachgebiet Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin
der Medizinischen Fakultät Mannheim
der Universität Heidelberg
Leiter: Prof. Dr. med. Axel W. Bauer

**Der Freiburger Grafeneck-Prozess:
Die strafrechtlichen Verfahren gegen Dr. med. Ludwig Sprauer
(1884 – 1962) und Dr. med. Arthur Josef Schreck (1878 – 1963) we-
gen der Tötung psychisch Kranker aus den badischen Heilanstalten
während der nationalsozialistischen Diktatur.**

Inauguraldissertation
zur Erlangung des Medizinischen Doktorgrades
der Medizinischen Fakultät Mannheim
der Ruprecht-Karls-Universität zu Heidelberg

vorgelegt von
Ramona Schmidt
aus Bonn

Mannheim 2023

Dekan: Prof. Dr. med. Sergij Goerd
Referent: Prof. Dr. med. Axel W. Bauer

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	5
2	ZUR BIOGRAPHIE DER ANGEKLAGTEN	9
2.1	Ludwig Sprauer (1884-1962)	9
2.2	Arthur Josef Schreck (1878-1963)	10
3	DIE NS-EUTHANASIE AKTION T4 ZWISCHEN 1939 UND 1945	13
3.1	Hintergrund und historische Einordnung	14
3.2	Eugenik und Rassenhygiene	14
3.3	Politisierung der Wissenschaft – Von der Rassenhygiene zur Euthanasie	15
3.4	Planung und Organisation der <i>Aktion T4</i>	17
3.5	Organisation der Tötungen	20
3.6	Einrichtung der <i>Kinderfachabteilungen</i>	23
3.7	Abbruch der <i>Aktion T4</i>	24
4	TÖTUNGSANSTALT GRAFENECK	27
4.1	Ludwig Sprauers Funktion und Handeln	29
4.2	Arthur Josef Schrecks Funktion und Handeln	32
5	FREIBURGER GRAFENECK-PROZESS 1946-1950	37
5.1	Chronologie der Ermittlungen	37
5.2	Die Rechtsgrundlage	45
5.3	Urteil	46
5.4	Urteilsbegründung Sprauer	47
5.5	Urteilsbegründung Schreck	54
5.6	Strafmaß	59
5.7	Die Revision	61
6	GNADENGESUCH 1950 – 1958	67

7	DISKUSSION	76
7.1	Medizinhistorische Betrachtung	77
7.2	Medizinethische Beurteilung	91
8	ZUSAMMENFASSUNG	96
9	LITERATURVERZEICHNIS	104
	LEBENS LAUF	111
	DANKSAGUNG	112

1 EINLEITUNG

Zwischen 1939 und 1945 wurden im nationalsozialistischen Deutschland schutzbedürftige Personen, Menschen mit psychischen oder neurologischen Erkrankungen, Menschen mit geistiger Behinderung oder auch Altersschwäche ermordet. Auch Kinder gehörten zu den Opfern. Gab es keine Aussicht auf Heilung oder Besserung des Zustandes, oder waren die Menschen nicht fähig, der Gemeinschaft durch Arbeitsfähigkeit zu dienen, so wurden sie als „nutzlose Esser“ zu Gunsten der Rassenhygiene und Entlastung der Volkswirtschaft in Gaskammern vernichtet oder durch Nahrungsmittelentzug oder Medikamentenüberdosierungen beseitigt. Man schaffte so außerdem Platz und Ressourcen für „heilbare“ Kranke und Kriegsverletzte. Die *Aktion T4*, benannt nach ihrer Leitungszentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4, bestand aus einem ausgeklügelten Organisationsapparat, der die Vernichtungsaktion umsetzte. Angehörige der Patienten der Heil- und Pflegeanstalten wurden heimtückisch getäuscht. Man verschleierte die Verlegungsgründe, das Transportunternehmen, verwischte Spuren durch Zwischenanstalten, fälschte Sterbeurkunden und nannte falsche Todesursachen. Endstation für die Opfer der *Aktion T4* waren für die industrialisierte Tötung eingerichtete Vergasungsanstalten.¹

Grafeneck war die erste der insgesamt sechs Tötungsanlagen, die in Betrieb ging. Zwischen Januar und Dezember 1940 wurde dort nach heutigem Wissensstand 10.654 Menschen das Leben genommen. Von diesen stammten ungefähr 4.000 aus Anstalten in Württemberg und Hohenzollern, 4.500 aus Anstalten in Baden und über 2.000 aus Anstalten des übrigen Deutschlands. Die Opfer wurden aus 40 Heil- und Pflegeanstalten des heutigen Baden-Württembergs nach Grafeneck verlegt, von denen sich 22 in Württemberg, 17 in Baden und 1 in Hohenzollern befanden.²

Die Französische Militärregierung leitete 1945 ein Verfahren zur Aufklärung der Grafenecker Morde ein. 1946 übergab sie diese Aufgabe dem Badischen Justizministerium in Freiburg. Unter den Beschuldigten befanden sich Ludwig Sprauer (1884-1962), Ministerialrat und ehemaliger Leiter der Gesundheitsabteilung des Badischen Ministeriums des Innern und Arthur Josef Schreck (1878-1963), Medizinalrat und ehemaliger

---

¹ Vgl. Kapitel 3.

² Vgl. Kapitel 4.

Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Rastatt, stellvertretender Direktor der Illenauer und Wieslocher Anstalt und Leiter der *Kinderfachabteilung* in Wiesloch sowie Meldebogen Gutachter der *Aktion T4*. Der Prozess gegen die beiden Mediziner wurde am 21. Oktober 1948 vor dem Oberlandesgericht Freiburg eröffnet und in 5 Sitzungen verhandelt. Sie wurden wegen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit nach dem Kontrollratsgesetz 10 und Beihilfe zum Mord nach dem Strafgesetzbuch zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt. Schreck wurde außerdem des Totschlags in drei Fällen schuldig gesprochen. Gegen das Urteil legte die Verteidigung erfolgreich Revision ein. Eine weitere Revision blieb erfolglos. Die beiden Verurteilten richteten sich in den darauffolgenden Jahren mehrfach mit einem Gnadengesuch an die Generalstaatsanwaltschaft, dem schließlich Ende der 1950er Jahre stattgegeben wurde.³

Die aktuellen gesellschaftlichen und politischen Debatten, die mit der Aufhebung des Verbots der „geschäftsmäßigen“ Sterbehilfe einhergehen, deuten auf die auch noch nach 75 Jahren bestehende Relevanz der NS-Euthanasie Forschung hin. Auch die ständige Weiterentwicklung der (gen-)diagnostischen und (gen-)manipulativen Möglichkeiten unterstreicht, dass die Frage nach dem Lebenswert chronisch kranker oder behinderter Menschen immer wieder gestellt wird, weshalb es auch heute noch von großer Wichtigkeit ist, die Geschichte der NS-Euthanasie zu erzählen und sich zu erinnern.⁴

Dennoch findet diese Geschichte in der öffentlichen Debatte um die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands – anders als in der medizinhistorischen Forschung – nur geringe Beachtung. Lange Zeit waren die Opfer nicht einmal als NS-Verfolgte anerkannt. Das geringe öffentliche Bewusstsein dieser Taten ist, trotz des mittlerweile umfangreichen Forschungsstandes, bestürzend.⁵ In der frühen Nachkriegszeit war die deutsche Ärzteschaft bemüht zu betonen, dass nur einzelne Ärzte an der NS-Euthanasie beteiligt waren, welche keineswegs repräsentativ für die gesamte Berufsgruppe seien. Publikationen und Dokumentationen, welche die NS-Euthanasie kritisch beleuchteten, blieben größtenteils unbeachtet. Der internationalen Wissenschaft verschwiegen man die Vorgänge in der deutschen Psychiatrie gänzlich. Es herrschte ein kollektives Schweigen über die Krankentötungen. Erst in den 1960er begannen

---

³ Vgl. Kapitel 5 und 6.

⁴ Oberländer, 2022, S. 35.

⁵ Mundt, Hohendorf, & Rotzoll, 2001, S. 5.

einzelne Psychiater und wenige Medizinhistoriker sich mit den Krankentötungen zu befassen. Es wurden, meist durch studentische Initiative, Geschichts-Werkstätten zur Aufarbeitung der lokalen Historie gegründet. Ab Mitte der 1970er Jahre kam es dann vermehrt zur Auseinandersetzung mit der NS-Euthanasie durch Journalisten und Medizinhistoriker.⁶ Mit den Arbeiten von Ernst Klee (1942-2013) und Hans-Walter Schmuhl entstanden in den 1980er Jahren die ersten Standardwerke der Forschung zur NS-Euthanasie.⁷ Götz Aly und Karl-Heinz Roth veröffentlichten 1984 eine Gesamtübersicht der Verbrechen.⁸ Auch die individuellen Geschichten der betroffenen Heil- und Pflegeanstalten und der Vergasungsanstalten wurde aufgearbeitet.⁹

Hervorzuheben ist im Rahmen der vorliegenden Arbeit Thomas Stöckle, der einen einschlägigen Forschungsbeitrag zur Tötungsanstalt Grafeneck leistete.¹⁰ Seit 1983 kommt der *Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ und Zwangssterilisation* zweimal jährlich zusammen. Dazu erscheint regelmäßig ein Sammelband mit den Tagungsbeiträgen, welcher einen Überblick zum aktuellen Stand der Forschung gibt.¹¹ In den 1990er Jahren gab es unzähligen Veröffentlichungen rund um den NS-Euthanasie Themenkomplex. Einige Forschende richteten nun auch ihr Augenmerk auf die Beteiligung von Ärzten und Wissenschaftlern.¹² Nach dem Fall der Berliner Mauer im November 1989 und der deutschen Wiedervereinigung im Oktober 1990 fanden sich rund 30.000 bisher verschollene NS-Euthanasie Patientenakten in den Staatsarchiven der ehemaligen DDR.¹³ Diese wurden der Wissenschaft 1999 zur Verfügung gestellt. Das Heidelberger Forschungsprojekt „Zur wissenschaftlichen Erschließung und Auswertung des Krankenaktenbestandes der NS-Euthanasie-Aktion T4 (Bestand R 179 im Bundesarchiv Berlin)“ untersuchte eine Stichprobe von rund 3.000 Opferakten und verschaffte einen besseren Einblick in die Organisation und Selektionsprinzipien der Krankenmorde sowie erstmals auch in die bedrückenden Einzelschicksalen und Lebensgeschichten.¹⁴ Neben der Beschreibung der Opfergeschichten begann in den 1990er und 2000er Jahren auch die Auseinandersetzung mit den individuellen Persönlichkeiten der Täter.¹⁵ Von den 108 Angeklagten, die vor

---

⁶ Pfeiffer, 2007, S. 332-359.

⁷ Klee, 1995, Klee, 2001, Klee, 2005, Klee, 2010, Schmuhl, 1987.

⁸ Aly & Roth, 1984.

⁹ z.B. Morlok, 1985, Sick, 1983, Roer & Henkel, 1986, Richarz, 1987.

¹⁰ Stöckle, 2020.

¹¹ Der Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ und Zwangssterilisation, 2021.

¹² z.B. Blasius, 1981, Bastian, 1981, Bastian, 1982, Müller-Hill, 1984.

¹³ Pfeiffer, 2007, S. 332-359.

¹⁴ Fuchs, et al., 2006, S. 16-18, Rotzoll, et al., 2006, Fuchs, Rotzoll, Müller, Richter, & Hohendorf, 2014.

¹⁵ z.B. Hohendorf & Magull-Seltenreich, 1990, Laufs, 1992, Teller, 1990, Benzenhöfer, 2019.

westdeutschen Gerichten standen, wurden bisher jedoch nur ein Bruchteil Gegenstand der Forschung. Ebenso ist ein Großteil der Gerichtsverfahren noch unbeschrieben.¹⁶ Weitestgehend unerforscht ist das Verhalten der Angehörigen. Es ist völlig unklar, wie viele von ihnen von dem Schicksal der Patienten wussten, sie zu retten versuchten oder auch bewusst darauf verzichteten und wie viele von der Ermordung nichts ahnten. Die Rekonstruktion dieser Informationen ist nahezu unmöglich.¹⁷ Noch am Anfang steht die wissenschaftliche Aufarbeitung der Verbrechen, die sich der Kommunen und den von dort stammenden Opfern annimmt.¹⁸

Nirgendwo sonst in Baden-Württemberg lassen sich die Verbrechen des NS-Staates räumlich und zeitlich so verorten wie 1940 in Grafeneck. 1948 und 1949 wurden in Freiburg und in Tübingen nur sehr wenige Täter verurteilt.¹⁹ Die vorliegende Dissertation soll mehr Aufschluss über den Grafeneck-Prozess vor dem Landgericht Freiburg, das sich anschließende Gnadengesuch und die Täterpersönlichkeiten Schrecks und Sprauers geben. Wie kam es dazu, dass der Prozess bei einer Vielzahl an Tätern nur gegen die beide Angeklagten geführt wurde? Welche Funktion hatten Schreck und Sprauer in der NS-Euthanasie, und warum haben sie sich als Ärzte an ihr beteiligt? Welchen Einfluss hatten die französische Besatzungsmacht und die Nachkriegszeit auf den Prozessverlauf und das Urteil? Wie kam es dazu, dass die Verurteilten ihre Strafe nur zu einem geringen Teil verbüßten? Etwaige Besonderheiten im Vergleich zu anderen NS-Euthanasie Prozessen sollen hierbei beleuchtet werden.

---

¹⁶ Dencker, 2006.

¹⁷ Stöckle, 2020, S. 152.

¹⁸ Oberländer, 2022, S. 23.

¹⁹ Stöckle, 2020, S. 15.

2 ZUR BIOGRAPHIE DER ANGEKLAGTEN

Die biografischen Verläufe von Ludwig Sprauer und Arthur Josef Schreck sind durch eine komplexe Ambivalenz gekennzeichnet, die ihre Verstrickung in die Euthanasie Verbrechen als kontroverses Element hervorhebt. Geboren am Ende des 19. Jahrhunderts fanden sie eine tragische Verbindung zu einem dunklen Kapitel der medizinischen Historie. Die im Folgenden dargelegten Subtilitäten ihrer Lebenswege manifestierten sich in ihrer Rolle innerhalb der *Aktion T4*, die über ihre medizinischen Beiträge hinausreicht und unauslöschliche Stigmata auf die deutsche Gesellschaft und Ärzteschaft warf.

2.1 Ludwig Sprauer (1884-1962)

Ludwig Sprauer wurde am 19. Oktober 1884 in Heidelberg als Sohn eines Güterverwalters der damaligen Badischen Staatsbahn geboren. Er besuchte die Volksschule in Heidelberg und anschließend die Großherzoglichen Gymnasien in Durlach und Karlsruhe²⁰. Die Reifeprüfung bestand er 1902 und studierte danach Medizin an den Universitäten Freiburg, Straßburg und Berlin. 1907 schloss er das Medizinstudium in Freiburg ab und promovierte anschließend zum Doktor der Medizin. Seine Zeit als Assistenzarzt verbrachte Sprauer für einige Monate in der Heidelberger Kinderklinik sowie im Diakonissenhaus in Freiburg. Es folgten 15 Monate in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch. Von 1910 bis 1918 ließ sich Sprauer als Praktischer Arzt in Staufen im Breisgau nieder. Während des Ersten Weltkriegs arbeitete er in badischen Lazaretten zunächst als Unter- und später als Oberarzt. Neben seiner ärztlichen Tätigkeit engagierte er sich 1918 als stellvertretender Vorsitzender des Soldatenrats in Staufen. Nach Kriegsende war er von 1919 bis 1920 als Anstaltsarzt am Landesgefängnis in Mannheim tätig und erhielt den Titel des Medizinalrats. Es folgte die Beschäftigung als Bezirksarzt, die er von 1920 bis 1925 in Stockach, von 1925 bis 1930 in Oberkirch und von 1930 bis 1934 in Konstanz ausübte. Nachdem er im Februar 1933 in die NSDAP eingetreten war, wurde er kurz darauf Stadtrat in Konstanz. 1934 wurde Sprauer zum Obermedizinalrat befördert und als Leiter der Gesundheitsabteilung ins Badische

---

²⁰ Es handelt sich um das heutige Markgrafen-Gymnasium in Durlach und um das heutige Bismarck-Gymnasium in Karlsruhe.

Innenministerium nach Karlsruhe versetzt. 1938 folgte seine Ernennung zum Regierungsdirektor und noch 1944 zum Ministerialrat. Der Katholik Ludwig Sprauer war verheiratet und hatte mehrere Kinder. Zum Zeitpunkt des Euthanasie-Prozess war er nicht vorbestraft.²¹

2.2 Arthur Josef Schreck (1878-1963)

Arthur Josef Schreck wurde am 15. August 1878 in Baden-Baden als unehelicher Sohn der 22-jährigen Karoline Epp (1856-1906) aus dem südbadischen Rheinweiler und des Arztes Josef Schreck (1853-1931), Medizinalrat und späterer Ehrenbürger der Stadt Pfullendorf geboren. Schrecks Vater heiratete zunächst in eine angesehene Kaufmannsfamilie ein, ehelichte aber nach dem Tod seiner ersten Schrecks Mutter und brachte in diese seine eigenen vier Kinder mit. Bis zu diesem Zeitpunkt war Schreck in eher ärmlichen Verhältnissen bei seiner Mutter aufgewachsen.²² Nach Abschluss der Realschule in Überlingen begann Schreck eine Apothekerlehre. Nachdem er sich dann jedoch dazu entschlossen hatte, Arzt zu werden, brach er die Ausbildung ab und besuchte das Gymnasium in Konstanz, wo er 1900 die Reifeprüfung bestand. Medizin studierte er in der Folge an den Universitäten Würzburg, Freiburg im Breisgau, München und Heidelberg. 1905 erhielt Schreck die Approbation als Arzt und promovierte 1906 an der Universität Freiburg zum Doktor der Medizin. Er arbeitete zunächst als Assistenzarzt im Städtischen Krankenhaus in Konstanz überwiegend im chirurgischen Bereich. Anschließend übernahm er verschiedene Arztvertretungen und war zweimal je drei Monate lang Volontärarzt an der Württembergischen Heil- und Pflegeanstalt in Schussenried und in der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg. 1909 übernahm Schreck die Arztpraxis seines Vaters in Pfullendorf, beendete diese Tätigkeit aber einige Jahre später aus gesundheitlichen Gründen.²³ Im gleichen Jahr heiratete er Emma Waldschütz und bekam mit ihr zwei Kinder, 1910 die Tochter Anneliese und 1912 den Sohn Hans Werner. 1913 fand Schreck in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau als außerplanmäßiger Hilfsarzt Anstellung. Da Schreck von Geburt an einseitig schwerhörig war, wurde er vom Wehrdienst freigestellt und arbeitete 1914 stattdessen im Kriegslazarett. Für seine dortige Arbeit erhielt er 1916 das Kriegsverdienstkreuz.

---

²¹ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 5f.

²² Eberle, 2018, S. 326.

²³ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 6.

1915 kehrte er an die Illenauer Anstalt zurück mit einer planmäßigen Einstellung und Verbeamtung. 1928 wurde er zum Oberarzt und Medizinalrat ernannt. Schreck genoss in Illenau einen sehr guten Ruf und wurde aufgrund seines als „väterlich“ und „gütig“ beschriebenen Charakters auch „Vati“ genannt. Laut seiner eigenen Aussage nahm er sich für die Kranken immer sehr viel Zeit und ging auf deren Wünsche ein.²⁴

Am 5. Mai 1933 trat Schreck der NSDAP bei, übernahm aber keine spezifischen Funktionen oder Parteiämter. 1934 übernahm er die Leitung der Pflegeanstalt Rastatt bis zu deren Auflösung im Sommer 1940.²⁵ Bei der Eröffnung der Heil- und Pflegeanstalt Rastatt sagte Schreck, dass er in den Kranken keine Versuchsobjekte, sondern arme Menschen, bedauernswerte Volksgenossen, mit Anspruch auf Verständnis, Fürsorge und Liebe sehe und es deshalb sein Bestreben sei, mit den Kranken in menschlichen Kontakt zu treten und die Anstalt so zu führen, wie es der nationalsozialistischen Weltanschauung entspreche. 1939 kam der Befehl zur Freimachung der Anstalt, nachdem Frankreich und Großbritannien Deutschland den Krieg erklärt hatten. Die Patienten und das Personal wurden in der Zwiefaltener Anstalt aufgenommen und dort eigenständig weitergeführt. Schreck wurde 1940 über die NS-Euthanasie informiert und neben seiner Anstaltsleiter Tätigkeit als Gutachter für die Meldebögen beauftragt. Er begutachtete im Verlauf des Jahres 15.000 Meldebögen und entschied sich in 8.000 Fällen für ein Todesurteil. Von seinen Patienten der Rastatter Anstalt wurden 448 in Grafeneck ermordet. Nachdem die Heil- und Pflegeanstalt dann am 15. Juni 1940 geschlossen wurde, arbeitete Schreck für kurze Zeit in Berlin in der Arbeitsgemeinschaft der Heil- und Pflegeanstalten W9. Anschließend übernahm er in der Illenauer Anstalt die Leitung als Urlaubsvertretung für Hans Römer (1878-1947). Die Anstalt befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits in der Auflösung. Mindestens 260 ihrer Patienten wurden in Grafeneck ermordet, 164 wurden nach Emmendingen verlegt. Schrecks nächste Position führte ihn an die Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch als stellvertretender Direktor. Später übernahm er dort die Leitung der *Kinderfachabteilung*. Nachdem diese 1941 geschlossen wurde, leitete er die Abteilung für psychisch kranke Straftäter und Sicherungsverwahrte. Am 26. Mai 1944 beantragte er seine Versetzung in den Ruhestand, der stattgegeben wurde. Am 26. Oktober des darauffolgenden Jahres wurde er von den Franzosen verhaftet und in Baden-Baden im Gerichtsgefängnis

---

²⁴ Eberle, 2018, S. 327f.

²⁵ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 6.

interniert. Am 19. April 1947 wurde er nach Freiburg in deutsche Haft überführt.²⁶ Arthur Josef Schreck war katholisch, trat aber 1941 aus der Kirche aus. Er war zum Zeitpunkt der Gerichtsverhandlungen nicht vorbestraft.²⁷

---

²⁶ Eberle, 2018, S. 332-337.

²⁷ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 6.

3 DIE NS-EUTHANASIE AKTION T4 ZWISCHEN 1939 UND 1945

Die Heil- und Pflegeanstalten Deutschlands wurden vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkriegs zum Schauplatz eines Massenmordes. Zwischen 1939 und 1945 wurden schätzungsweise mehr als 300.000 psychisch kranke, geistig behinderte und altersschwache Menschen unter dem Deckmantel der „Euthanasie“ – also des „guten Todes“ – im Auftrag des NS-Staates ermordet. Der alleinstehende Begriff „Euthanasie“ soll in dieser Arbeit daher nicht verwendet werden, sondern in Form des Begriffs „NS-Euthanasie“ deutlich auf den Umstand des sprachlichen Deckmantels hinweisen.²⁸ Die meisten Opfer wurden in Tötungsstationen transportiert und dort mit dem Gas Kohlenmonoxid (CO) ermordet. Die übrigen Opfer starben in den Heil- und Pflegeanstalten durch Nahrungsmittelentzug, Vernachlässigung oder Überdosierung von Medikamenten. An der Aktion beteiligten sich Ärzte, Pflegepersonal, Verwaltungsfachleute und SS-Angehörige.²⁹ Bei der Analyse lassen sich mehrere Formen und Phasen des Massenmordes unterscheiden:

- Erschießung und Vergasung von polnischen und deutschen Patienten in den Reichsgauen Danzig-Wartheland und Westpreußen zu Beginn des Zweiten Weltkriegs
- Ermordung von mindestens 5.000 Kindern und Jugendlichen in den *Kinderfachabteilungen* von 1939-1945
- Vergasung von etwa 70.000 Patienten aus deutschen Heil- und Pflegeanstalten als sogenannte *Aktion T4* von Januar 1940 bis August 1941
- Sonderaktion gegen mindestens 1.000 jüdische Patienten 1940
- Fortführung der *Aktion T4* als dezentrale NS-Euthanasie
- Versuch die regionale Euthanasie mit Hilfe der *Aktion Brandt* 1943 wieder in eine zentral geführte Form überzuleiten³⁰

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich hauptsächlich mit der *Aktion T4*.

---

²⁸ Mit dieser Wortwahl soll jedoch keineswegs ausgedrückt werden, dass es sich bei der Euthanasie im Sinne von aktiver Sterbehilfe oder assistiertem Suizid um eine fraglos „gute“ Praxis handelt, wie die aktuellen Debatten um die §§ 216 und 217 StGB in Deutschland erkennen lassen.

²⁹ Schmuhl, 1987, S. 106-125.

³⁰ Schmuhl, 2006, S. 3f.

3.1 Hintergrund und historische Einordnung

Die Tötung von Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen war kein genuin nationalsozialistischer Gedanke. Ideologische Grundlagen dafür waren die im 19. Jahrhundert entstandenen Lehren der Eugenik und Rassenhygiene. Ihre Vertreter sahen die Erbgesundheit eines Volkes durch eine zu starke Vermehrung erblich „Minderwertiger“ gefährdet. Ihre Sterilisation und Anstaltsunterbringung wurden international diskutiert. Nach der Machtübernahme 1933 machten die Nationalsozialisten die Rassenhygiene zur Leitwissenschaft ihrer Gesundheits-, Bevölkerungs- und Sozialpolitik. Die Propaganda betonte vor allem die finanzielle Belastung durch Erbkrankende. Dadurch wurde das Lebensrecht und der Lebenswert von Menschen mit psychischen Erkrankungen und geistigen oder körperlichen Behinderungen in Frage gestellt.³¹

3.2 Eugenik und Rassenhygiene

Im Jahre 1859 veröffentlichte Charles Darwin (1809-1882) die erste Auflage des Werkes *On the origin of species by means of natural selection, or the preservation of favoured races in the struggle for life*. Darwin beschrieb darin eine natürliche Auslese, bei der die besser angepasste Spezies gegen die schlechter angepasste Spezies im Kampf ums Dasein in der Natur gewinnt.³² Sozialdarwinisten griffen diesen Gedanken in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf und übertrugen ihn auf Menschen und Völker, indem sie unter anderem die Ausmerzungen aller Erbkranken und anderer „Volksschädlinge“ forderten.³³

Der Begriff Eugenik wurde in diesem Zusammenhang 1883 von dem englischen Naturforscher Francis Galton (1822-1911) geprägt, der ein Cousin von Charles Darwin war. Galton verknüpfte dabei die von Darwin dargelegten Ideen vom „Kampf ums Dasein“ mit Rassenlehren, die von der Ungleichheit der menschlichen Rassen ausgingen. Ziel sei es, eine Degeneration des Volkes zu verhindern und die Höherentwicklung der Menschheit zu fördern. Als *negative Eugenik* wurde die Ausmerzungen von Erbkranken durch Sterilisation oder Selektion von Neugeborenen beschrieben. Unter

---

³¹ Hohendorf, Beyer, Thiel, & Rotzoll, 2015, S. 11f.

³² Darwin, 1899, S. 11-16.

³³ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2000, S. 4.

positiver Eugenik verstand man die Unterstützung der übrigen Bevölkerung durch bevölkerungspolitische und sozialstaatliche Maßnahmen. Zu den Anhängern der Eugenik zählten sowohl Konservative und radikale Rechte, aber auch Liberale und sogar Sozialdemokraten und Vertreterinnen der Frauenbewegung. An der Eugenik orientierte Gesetze zur Zwangssterilisation gab es seit dem frühen 20. Jahrhundert in den USA, in Kanada, in der Schweiz und in Skandinavien. In Deutschland setzte sich anstelle des Begriffs *Eugenik* der von dem Arzt und Rassenforscher Alfred Ploetz (1860-1940) geprägte Begriff *Rassenhygiene* durch.³⁴

3.3 Politisierung der Wissenschaft – Von der Rassenhygiene zur Euthanasie

Das griechische Wort *Euthanasie* bedeutet *guter Tod*. Im ursprünglichen Sinn verstand man darunter die ärztliche Begleitung schwer kranker und sterbender Menschen. Ende des 19. Jahrhunderts veränderte sich die Bedeutung dahingehend, dass Ärzte unheilbar kranke Menschen von ihren Leiden durch aktive Beendigung des Lebens erlösen sollten.³⁵ „Wenn wir einen unheilbar Kranken auf seinem Lager unter unsäglichen Schmerzen sich winden sehen, mit der trostlosen Aussicht auf vielleicht noch monatelanges Siechthum, ohne Hoffnung auf Genesung, wenn wir durch die Räume eines Irrenhauses gehen, und es erfüllt uns der Anblick des Tobsüchtigen oder des Paralytikers mit all dem Mitleid, dessen der Mensch fähig ist, dann muß doch trotz allen eingesogenen Vorurtheilen der Gedanke in uns rege werden: Haben diese Menschen nicht ein Recht auf den Tod, hat nicht die menschliche Gesellschaft die Pflicht, ihnen diesen Tod möglichst schmerzlos zu geben?“ Der Philosophiestudent Adolf Jost (1874-1908) stellte diese Frage in dem von ihm 1895 veröffentlichtem Buch *Das Recht auf den Tod*. Neben dem Argument des Leidens brachte Jost aber auch die angebliche Nutzlosigkeit psychisch kranker oder behinderter Menschen gegenüber ihren Mitmenschen an.³⁶

Bis zum Ersten Weltkrieg fand die Debatte um die Euthanasie nur in kleinen, durch Sozialdarwinismus und Rassenhygiene geprägten rechtsintellektuellen Kreisen statt. Der Mythos, dass die „Besten“ des Volkes auf den Schlachtfeldern geopfert wurden,

---

³⁴ Schmuhl, 1987, S. 30-37.

³⁵ Hohendorf, Beyer, Thiel, & Rotzoll, 2015, S. 11.

³⁶ Jost, 1895, S. 6.

während die Geisteskranken in den Anstalten künstlich am Leben gehalten würden, diene in der Nachkriegszeit während der wirtschaftlichen Not der Förderung einer politischen Radikalisierung.³⁷ Im Jahre 1920 veröffentlichten der renommierte Leipziger Strafrechtler Karl Binding (1841-1920) und der Freiburger Psychiatrie-Ordinarius Alfred Erich Hoche (1865-1943) die Schrift *Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form*. Sie forderten die Tötung psychisch kranker und geistig behinderter Menschen. Die Tötung von Kleinkindern wurde unter den Rassenhygienikern als Möglichkeit zur Verbesserung der erblichen Beschaffenheit des Volkskörpers diskutiert. Binding und Hoche begründeten diese „Euthanasie“ vor allem mit ökonomischen Motiven. Sie erörterten die Frage, ob es Menschen gebe, die so stark die Eigenschaft des Rechtsgutes eingebüßt hätten, dass ihr Weiterleben für sie selbst und für die Gesellschaft an Wert verloren habe. Hoche kam zu dem Schluss, dass die Beseitigung „geistig völlig Toter“ kein Verbrechen und auch keine unmoralische Handlung, sondern einen erlaubten und nützlichen Akt darstelle. Er argumentierte, dass dem Nationalvermögen, durch die Pflege von diesen „Ballastexistenzen ungeheures Kapital für einen unproduktiven Zweck“ entzogen würde.³⁸

Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens wurde in der Weimarer Republik kontrovers diskutiert. In Abhängigkeit von der sozioökonomischen Situation kam die Debatte Mitte der 1920er Jahre etwas zur Ruhe, um dann mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise nach dem Jahr 1929 wieder lauter zu werden. Die Achtung vor dem Leben und der Würde des Einzelnen wurden zu einer Zeit hinterfragt, in der die Weimarer Republik nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch zerrüttet war und kurz vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten stand. Die Idee von der Stärkung der Gesunden und Starken durch die Opferung der Schwachen fand unter Ärzten, Politikern, Juristen, Ökonomen und Wissenschaftlern immer mehr Anklang.³⁹

Wo die Rassenhygiene eine Bedrohung für den Fortbestand des Volkes durch die Vermehrung der als erblich minderwertig definierten Menschgruppe sah, verbarg sich auch ein Werturteil über die gesellschaftliche und ökonomische Brauchbarkeit dieser Gruppe. So war der Weg zu der Einstellung nicht weit, die Patienten der Heil- und Pflegeanstalten als eine nicht mehr tragbare ökonomische Last anzusehen, was

---

³⁷ Hohendorf, 2014, S. 37.

³⁸ Binding & Hoche, 1920, S. 27, 54-57.

³⁹ Hohendorf, 2016, Schmuhl, 1987, Schwartz, 1998.

später in der rassenhygienischen Propaganda des NS-Staates besonders hervorgehoben wurde.⁴⁰

Ab 1933 machten die Nationalsozialisten die Rassenhygiene zur Leitwissenschaft ihrer Bevölkerungs- und Sozialpolitik. Am 1. Januar 1934 trat das *Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses* in Kraft, das am 14. Juli 1933 von der Reichsregierung – bereits nicht mehr vom Reichstag – beschlossen worden war. Menschen, die an einer Erbkrankheit litten, durften durch Zwangssterilisation an der Fortpflanzung gehindert werden. Als Erbkrankheiten im Sinne des Gesetzes wurden die folgenden 9 Diagnosen genannt: angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressives Irresein, erbliche Fallsucht (heute Epilepsie), erblicher Veitstanz (heute Chorea Huntington), erbliche Blindheit, erbliche Taubheit, schwere erbliche körperliche Missbildung und schwerer Alkoholismus.⁴¹ Um die Sterilisationspolitik zu legitimieren, wurde eine aufwändige rassenhygienische Propaganda betrieben. Die Forderung nach der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ wurde selten explizit ausgesprochen, aber mit Kriegsbeginn dann im Rahmen der NS-Euthanasie unter dem Deckmantel der *Aktion T4* eingeführt.⁴²

3.4 Planung und Organisation der *Aktion T4*

Die Planung der Maßnahmen zur NS-Euthanasie fand wahrscheinlich bereits im Frühjahr 1939 statt.⁴³ Der Beginn der Aktion stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf Polen am 1. September 1939. Sonderkommandos richteten deutsche und polnische Anstaltspatienten durch Massenerschießungen und Vergasungen hin. Die Ermordung von Menschen, die der Gemeinschaft nicht mehr dienen oder nutzbringende Arbeit leisten konnten, war ein Teil des „Kriegs nach innen“. Sie sollte aber nicht als grausame Untat erscheinen, sondern als Erlösung von sinnlosem Leiden.⁴⁴

---

⁴⁰ Hohendorf, 2014, S. 39.

⁴¹ Bock, 2010, S. 82-91.

⁴² Klee, 2010, S. 34-133.

⁴³ Benzenhöfer, 2001, S. 36.

⁴⁴ Rieß, 1995, S. 53-117.

Die NS-Euthanasie wurde von ihren Begründern als *Aktion T4* bezeichnet, benannt nach dem Sitz der Organisationszentrale in der Berliner Tiergartenstraße 4. Mithilfe von Meldebögen sollten alle Patienten, die in Heil- und Pflegeanstalten lebten, erfasst und anschließend durch Gutachter für die NS-Euthanasie selektiert werden. Die Vernichtung sollte in speziell eingerichteten Tötungsanstalten durch Ermordung mit Kohlenmonoxid umgesetzt werden. Organisiert wurde die *Aktion T4* von der Kanzlei des Führers in Zusammenarbeit mit dem Reichsinnenministerium.⁴⁵ Ausgangspunkt dieser Vernichtungsaktion bildete ein Schreiben Adolf Hitlers, das er Ende Oktober 1939 auf einem privaten Briefbogen unterzeichnete, aber aus Täuschungsgründen auf den Kriegsbeginn 1. September 1939 zurückdatierte. Reichsleiter Philipp Bouhler (1899-1945) und Hitlers Begleitarzt Karl Brandt (1904-1948) wurden damit beauftragt, „die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, dass diese nach menschlichem Ermessen unheilbaren Kranken bei kritischer Beurteilung ihres Krankheitszustandes den Gnadentod gewähren können“. Das Schreiben entbehrte jeder begrenzenden Angabe, welche Leiden körperlicher oder geistiger Art einbezogen werden sollten.⁴⁶

Herbert Linden (1899-1945), Ministerialdirigent im Reichsministerium des Innern, fungierte als Leiter der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Heil- und Pflegeanstalten*, die der *Aktion T4* als Dachorganisation diente und Schnittstelle zwischen der Kanzlei des Führers und den für das Anstaltswesen zuständigen Oberpräsidenten der preußischen Provinzen und Innenministerien der Länder war.⁴⁷ Linden plante die Maßnahmen zur Umsetzung der NS-Euthanasie. Die ersten Meldebögen zur Erfassung und Selektion der Anstaltspatienten wurden am 9. Oktober 1939 an die Heil- und Pflegeanstalten versendet. Linden forderte die jeweiligen Anstaltsleiter in einem Begleitschreiben auf, die anliegenden Meldebögen umgehend nach Maßgabe des beiliegenden Merkblatts auszufüllen und zurückzusenden. Als Grund nannte er die Notwendigkeit planwirtschaftlicher Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten. Auf dem Merkblatt waren die Kriterien aufgelistet, die ein Anstaltsinsasse erfüllen musste, um der NS-Euthanasie zugeführt werden zu können:

- nicht oder nur mit mechanischer Arbeit in den Anstaltsbetrieben Beschäftigte

---

⁴⁵ Hohendorf, 2016.

⁴⁶ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 7.

⁴⁷ Hohendorf, 2014, S. 42.

- an einer der folgenden Krankheiten Leidende: Schizophrenie, Epilepsie, senile Erkrankungen, therapie-refraktäre Paralyse u.a., Lues-Erkrankung, Schwachsinn jeder Ursache, Enzephalitis, Huntington und andere neurologische Endzustände
- seit mindestens 5 Jahren dauernd in Anstalten Lebende
- kriminelle Geistesranke
- Patienten fremder Staatsangehörigkeit oder Rasse ⁴⁸

Obwohl angemerkt wurde, dass die Meldebögen von ärztlichem Personal auszufüllen seien, kam es vielerorts vor, dass Krankenschwestern oder Verwaltungsangestellte diese Aufgabe übernahmen.⁴⁹ Die ausgefüllten Meldebögen wurden von der T4-Dienststelle der Kanzlei des Führers registriert, kopiert und anschließend an drei medizinische Gutachter versandt, die allein anhand der Angaben der Meldebögen über Leben oder Tod der registrierten Patienten entschieden. Die endgültige Entscheidung oblag den Obergutachtern, zu denen auch Linden selbst zählte.⁵⁰ Frauen hatten ein erhöhtes Risiko, zur Tötung ausgewählt zu werden. Schizophrenie ließ sich als die häufigste Diagnose der T4-Opfer ausmachen. Trotz der Annahme, dass die NS-Euthanasie rassenhygienische Ziele verfolgte, hat die Erblichkeit der jeweiligen Erkrankung kaum eine praktische Bedeutung als Selektionskriterium gehabt. Auch Straftäter schienen keinem erhöhten Risiko zu unterliegen, für die Tötung ausgewählt zu werden, obwohl die Konzeption der Meldebogen darauf hindeutete. Die Bewertung der Arbeitsleistung ließ sich als trennschärfstes Selektionskriterium herausarbeiten. Aber auch störende und unangepasste Patienten, sowie Patienten mit einer ungünstigen klinischen Prognose (Unheilbarkeit) hatten ein deutlich erhöhtes Risiko der NS-Euthanasie zum Opfer zu fallen, selbst wenn sie produktiv arbeiteten.⁵¹

Die Anstalten erhielten sodann Transportlisten mit den selektierten Patienten, die von Bussen unter dem Tarnnamen der *Gemeinnützigen Krankentransportgesellschaft GmbH* (GeKraT) abgeholt und in eine der 6 Tötungsanstalten im Reich gebracht wurden. Diese befanden sich in Grafeneck auf der Schwäbischen Alb, Brandenburg an der Havel, Sonnenstein bei Pirna in Sachsen, Hartheim bei Linz in Österreich, Bernburg an der Saale und Hadamar in Hessen. Im Sommer 1940 führte man

---

⁴⁸ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 8-10.

⁴⁹ Ebd., S. 10-12.

⁵⁰ Hohendorf, 2010, S. 323f.

⁵¹ Rotzoll, et al., 2006, S. 50-58.

Zwischenanstalten ein, um die Transportwege zu verschleiern.⁵² Nach der Tötung erhielten die Angehörigen einen „Trostbrief“ und eine gefälschte Sterbeurkunde, für dessen Ausstellung in jeder T4-Anstalt ein Sonderstandesamt eingerichtet wurde. Todesursache und Sterbedatum entsprachen dabei nicht der Wahrheit. Auch die Unterschrift der Vergasungsärzte wurde nicht mit ihrem wahrhaftigen Namen getätigt.⁵³ Reichsführer SS Heinrich Himmler (1900-1945) stellte die SS für die Durchführung der Krankentransporte zur Verfügung. Die *Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege* diente als wirtschaftliche Grundlage für die aus der *Aktion T4* entstandenen Kosten.⁵⁴ Die Umsetzung der Krankenmorde wurde von den Innenministerien auf Länderebene geleitet.⁵⁵

3.5 Organisation der Tötungen

Zunächst wurden selektierte Anstaltsinsassen direkt in die Tötungsanstalten transportiert. Ab Sommer 1940 wurden Zwischenanstalten eingeführt, in denen die Patienten mehrere Wochen oder auch Monate lang ahnungslos auf den definitiven Todestransport warteten. Die Zwischenanstalten waren in der Nähe der Tötungsanstalten gelegen und dienten der besseren Geheimhaltung und einer flexibleren und effektiveren Organisation der industriell betriebenen Maschinerie der Tötungsanstalten. So konnten die Patienten von den Zwischenanstalten entsprechend der Kapazität in den Vergasungseinrichtungen abgerufen werden. Patienten, die ihr Schicksal ahnten und sich zur Wehr setzten, wurden mithilfe sedierender Medikamente ruhiggestellt. Da der Abtransport und die Prozedur in den Tötungsanstalten bürokratisch effektiv organisiert waren, gab es kaum Möglichkeiten zum Widerstand. Die Anstaltsinsassen erhielten bereits beim Abtransport aus ihrer Heimanstalt eine Transportnummer mit Klebestreifen auf den Rücken geschrieben oder ihren Namen auf den Rücken gestempelt und ihr persönliches Eigentum und die Krankenakten wurden mitgegeben. In der Tötungsanstalt wurden sie vom Pflegepersonal in Empfang genommen, mussten sich ihrer Kleidung entledigen und einem der Tötungsärzte vorstellen. Diese überprüften die Identität der Patienten und legten eine plausible Todesursache für die Sterbeurkunde fest. Anschließend wurden die Patienten fotografiert und dann in einer Gruppe in die als

---

⁵² Hohendorf, 2016.

⁵³ Klee, 2010, S. 148.

⁵⁴ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 9, 58.

⁵⁵ Ebd., S. 9-16.

Duschraum getarnte Gaskammer geführt. Einer der Tötungsärzte öffnete dann das Ventil der Gasflaschen. Das in den „Duschraum“ einströmende Kohlenmonoxid führte zum Erstickungstod.⁵⁶ Der Vergasungsraum in Grafeneck konnte zunächst nur 30 bis 40 Personen aufnehmen, wurde dann aber so erweitert, dass ein ganzer Transport von 75 Personen gleichzeitig getötet werden konnte.⁵⁷

Ein Zeuge beschrieb den Tötungsprozess in Hadamar in seiner Aussage vor dem Landgericht Frankfurt am Main wie folgt: „Unten links ging ein kleiner Gang hinein, da sah ich durch die Scheibe. (...) In dem Raum befanden sich Kranke, nackte Menschen, ein Teil halb zusammengesunken, andere hatten den Mund furchtbar weit auf, die Brust arbeitete. Ich sah das, etwas Grauenhafteres habe ich nie gesehen. (...) Die Rücken standen den nackten Menschen überall heraus. Andere saßen auf der Bank, hatten den Mund weit auf, die Augen weit, die Brust ging.“⁵⁸ Nach ungefähr zwei Stunden wurde die Gaskammer gelüftet und die Leichen wurden zum Krematorium transportiert und verbrannt. Den markierten Leichen wurden vor der Verbrennung noch die Goldzähne herausgebrochen. In einzelnen Fällen wurde an den Leichen eine anatomische Sektion zu wissenschaftlichen Untersuchungszwecken vorgenommen. Das Personal des Krematoriums konnte die Arbeit oft nur unter regelmäßigem Alkoholkonsum ertragen. Der durch die Verbrennungen entstehende Rauch war in der Umgebung zu sehen und zu riechen. Jeder ermordete Patient erhielt eine Tötungsnummer, unter der eine fingierte Krankengeschichte geführt wurde. Die Tötung wurde als „Erledigung“ oder „Desinfektion“ bezeichnet.⁵⁹

Die Angehörigen wurden von der Verlegung und dem Ableben erst nach erfolgter Tötung unterrichtet, dies aber auch nur dann, wenn sich ihre Anschrift aus der Patientenakte ergab. Die Beileidsschreiben wurden von sogenannten „Trostbriefabteilungen“ der Tötungsanstalten verfasst und enthielten falsche Angaben über die Todesursache, wie etwa Ruhr, Gallenblasenentzündung, Bauchfellentzündung und ähnliche Diagnosen. Es wurde manchmal auch unter Schilderung erfundener Details versichert, dass alle Bemühungen der Ärzte, den Kranken am Leben zu erhalten, ohne Erfolge geblieben seien. Alle Briefe wiesen darauf hin, dass das Leben eine Qual und der Tod eine

---

⁵⁶ Hohendorf, 2014, S. 44, Hinz-Wessels, Fuchs, Hohendorf, & Rotzoll, 2005, S. 95f.

⁵⁷ Stöckle, 2020, S. 120.

⁵⁸ Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 461/32061, Bd. 7, S. 9 zitiert nach Hohendorf, 2014, S. 45f und Friedlander, 1997, S. 169.

⁵⁹ Hinz-Wessels, Fuchs, Hohendorf, & Rotzoll, 2005, S. 82-95, Hohendorf, 2014, S. 46.

Erlösung für die unheilbar Kranken gewesen sei. Als Grund für die Einäscherung gab man seuchenpolizeiliche Gründe an. Man bat den Hinterbliebenen an, ihnen die Urne ihrer Angehörigen auf eigene Kosten zuzusenden. Die Versendung der Urnen erfolgte nicht von der Vergasungsanstalt aus. Die Grafenecker Urnen beispielsweise wurden von Kurieren nach Stuttgart, Ulm und andere Orte gefahren, da eine derartige Massenversendung von Münsingen aus zu auffällig gewesen wäre. Damit die tatsächlichen Todesumstände nicht erkannt wurden und um zu verhindern, dass in kleineren Gemeinden eine Häufung solcher Briefe aus einer Heilanstalt auffiel, wurden „Absteck-Abteilungen“ eingerichtet, sodass die „Trostbriefe“ zeitversetzt versendet werden konnten. Teilweise wurde der Tod auch durch eine andere Tötungsanstalt beurkundet und die Briefe von dort aus versandt. In der Regel lagen zwischen Tötung und Beurkundung des Todes zwei Wochen, so dass die Zentralverrechnungsstelle der T4-Dienststelle weiter Pflegegelder erhielt und dadurch mit dem Tötungsprogramm Millionen von Reichsmark erwirtschaftete.⁶⁰

Wie stand die Bevölkerung zu den Massenmorden von psychisch und neurologisch kranken Menschen? Die Mehrheit verhielt sich indifferent. Eine Minderheit sprach sich offen für die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ aus. Vor allem unter den Angestellten der Heil- und Pflegeanstalten gab es aber auch Menschen, die sich für die Rettung der ihnen anvertrauten Patienten mithilfe von vorzeitigen Entlassungen, Fälschung der Meldebögen, Benachrichtigung der Angehörigen und anderen Maßnahmen einsetzten. Auch Angehörige versuchten ihre Familienmitglieder zu retten, indem sie sie wieder zu Hause aufnahmen oder im Falle einer schon erfolgten Verlegung versuchten, die Spur zu verfolgen. Auch gab es Bemühungen, durch die Angabe der Umstände des Ablebens in der Todesanzeige die Bevölkerung auf die Massenmorde aufmerksam zu machen. Vor den Vergasungsanstalten gab es wiederholt spontane Missfallenskundgebungen trotz der jahrelangen rassenhygienischen Propaganda der NS-Regierung, die die schon vorher vorhandene Ablehnung gegenüber Psychatriepatienten verstärkt haben dürfte.⁶¹

---

⁶⁰ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 13f, Stöckle, 2020, S. 127-132, Hohendorf, 2014, S. 46f, Klee, 2001, S. 141f.

⁶¹ Schmuhl, 2006, S. 12, Fuchs, et al., 2006.

3.6 Einrichtung der *Kinderfachabteilungen*

1939 übertrug Hitler an Karl Brandt (1904-1948) und Philipp Bouhler (1904-1948) die Zuständigkeit über außergesetzliche Einzeltötungen von Minderjährigen. Unter der Leitung von Viktor Brack (1904-1948) entwickelte ein Gremium, bestehend aus Linden in Vertretung für das Reichsinnenministerium und ärztlichen Vertretern der Pädiatrie, sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie, ein detailliertes Konzept zur Erfassung, Verwaltung, medizinischen Begutachtung und Vernichtung von Minderjährigen mit ausgewählten Krankheiten. Dieses Gremium operierte unter der Tarnbezeichnung *Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden*. Durch einen streng vertraulichen Erlass vom 18. August 1939 an die Landesregierungen war Hebammen und Ärzten die Pflicht auferlegt worden, Neugeborene und Kinder mit schweren angeborenen Missbildungen oder schweren geistigen Schädigungen dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden. Dieses war angewiesen, die Meldung an den *Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden* in Berlin weiterzuleiten, der die Kinder durch die Gesundheitsämter in eigens hierfür von ihm eingerichtete *Kinderfachabteilungen* verlegen und dort durch einen Arzt töten ließ. Die Auswahlkriterien umfassten Idiotie, Mongolismus (besondere Fälle, die mit Blindheit und Taubheit verbunden sind), Mikrozephalus, Hydrozephalus, Missbildungen jeder Art, besonders das Fehlen ganzer Gliedmaßen, schwere Spaltbildungen des Kopfes und der Wirbelsäule, Lähmungen einschließlich die Little'scher Erkrankung. Sicher nachweisbar wurden im Deutschen Reich während des Zweiten Weltkrieges 29 *Kinderfachabteilungen* eingerichtet.⁶² Den Sorgeberechtigten wurde mitgeteilt, dass die Kinder einer einen Erfolg versprechenden Behandlung zugeführt würden und dass in Bedürftigkeitsfällen die Anstaltskosten, die Verlegungskosten und in einzelnen Fällen auch die Kosten für Besuche der Angehörigen übernommen werden würden. Alleinstehende Mütter, die nicht mit der Verlegung einverstanden waren, wurden den Arbeitsämtern gemeldet mit dem Auftrag, sie in Arbeit zu vermitteln, wenn sie bisher durch die Pflege des kranken Kindes nicht beschäftigt worden waren.⁶³ Zunächst sollten die Amtsärzte von Zwangsmaßnahmen absehen, wenn Eltern sich der Verlegung ihrer Kinder widersetzen. Ab September 1941 drohte man ihnen dann aber mit dem Entzug des Sorgerechts.⁶⁴

---

⁶² Topp, 2004, S. 17-23, Klee, 2010.

⁶³ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 45.

⁶⁴ Schmuhl, 2006, S. 7.

Den Kindern wurden immer wieder Überdosen Luminal, teils in Kombination mit Morphin-Skopolamin-Injektionen, verabreicht, um einen natürlichen Krankheitsverlauf vorzutäuschen. Dieses Vorgehen führte zu einem langsamen „Siechtum“ der Kinder. In den bayerischen *Kinderfachabteilungen* ließ man die zum Tode bestimmten Kinder verhungern. Insgesamt kamen so mindestens 5.000 Kinder ums Leben.⁶⁵ Eine Identifizierung der Kinder ist in vielen Fällen aufgrund fehlender Quellen nicht mehr möglich. Auch lässt sich oft nicht abgrenzen, ob die jeweiligen Kinder der *Reichsausschussaktion* oder der *Aktion T4* zum Opfer fielen.⁶⁶

3.7 Abbruch der *Aktion T4*

Am 24. August 1941 wurde die *Aktion T4* kurz nach einer öffentlichen Protestpredigt des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen (1878–1946) auf Anordnung Hitlers eingestellt. Trotz Geheimhaltungsmaßnahmen war es in der Bevölkerung zur erheblichen Beunruhigung wegen der Krankenmorde gekommen.⁶⁷ Neben den Protesten der Bevölkerung und der Kirche kommen auch die Berichterstattung über die NS-Euthanasie im Ausland, die Verschiebungen im Machtgefüge des NS-Regimes, der Überfall auf die Sowjetunion und die Öffnung des „Ostraums“ als Gründe für die Beendigung der *Aktion T4* in Betracht.⁶⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt waren offiziell 70.273 Patienten ermordet worden.⁶⁹ Die Organisationsstruktur der *Aktion T4* blieb jedoch bestehen, und die Anstalten Bernburg, Hartheim und Sonnenschein dienten zum Teil noch bis Ende 1944 als Gasmordanlagen.⁷⁰

Die Zentraldienststelle-T4, die unter dem Namen *Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten* agierte, versuchte die dezentrale Form der Euthanasieaktionen in eine zentrale und kontrollierte Form zurückzuführen und zu steuern.⁷¹ Im Nürnberger Ärztesprozess hieß es, dass die dezentrale NS-Euthanasie ungeplant und regellos vonstatten ging. Die neuere Forschung kann aber belegen, dass es zu einer Reorganisation des Mordapparates kam und in manchen Regionen in noch größerem Umfang

---

⁶⁵ Ebd., S. 8.

⁶⁶ Benzenhöfer, 2020, S. 242-247.

⁶⁷ Faulstich, 1998, S. 271-288, Klee, 2010, S. 242-261.

⁶⁸ Schmuhl, 2006, S. 13.

⁶⁹ Hohendorf, 2016.

⁷⁰ Ley, 2009.

⁷¹ Hohendorf, 2016.

fortgesetzt wurde.⁷² In zahlreichen Heil- und Pflegeanstalten setzten verdeckte Morde durch Medikamentenüberdosierungen oder Nahrungsmittelentzug ein. Über den „Lebenswert“ der Patienten entschieden nun das ärztliche Personal und die Pflegekräfte direkt. Die Arbeitsfähigkeit war dabei immer noch das ausschlaggebende Kriterium. Entscheidend war aber auch wie stark die Patienten den Angestellten zur Last fielen. So konnten auch Fluchtversuche, Diebstahl, Aufsässigkeit, Widersetzlichkeit, Unruhe, Bettnässen, Unsauberkeit, Selbstbefriedigung oder Homosexualität zum Tode führen.⁷³ Die T4 Zentrale führte die lückenlose Erfassung aller Patienten der Heil- und Pflegeanstalten Deutschlands fort.⁷⁴

1942 wurde Hitlers Begleitarzt Karl Brandt beauftragt, in Städten, die besonders vom zunehmenden Luftkrieg betroffen waren, neue Ausweichkrankenhäuser zu errichten. Karl Brandt sollte dabei auch auf die Heil- und Pflegeanstalten zurückgreifen und möglichst viele alte, chronisch Kranke und Psychiatriepatienten in Aufnahmeanstalten in Mittel-, Ost- und Süddeutschland sowie nach Polen verlegen lassen. Dort starben sie entweder durch Vernachlässigung und Hunger oder wurden durch Medikamentenüberdosierungen umgebracht.⁷⁵ Die sogenannte „Aktion Brandt“ führte dazu, dass viele Heil- und Pflegeanstalten geräumt wurden, um nach den schweren Luftangriffen weiteren Platz für Kriegsverletzte zu schaffen. Man geht heute davon aus, dass die Aktion Brandt keine gezielte Vernichtungsaktion war, aber eine Sogwirkung zur Folge hatte. So wurden bevorzugt in den Anstalten Plätze frei, in denen freie Plätze durch Ermordungen geschaffen worden waren. Zu den Opfern zählten nun auch Bewohner von Altenheimen, Patienten, die als Kriegsfolge Nervenzusammenbrüche erlitten hatten, Soldaten mit Zitteranfällen, Lähmungen oder Taubstummheit und tuberkulöse oder psychisch kranke Zwangsarbeiter aus Polen und der Sowjetunion.⁷⁶

Die Tötung „missgebildeter und idiotischer Kinder“ und Jugendlicher unter 16 Jahren durch tödliche Gaben von Schlaf- und Betäubungsmitteln wurde in den *Kinderfachabteilungen* bestimmter Anstalten wie Eichberg, Idstein, Kantenhof und Görden fortgesetzt. Eine Zusammenstellung aus gesicherten und vorsichtig geschätzten

---

⁷² Schmuhl, 2006, S. 13.

⁷³ Ebd., S. 13f.

⁷⁴ Ebd., S. 14f.

⁷⁵ Faulstich, 1998, S. 593-608.

⁷⁶ Schmuhl, 2006, S. 14f.

Opferzahlen ergibt, dass nach dem offiziellen Stopp der NS-Euthanasie allein im Deutschen Reich noch etwa 140.000 Menschen getötet wurden.⁷⁷

---

⁷⁷ Faulstich, 2000, S. 227.

4 TÖTUNGSANSTALT GRAFENECK

Das Schloss Grafeneck bei Gomadingen im Kreis Reutlingen, etwa 25 km südöstlich von Tübingen gelegen, war ursprünglich ein auf einer mittelalterlichen Wehranlage errichtetes Renaissanceschloss. Es wurde 1556 bis 1559 auf Veranlassung des Württembergischen Herzogs Christoph (1515-1568) als Jagdschloss gebaut. Mitte des 18. Jahrhunderts wurde es durch Herzog Karl Eugen (1728-1793) zu einer prachtvollen barocken Schlossanlage und einem angrenzenden kleinem Dorf erweitert. Im 19. Jahrhundert diente das Anwesen als Forstamt, wurde dann aber 1904 samt seinem Landbesitz privatisiert und ging in den Besitz von Max Freiherr von Tessin (*1868) über. Dieser errichtete für seine Pferdezucht das noch heute vorhandene landwirtschaftliche Gebäude. 1923 wurde der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Gerhard Graf von Kanitz (1885-1949) Besitzer Grafenecks, 1925 folgte Kurhausbesitzer Eugen Wörwag und 1928 dann schließlich die Samariterstiftung. Diese nutzte Grafeneck, um das Schloss Reichenberg bei Backnang zu ersetzen. So wurde aus Grafeneck ein Ort zur „Versorgung krüppelhafter und gebrechlicher“ Männer.⁷⁸

Grafeneck wurde der T4-Behörde von den Vertretern des Württembergischen Innenministeriums als Tötungsstandort vorgeschlagen. Es entsprach weitestgehend den gewünschten Kriterien. Unter anderem lag es abgelegen, man hatte die Möglichkeit, das Gelände leicht abzusperren und zu bewachen, und es bestand genügend Raum für bauliche Veränderungen. Zusätzlich befand sich Grafeneck nicht in staatlichem Besitz. Man wollte die NS-Euthanasie Anlagen nicht mit staatlichen Anstalten in Verbindung bringen.⁷⁹ Im Mai 1939 besichtigte Otto Mauthe (1892-1974), stellvertretender Ministerialrat im Württembergischen Innenministerium, die Einrichtung Grafeneck mit zwei weiteren Ministerialbeamten. Am 6. Oktober 1939 folgte eine Besichtigung durch den Ministerialrat und Leiter der Gesundheitsabteilung des Württembergischen Innenministeriums Eugen Stähle (1890-1948), Herbert Linden vom Reichsinnenministerium und Viktor Brack, Oberdienstleiter der Kanzlei des Führers sowie Leiter *Aktion T4*. Die Besichtigung wurde dem Heimleiter nicht angekündigt. Der Vorstand der Samariterstiftung wurde dann bereits am 7. Oktober ins Württembergische Innenministerium bestellt und über das Vorhaben, Grafeneck zu beschlagnahmen, unterrichtet. Am 10.

---

⁷⁸ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2000, Stöckle, 2020, S. 49-51.

⁷⁹ Stöckle, 2020, S. 48f.

Oktober folgte die Unterrichtung des Münsinger Landrats Richard Alber (1893-1962). Die Grafenecker Heimbewohner sollten im Kloster Reute im Kreis Ravensburg aufgenommen werden. Am 11. Oktober erklärte Stähle dem Vorstand der Samariterstiftung, dass Grafeneck für drei bis sechs Monate beschlagnahmt werde und innerhalb von 4 Tagen zu räumen sei. Am 14. Oktober 1939 wurde Schloss Grafeneck durch einen eingeschriebenen Eilbrief von Alber mit der Aufforderung, die Gebäude zu räumen, für „Zwecke des Reiches“ beschlagnahmt. Von Oktober 1939 bis Januar 1940 erfolgte der Umbau Grafenecks zur Vergasungsanstalt und die Einrichtung der gesamten Infrastruktur. Es wurden ein Barackengebäude, eine Fahrzeuggarage und ein Krematorium errichtet. Eine Scheune wurde als Gaskammer umgebaut. Metallurnen und Kohlenmonoxid-Gas wurden angeliefert und im Schloss zwischengelagert. Gerhard Bohne (1902-1981) übernahm die Büroleitung und kontrollierte die Errichtung der Verwaltung des NS-Euthanasie Vorhabens. Reinhold Vorberg (1904-1983), der Leiter der *Gemeinnützigen Krankentransport GmbH*, war für den Aufbau der Transporte zu den Verlegungen der Patienten verantwortlich. Neben den baulichen Schritten war die Anstellung des Personals die Hauptmaßnahme. Die Personalstärke stieg im Verlauf des Jahres von zehn bis zwanzig Personen auf ungefähr 100 an. Bei der Rekrutierung griff man in der Regel auf staatliche und parteiamtliche Stellen zurück.⁸⁰ Das Personal bestand aus Ärzten, Polizeibeamten, Büroangestellten, Wachmannschaften, Leichenbrennern sowie Pflege-, Transport-, Wirtschafts- und Hauspersonal. Dem ärztlichen Personal stand es in der Regel frei die Versetzung nach Grafeneck bzw. die Teilnahme an den Tötungen zu verweigern, der Großteil der mittleren und unteren Angestellten wurde hingegen dienstverpflichtet oder abkommandiert.⁸¹

Am 18. Januar 1940 begannen die Morde der NS-Euthanasie. Grafeneck war das erste der sechs Vernichtungszentren, das in Betrieb ging. Bis Dezember 1940 wurden dort etwa 10.654 Menschen ermordet. Anfangs belief sich die Zahl der Todesopfer auf 50, später auf 75 Menschen pro Tag. Die Anzahl ergab sich aus der Größe der Gaskammer und dem Fassungsvermögen der Krematorien, die mehrere Stunden brauchten, um die Leichen zu verbrennen.⁸² Die Opfer stammten aus Heil- und Pflegeanstalten in Baden, Württemberg, Bayern, Hessen und dem Gebiet des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen. Die Vernichtungsanstalt wurde im Dezember 1940 geschlossen.

---

⁸⁰ Ebd., S. 53ff, Gedenkstätte Grafeneck e.V., 2016.

⁸¹ Stöckle, 2020, S. 120f.

⁸² Ebd., S. 69f, 114f.

Das Personal wurde zum größten Teil nach Hadamar versetzt, wo die Morde noch nicht eingestellt worden waren. Nach dem Ende der Morde wurde Grafeneck für die Kinderlandverschickung genutzt. Nach Kriegsende gab die Französische Besatzungsbehörde das Schloss an die Samariterstiftung zurück.⁸³

4.1 Ludwig Sprauers Funktion und Handeln

Ludwig Sprauer war Leiter der Gesundheitsabteilung des Badischen Innenministeriums in Karlsruhe, als er im Oktober 1939 ins Reichsministerium des Innern nach Berlin bestellt wurde. Dort wurde er von Linden in einer Einzelbesprechung in die NS-Euthanasie und seine Aufgaben dabei eingeweiht. Linden erläuterte Sprauer, dass die Bearbeitung aller Anstaltsangelegenheiten zu seinen Aufgaben zählen werde, sobald er den Titel des *Reichsbeauftragten für die Heil- und Pflegeanstalten* erhalten habe. Die dringlichste Maßnahme sei es, Anstaltsbetten für die Unterbringung von Reserve-lazaretten freizumachen. Dies obliege allerdings strengster Schweigepflicht, deren Nichtbeachtung schwer bestraft würde. Sprauer wurde dann im Verlauf der folgenden Wochen in weiteren Sitzungen in die Details der *Aktion T4* und seine Aufgaben eingeführt. Unheilbar Geisteskranke solle der „Gnadentod“ gewährt werden, basierend auf den Vorschlägen von Karl Binding und Alfred Hoche. Es liege zwar noch kein durch den Reichsjustizminister unterschriebenes Gesetz vor, jedoch gelte bis dahin ein bereits vorliegender Führererlass. Linden sah keine Notwendigkeit, Sprauer das Schreiben zu zeigen, da es eine geheime Reichssache sei. Über die Versendung und Funktion der Meldebögen wusste Sprauer bereits seit dem zweiten Treffen mit Linden Bescheid. Darüber hinaus wurde er dazu angehalten, sowohl den Badischen Innenminister als auch die Leiter der Staatlichen Heil- und Pflegeanstalten in die *Aktion T4* einzuweißen und auf die schwere Bestrafung bei Nichteinhaltung der Geheimhaltung hinzuweisen. Obwohl Sprauer das Gefühl gehabt haben will, dass da „etwas nicht stimmt“, befolgte er alle Anweisungen Lindens.⁸⁴ Er unterzeichnete den Erlass des Badischen Innenministeriums als Ministerialrat und Leiter der Abteilung X.⁸⁵ Als er Ende Oktober 1939 Abschriften der Meldebögen erhielt und diese als „dürftig“ empfand, behielt Sprauer seine Vorbehalte für sich und trieb die Aktion weiter voran. Im

---

⁸³ Ebd., S. 164, Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2000.

⁸⁴ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 19f.

⁸⁵ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2000.

Dezember desselben Jahres begann er die Direktoren der Anstalten zu informieren.⁸⁶ Ihm unterstanden die staatlichen, privaten und konfessionellen Heil- und Pflegeanstalten in Südbaden.⁸⁷ Betroffen waren die 4 staatlichen Heil- und Pflegeanstalten Reichenau, Emmendingen, Illenau und die reine Pflegeanstalt Rastatt, die 6 kommunalen Kreispflegeanstalten Geisingen, Jestetten, Wiechs, Freiburg i.Br., Fussbach und Hub und die 2 konfessionellen Anstalten Herten (katholische St. Josefs-Anstalt) und Kehl-Kork (evangelisch).⁸⁸

Anfang April 1940 besichtigte Sprauer die Tötungsanstalt Grafeneck zusammen mit dem Württembergischen Medizinalreferenten Stähle und dessen Stellvertreter Mauthe. Sprauer erkannte beim Anblick der von Stacheldraht umgebenen Landespflegeanstalt, der Dürftigkeit der Anlage und beim Einblick durch das Guckloch in den Vergasungsraum, dass die *Aktion T4* nichts mit „gutem Sterben“ zu tun hatte. Er äußerte dies dem Badischen Innenminister gegenüber.⁸⁹ Im Badischen Innenministerium waren nur Sprauer und der Minister von der *Aktion T4* offiziell in Kenntnis gesetzt worden. Linden stand ausschließlich mit Sprauer in unmittelbarem Kontakt. Weitere Mitarbeiter des Badischen Innenministeriums durfte Sprauer nicht einweihen. Im Lauf der Zeit wurde der Charakter der NS-Euthanasie den Beamten mehr oder weniger bekannt. Das Verbot, etwas von dieser „geheimen Reichssache“ wissen zu dürfen, kam Sprauers Kollegen gelegen, indem sie sich beispielsweise weigerten, auch nur belanglose Verfügungen oder Ausfertigungen, die mit der *Aktion T4* zu tun hatten, zu unterzeichnen, sodass die ausgehende Post bis zur Rückkehr Sprauers liegenbleiben musste. Innerhalb des Badischen Innenministeriums lag also die ausschließliche Zuständigkeit für alle Maßnahmen bei Sprauer.⁹⁰

Widerständen trat Sprauer entschieden entgegen. Die Maßnahmen, die er ergriff, reichten von „kollegialen“ Vorschlägen, Dauerurlaub zu nehmen, bis hin zur Androhung von Verhaftung. Dies soll anhand von drei Beispielen veranschaulicht werden:

1. Hans Römer (1878-1947), Psychiater und von 1929 bis 1940 Anstaltsleiter in Illenau, der seine Ablehnung gegenüber der *Aktion T4* sofort äußerte, konnte die erste

---

⁸⁶ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 19f.

⁸⁷ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2000.

⁸⁸ Loc. cit.

⁸⁹ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 25.

⁹⁰ Ebd., S. 21, 32ff.

Verlegung herauszögern, indem er einen dreimonatigen Krankheitsurlaub nahm. Anschließend versuchte Römer vergeblich, Sprauer davon zu überzeugen, Illenau wie eine Nervenklinik oder Fachabteilung eines Krankenhauses zu behandeln, um nicht an der *Aktion T4* teilnehmen zu müssen. Den ersten Abtransport am 18. Mai 1940 versuchte Römer im Vorfeld zu verhindern, indem er darauf hinwies, dass ein Großteil der ausgewählten Patienten arbeitsfähig sei. Der Versuch misslang nicht nur, sondern Sprauer bezichtigte Römer auch des Widerstandes. Am 21. Juni 1940 versuchte sich Römer ein letztes Mal gegen Sprauer durchzusetzen, erreichte aber nur, dass dieser ihm nahelegte, Krankheitsurlaub zu nehmen. Darüber hinaus drohte er ihm auch an, selbst nach Illenau zu kommen und Patienten auszuwählen, wenn Römer der Forderung der Listenzusammenstellung nicht nachkomme. Fünf Tage später beantragte Römer den Krankheitsurlaub und ließ sich anschließend im Alter von 62 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand versetzen.⁹¹

2. Viktor Mathes, Anstaltsdirektor in Emmendingen, versuchte ebenfalls in den vorzeitigen Ruhestand versetzt zu werden, was Sprauer aber nicht zuließ, mit der Bemerkung, dass dies während des Krieges nicht in Frage komme. Mathes versuchte seine Patienten danach durch frühzeitige Entlassungen, Vermittlung an Arbeitsstellen, Verlegungen in private Anstalten und Drosselung der Neuaufnahmen vor der Tötung zu schützen. Außerdem hatte Mathes bei Sprauer bei den ersten 20 Transporten jedes Mal angerufen, um arbeitsfähige Kranke von der Liste streichen zu lassen, zunächst mit Erfolg. Mit fortschreitender Zeit wurde Sprauer aber gereizter, und Mathes Bemühungen blieben immer häufiger erfolglos. Nachdem Sprauer seine Bitte, 12 noch bildungsfähige Kinder freizugeben, abwies, fing Mathes an, Patienten auf eigene Verantwortung zurückzuhalten, indem er Sprauer gar nicht mehr verständigte. 1940 kam es dann zu einer Aussprache zwischen den beiden, bei der Mathes von Sprauer mit der Androhung, dass man auch selbst nach Grafeneck kommen könne, gefügig gemacht wurde.⁹²

3. Pfarrer Meerwein versuchte eine Rücknahme der Verlegungen zu erzielen, indem er argumentierte, dass er in der Anstalt Kehl-Kork ansonsten viele Angestellte durch den Entfall der entsprechenden Pflegegelder entlassen müsse. Zusätzlich gab ihm der Ausfall wertvoller arbeitsfähiger Patienten zu denken. Sprauer kam seiner Bitte nicht

---

⁹¹ Ebd., S. 20, 22.

⁹² Ebd., S. 23f.

nach. Am 19. Juni 1940 erreichte Meerwein die Todesnachricht der Patienten. Meerwein konfrontierte Sprauer damit, der ihm aber das Wort verbot und mit Verhaftung drohte, sollte Meerwein nicht innehalten. Meerwein beschrieb aber auch, dass Sprauer bei der ersten Unterredung der beiden im Mai einen unfreien und sogar ängstlichen Eindruck gemacht habe.⁹³

Sprauer zeigte einerseits eine absolute Autoritätshörigkeit, andererseits belastete ihn das Wissen um die verbrecherischen Vorgänge in Grafeneck, die mit dem ursprünglichen Euthanasie-Gedanken nichts mehr zu tun hatten. Dies äußerte sich in seinem ambivalenten Verhalten. Dort, wo er die volle Verantwortung für die problemlose Durchführung der Aktion trug, war er autoritär und unnachgiebig. Wenn er die Verantwortung allerdings auf andere abschieben konnte, handelte er milder und ließ Freistellungen geschehen.⁹⁴ Aus den 12 südbadischen Anstalten, für die Sprauer zuständig war, wurden in der Zeit von Februar 1940 bis zum Ende der *Aktion T4* im August 1941 rund 3.200 Menschen zur Tötung verlegt. Von diesen sind nur wenige aus der Vernichtungsanstalt zurückgekehrt, sodass eine Gesamtzahl von etwa 3.000 Getöteten angenommen wird. Bis auf 200 Patienten, die in anderen Vernichtungsanstalten getötet wurden, sind alle Patienten in Grafeneck durch Vergasung ums Leben gekommen.⁹⁵ Jede einzelne Verlegung in die Vernichtungsanlage wurde unter dem Deckwort „Verlegung von Anstaltsinsassen im Rahmen besonderer planwirtschaftlicher Maßnahmen“ durch das Badische Innenministerium angeordnet.⁹⁶

4.2 Arthur Josef Schrecks Funktion und Handeln

Arthur Josef Schreck beteiligte sich in drei Funktionen an der *Aktion T4*. Er war Leiter der Pflegeanstalt Rastatt und nach deren Auflösung kommissarischer Leiter der Anstalt Illenau, Begutachter von Meldebögen im unmittelbaren Auftrag der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Heil- und Pflegeanstalten* sowie Leiter der *Kinderfachabteilung* der Heil- und Pflegeanstalt im nordbadischen Wiesloch.⁹⁷

---

⁹³ Ebd., S. 26f.

⁹⁴ Ebd., S. 28.

⁹⁵ Ebd., S. 9f, 16.

⁹⁶ Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 2000.

⁹⁷ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 37-48.

Ende 1939 erhielt Schreck die Meldebögen für die etwa 580 Pfleglinge der Rastatter Anstalt. Er wurde über Sinn und Zweck der Meldebögen ebenso wenig informiert wie die anderen Direktoren der Heil- und Pflegeanstalten, hielt aber einen Zusammenhang mit Bestrebungen einer „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ nach dem Modell von Binding und Hoche für möglich. Diesen Gedanken brachte er bei der Rücksendung der Meldebögen in einem Begleitschreiben in Frageform zum Ausdruck. Da die nach Zwiefalten verlegte Rastatter Anstalt lediglich eine Pflegeanstalt war und nur „hoffnungslose“ Fälle beherbergte, fielen alle Anstaltsinsassen unter die Meldepflicht. 15 bis 20% waren nach dem für Anstaltsarbeiten anzulegenden Maßstab noch arbeitsfähig. Bis auf etwa 75 Anstaltsinsassen, die nach der Auflösung der Anstalt im Juni 1940 nach Reichenau verlegt wurden, wurden alle Patienten nach Grafeneck transportiert und dort getötet. Schreck war zwischenzeitlich über die Inhalte und Absichten der *Aktion T4* informiert worden. Er leistete keinen Widerstand, nahm nur gelegentlich Abstriche von den Verlegungslisten vor. Seinen Angestellten gegenüber begründete er die Maßnahmen mit der Kriegsnotwendigkeit und versicherte, dass es in Grafeneck „ganz human“ zugehe. Schreck hatte den Vergasungsbetrieb kurz nach Sprauer besichtigt. Bemängelt hatte er bei der Begehung nicht die Tötungen als solche, sondern die Dürfertigkeit der technischen Anlage, insbesondere den – seiner Meinung nach – primitiven Verbrennungsofen. Er hatte ein Krematorium erwartet. Bezüglich der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, mit deren Auflösung er im Juli und August 1940 in Vertretung für Hans Römer betraut wurde, warf man Schreck später in der Anklageschrift vor, dass er die Meldebögen diverser Patienten so ausgefüllt habe, dass sie der NS-Euthanasie zum Opfer fielen, obwohl sie bei wahrheitsgetreuen Angaben die Voraussetzungen nicht erfüllt hätten.⁹⁸

Ludwig Sprauer schlug Schreck dem Reichsbeauftragten Linden als Gutachter vor, woraufhin Schreck im Februar 1940 nach Berlin bestellt wurde. Dort wurden ihm und etwa 15 anderen geladenen Bewerbern von Obergruppenführer Viktor Brack (1904-1948) dargelegt, dass es infolge der Kriegslage zu einem Mangel an Lazarettraum gekommen sei, dem man mithilfe der *Aktion T4* entgegenwirken wolle. Dazu sei in der Reichskanzlei bereits ein Gesetz erstellt worden, das man der Öffentlichkeit aber aufgrund der Kriegsverhältnisse vorenthalten wolle und als „Geheime Reichssache“ behandeln müsse. An der Rechtsgültigkeit der beschlossenen Maßnahmen bestehe aber

---

⁹⁸ Loc. cit.

kein Zweifel. Den Bewerbern wurde die Begutachtungstätigkeit anhand der Meldebögen erläutert. Anschließend wurden sie gefragt, ob sie bereit seien, diese Tätigkeit zu übernehmen. Schreck betonte später in der Hauptverhandlung, dass die Übernahme dieser Tätigkeit in ihre freie Entscheidung gestellt worden sei und dass er sich zu keiner Zeit unter Druck oder Zwang gesetzt gefühlt habe. Er habe die Gutachtertätigkeit freiwillig übernommen, da die Sache ja grundsätzlich seiner Einstellung zur „Euthanasie“ entsprochen habe. Er habe an der Legalität keinen Zweifel gehabt. Dass die Maßnahmen nach Umfang und Verfahren nichts mehr mit den Vorschlägen von Binding und Hoche zu tun hatten, sei ihm bewusst gewesen, jedoch habe er dies aufgrund der Kriegslage in Kauf genommen. Eine Regelung für Friedensverhältnisse habe er sich anders vorgestellt, nämlich ihr einer ähnlichen sorgfältig ausgearbeiteten Art wie beim Sterilisationsgesetz. Schreck sah in der Euthanasie auch eine Finanzfrage. So habe der Staat in wirtschaftlich guten Zeiten die Möglichkeit, unheilbar und schwer Geisteskrankte auf Kosten der Gesunden zu finanzieren, in Notzeiten müsse er sie aber „abstoßen“ dürfen. Schreck begutachtete nach eigenen Angaben in der Zeit von März bis Ende Dezember 1940 etwa 15.000 Meldebögen, von denen er etwa 8.000 mit dem roten, die Tötung des betreffenden Patienten bedeutenden Kreuz versah. Darunter befanden sich zunächst noch viele Meldebögen von Patienten, die er persönlich kannte. In der Auffassung, dass er objektiver sei, wenn er die Kranken nicht kenne, bat er darum, nur noch Meldebögen ihm unbekannter Anstaltsinsassen zu erhalten. Diesem Wunsch wurde entsprochen. Alle Fälle von Senilität schloss er von der Vernichtung aus. Schizophrene, ausgesprochene „Idioten“, Imbezille und an Progressiver Paralyse Leidende führte er der NS-Euthanasie hingegen zu. Bei Epileptikern bejahte er die Tötung nur, wenn im Endzustand bereits „völlige Verblödung“ eingetreten war. Für die Tätigkeit als Begutachter erhielt Schreck eine Sondervergütung von 200 Reichsmark pro Monat.⁹⁹

Die *Kinderfachabteilung* in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch gehörte zu den ersten sechs Einrichtungen dieser Art, die bis Ende 1940 in das „Reichsausschussverfahren“ eingebunden wurden.¹⁰⁰ Sie wurde auf Veranlassung von Sprauer eingerichtet, der Schreck mit dem Aufbau und der Leitung betraute. Sowohl der Anstalt an sich als auch Schreck mangelte es formal an jeglicher Eignung für die Behandlung von Kindern,

---

⁹⁹ Loc. cit.

¹⁰⁰ Topp, 2004, S. 24.

waren doch beide auf die Behandlung von Erwachsenen spezialisiert.¹⁰¹ Schreck ließ 15 Betten in die freigemachte Männerbaracke stellen. Da er die Wieslocher Pflegerinnen nicht mit dieser Sache belasten wollte, forderte er nach 7 Wochen fremde Pflegerinnen von Berlin an. Bis zur Auflösung der Abteilung im Juni 1941 wurden etwa 12 Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren eingeliefert, welche alle als „idiotisch“ galten. Es bestanden bei ihnen keine Heilungsmöglichkeiten. Sie wurden daher nur über mehrere Wochen beobachtet und nach endgültiger Diagnosesicherung jeweils durch zwei oder drei Luminal-Einspritzungen, in deren Folge sie an einer Pneumonie erkrankten, getötet. Die ersten drei dieser Kindertötungen wurden von Schreck selbst durchgeführt. Die später von Schreck ausgeführten Obduktion dieser Kinder ergab, dass bei einem nur Gehirnrudimente vorhanden waren, bei einem anderen kleinere Gehirnteile fehlten und beim dritten ein schwerer Hydrozephalus vorlag. Seiner Auffassung nach wäre es inhuman gewesen, solche Kinder aufzuziehen. Außerdem betrachtete er die Tötungen der Kinder als Teilaufgabe der *Aktion T4*. Obwohl er der Ansicht war, dass er durch den „gesetzeskräftigen“ Führererlass die Zustimmung der Eltern zur Tötung der Kinder nicht einholen musste, habe er dies dennoch aus menschlichen Gründen getan und die Kinder den Eltern, wenn diese es wünschten, auch wieder ausgehändigt. Nachdem Schreck die drei Kinder getötet hatte, weigerte er sich dem Reichsausschuss gegenüber, diese Arbeit fortzusetzen. Er war zu der Überzeugung gekommen, dass eine Heil- und Pflegeanstalt nicht der geeignete Ort dafür sei. Seine Überzeugung in der Sache hatte sich aber nicht geändert. Insbesondere belastete ihn, dass er beim Anstaltsleiter Wilhelm Möckel (1888-1954), den anderen Anstaltsärzten und dem Pflegepersonal, die der *Kinderfachabteilung* ablehnend gegenüberstanden, in ein schlechtes Licht geraten war. Die weiteren Tötungen wurden dann von einem externen Arzt durchgeführt, der in regelmäßigen Abständen nach Wiesloch kam, ohne dass Schreck vorher benachrichtigt wurde.¹⁰²

Bis zur Mitte des Ersten Weltkriegs war Schreck ein Gegner der „Euthanasie“ unheilbarer Geisteskranker gewesen. Während des Studiums entdeckte er eine Neigung zur Psychiatrie und widmete sich ihr dann als Arzt vollständig. Er studierte die Praxis und literarische Behandlung der Euthanasie sowohl im klassischen Altertum als auch im christlichen Schrifttum. Er erkannte in den frühneuzeitlichen Menschenverbrennungen auf den Scheiterhaufen kirchliche und staatliche Maßnahmen zur „Vernichtung

---

¹⁰¹ Janzowski, 2015, S. 229.

¹⁰² Staatsarchiv Sigmariningen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 45-48.

lebensunwerten Lebens“. Dennoch war er aber auch noch während der Hungerjahre von 1916 bis 1918, in denen er in der Illenauer Anstalt Zeuge des Massensterbens unheilbarer und heilbarer Geisteskranker an Hungerödemen und Tuberkulose wurde, weiterhin Gegner des Euthanasiegedankens. Erst die 1920 erschienene Schrift von Binding und Hoche führte bei ihm zum Umdenken. Den Gedanken, dass die schmerzlose Tötung schwer geisteskranker human sei, nahm er nachhaltig an. Für ihn kam die „aktive Sterbehilfe“ für „Vollidioten“ und für Kranke, die früher intellektuell und geistig hochstanden und infolge einer Krankheit „verblödet“ waren, durchaus in Frage. Bei Letzteren hielt er eine schmerzlose Tötung auch dann für eine Tat des Erbarmens, wenn sie zeitweise noch bewusst mit ihrer Umwelt kommunizierten, da er der Meinung war, dass gerade in diesem Zustand ja noch eine mehr oder minder lebhaft empfundene der mit einem längeren Anstaltsaufenthalt verbundenen Unannehmlichkeiten stattfinde, von der er sich selbst, seinen Angehörigen und seinen Freunden nur eine Erlösung gewünscht hätte. Die bejahende Einstellung zur Euthanasie zeigte Schreck auch nach 1945 während des gegen ihn geführten Strafprozesses noch.¹⁰³

---

¹⁰³ Loc. cit.

5 FREIBURGER GRAFENECK-PROZESS 1946-1950

Am 21. Oktober 1948 begann der Prozess um Grafeneck vor dem Schwurgericht des Landgerichts (LG) Freiburg gegen Sprauer und Schreck. Es wurde in fünf Sitzungen am 10., 11., 12., 13. und 16. November 1948 verhandelt. Vorsitzender Richter war Landgerichtspräsident Matt. Landgerichtsrat Osterrieth und Hilfsrichter Blase fungierten als Beisitzer. Die Geschworenen waren Kaufmann Springweiler, Rechnungsrat Mitsch, Faktor Hauser, Direktor Ruby, Glasermeister Rauch und Bürgermeister Steinle. Generalstaatsanwalt Karl Siegfried Bader (1905-1998) vertrat die Staatsanwaltschaft, und Rechtsreferendar Müller besetzte die Position des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle.¹⁰⁴

5.1 Chronologie der Ermittlungen

Grafeneck gehörte bis 1933 zum Volksstaat Württemberg und zu Zeiten des Nationalsozialismus zum NSDAP-Gau Württemberg-Hohenzollern. Nach 1945 wurde Württemberg zwischen der amerikanischen Besatzung im Norden in Württemberg-Baden und der französischen Besatzung im Süden in Württemberg-Hohenzollern aufgeteilt. Neben Württemberg-Hohenzollern gehörte auch Baden (ehemals Südbaden, entsprechend in etwa dem heutigen Regierungsbezirk Freiburg) zur französischen Zone. Grafeneck befand sich in Württemberg-Hohenzollern und unterstand somit der französischen Besatzungsmacht. Die Gerichte hatten ihre Tätigkeit mit Beginn der französischen Besetzung zunächst eingestellt. Die französische Militärregierung richtete am 25. September 1945 eine *Badische Justizverwaltung* ein und beauftragte Paul Zürcher (1893-1980), der zuvor als Amtsgerichtsrat am Amtsgericht Freiburg im Breisgau tätig gewesen war, mit deren Leitung. Ab dem 1. April 1946 war die Badische Justizverwaltung für die gesamte französische Besatzungszone zuständig und wurde in *Badisches Justizministerium – Französisches Besatzungsgebiet* umbenannt. Zürcher erhielt die Amtsbezeichnung eines Ministerialdirektors. Ab dem 16. Oktober 1945 bestand eine Organisation der Land- und Amtsgerichte, die auf bestehende Strukturen zurückgriff. Die Gerichte nahmen ihre Arbeit am 20. Oktober 1945 auf. Das bisherige Oberlandesgericht Karlsruhe lag in der amerikanischen Besatzungszone, weshalb am 12. März

---

¹⁰⁴ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 130.

1946 ein eigenes Oberlandesgericht in Freiburg eingerichtet wurde. Neben den deutschen Gerichten errichtete die französische Militärregierung mit einer Verfügung vom 2. März 1946 eigene Gerichte. Das Oberste Gericht bzw. *Tribunal Général* war für die gesamte Besatzungszone zuständig und hatte seinen Sitz in Raststatt. Daneben gab es Mittlere Gerichte (*Tribunal Intermédiaire*) und Untergerichte (*Tribunal Sommaire*).¹⁰⁵

Richard Alber, der als Landrat des Landkreises Münsingen 1939 noch die Räumung von Schloss Grafeneck zur Einrichtung der Tötungsanstalt verfügt hatte, wurde vom 1. August 1945 bis 28. März 1946 als kommissarischer Landrat eingesetzt.¹⁰⁶ Alber war 1944 aus dem Amt des Landrats entlassen worden, da ihm Untergrabung des nationalsozialistischen Regimes vorgeworfen wurde. Er täuschte daraufhin seinen Suizid vor und flüchtete in die Schweiz, um einer Ermordung durch die nationalsozialistische Regierung zu entgehen. Aufgrund seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus galt er im Rahmen der Entnazifizierungsmaßnahmen der Besatzungsmächte als Entlasteter, so dass es ihm erlaubt war, im Staatsdienst tätig zu sein. Unmittelbar nachdem Alber im Jahr 1945 in sein Amt zurückgekehrt war, begann er mit den Ermittlungen gegen die an den Tötungen in Grafeneck Beteiligten.¹⁰⁷

Eine der ersten Vernehmungen wurde von der deutschen Polizei in Stuttgart mit Obermedizinalrat Mauthe und Ministerialrat Stähle am 26. Juni 1945 geführt.¹⁰⁸ Das Verfahren wurde von der französischen Militärregierung durch Robert Poitrot fortgesetzt. Etwa ein Dutzend als verantwortlich geltende Personen wurden verhaftet.¹⁰⁹ Die Zeitung *Unser Tag* („Volkszeitung für Baden“) veröffentlichte am 8. Februar 1946 Dokumente über die in Grafeneck begangenen Massenmorde und legte diese zeitgleich den Polizei- und Justizbehörden vor.¹¹⁰

Am 24. Juli 1946 übersandte die französische Militärregierung dem Badischen Justizministerium die Akten der bisherigen Ermittlungsarbeit. Die Verfolgung der Ärzte, die sich an den Tötungen beteiligt hatten, wurde somit an die deutschen

---

¹⁰⁵ Raim, 2013, S. 90-97, Hähling von Lanzeneuer, 2002, Journal officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne, Bd. 17, Nr. 1946, 1946, S. 134f.

¹⁰⁶ Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, 1996.

¹⁰⁷ Lang, 2009, S. 143ff.

¹⁰⁸ Raim, 2013, S. 1057.

¹⁰⁹ Lang, 2009, S. 143ff.

¹¹⁰ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 2.

Strafverfolgungsbehörden abgegeben. Der Generalstaatsanwalt leitete daraufhin das Ermittlungsverfahren ein. In den französischen Akten wurden insgesamt 34 Personen genannt, die der Tötung Geisteskranker oder Beihilfe dazu beschuldigt wurden. Ein Großteil der Verdächtigen war nicht auffindbar, so dass ab dem 15. November 1946 lediglich gegen 9 Beschuldigte gerichtliche Voruntersuchungen durch den Untersuchungsrichter des Landesgerichts Freiburg geführt wurden.¹¹¹

1. Ministerialrat Ludwig Sprauer als ehemaliger Leiter der Gesundheitsabteilung des Badischen Ministeriums des Innern,
2. Medizinalrat Arthur Josef Schreck als ehemaliger Direktor der Pflegeanstalt Rastatt, stellvertretender Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Illenau und Leiter der Kinderversuchsabteilung der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch,
3. Medizinalrat Gustav Schneider als ehemaliger Anstaltsarzt an der Heil- und Pflegeanstalt Illenau, Reichsbeauftragter für die Heil- und Pflegeanstalten bei der Reichsarbeitsgemeinschaft für ebendiese und Hilfsreferent an der Gesundheitsabteilung des Badischen Ministeriums des Innern,
4. Medizinalrätin Martha Fauser als ehemalige stellvertretende Leiterin der Heil- und Pflegeanstalt Zwiefalten,
5. Medizinalrat Arthur Kuhn als ehemaliger Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Reichenau, Medizinalreferent in den Gesundheitsabteilungen des Badischen Ministeriums des Innern und Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen,
6. Medizinalrat Viktor Mathes als ehemaliger Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen,
7. Medizinalrat Maximilian Thumm als ehemaliger Oberarzt der Heil- und Pflegeanstalt Illenau und Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen,
8. Medizinalrat Alfred Meyr als ehemaliger stellvertretender Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen,
9. August Schilli als ehemaliger Verwalter der Kreispflegeanstalt Fussbach.

Vernehmungen waren nicht ohne weiteres möglich, da sich einige der Beschuldigten in französischer Kriegsgefangenschaft befanden oder aufgrund gesundheitlicher Probleme haftunfähig waren. Auch der kriegsbedingt schlechte Zustand der Infrastruktur

---

¹¹¹ Ebd., S. 6.

fürhte immer wieder zu Verzögerungen. Schließlich war es nur möglich, gegen Sprauer, Schreck, Schneider und Fauser Haftbefehl erlassen.¹¹²

Am 22. Februar 1947 provozierte *Unser Tag* die Justiz mit dem Sonderbericht „Wir standen in der Gaskammer von Grafeneck – Verbrennungsöfen unter alten Nußbäumen – SS-Prahlerei im Wirtshaus – Was werden nun die Behörden tun?“ Die Journalisten forderten, dass von der Justiz endlich das zu tun sei, „was sie längst hätte tun müssen und was nichts anderes ist als ihre primitivste Pflicht und Schuldigkeit“. In der Bevölkerung herrschte Empörung über die scheinbare Untätigkeit der Behörden gegenüber den Geschehnissen in Grafeneck.¹¹³ Die Justiz reagierte mit einer am 1. März 1947 veröffentlichten Mitteilung von Generalstaatsanwalt Bader, in der es hieß, dass beim Landgericht Freiburg bereits seit längerer Zeit Voruntersuchungen im Gang seien, die als „Strafsache gegen Dr. Schreck und Gen. wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ geführt würden. Am 6. Juni 1947 gab der Badische Staatssekretär für Justiz eine Erklärung zu den Massentötungen ab, in der er den bisherigen Verlauf der Ermittlungen zusammenfasste und dabei versicherte, dass die Voruntersuchungen mit allen prozessualen Mitteln, die zur Verfügung stünden, beschleunigt würden. Er erklärte aber auch, dass diese Aufgabe außerordentlich schwierig sei, da die von Anbeginn der Aktion befohlenen Verschleierungsmethoden streng eingehalten wurden und in Grafeneck selbst alle Spuren des Massenverbrechens systematisch und sorgfältig vernichtet worden seien. Er betonte, dass die Badische Justiz „es als eine ihrer vornehmlichsten Aufgaben“ betrachte, „das Großverbrechen von Grafeneck zur notwendigen und gerechten Sühne zu bringen“. *Unser Tag* hielt die Darstellung der Schwierigkeit der Ermittlungsarbeiten für übertrieben, da sie schließlich lediglich auf Grund Ihres „journalistischen Spürsinns“ in ganz wenigen Stunden an Ort und Stelle den Hergang der Ermordungen rekonstruieren und eine Reihe von Zeugen habe auffinden und zu Aussagen veranlassen können. Auch bemängelten die Journalisten, dass die Kenntnis der Verbrechen, welche die Badische Justizverwaltung bereits ein halbes Jahr vor dem ersten Zeitungsartikel zu den Massenmorden gehabt habe, der Öffentlichkeit vorenthalten worden sei.¹¹⁴ *Unser Tag* forderte die Justiz immer wieder auf, den „Prozess Grafeneck“ zeitnah durchzuführen. Um den Beginn des Prozesses zu beschleunigen, schlugen die Journalisten in dem Artikel *Wann kommt der Prozeß*

---

¹¹² Ebd., S. 13f.

¹¹³ Ebd., S. 2.

¹¹⁴ Ebd., S. 21.

Grafeneck? vom 20. Juni 1947 vor, es könne zweckmäßig sein, ein spezielles *Verfahren Grafeneck* abzusondern und so den Prozess gegen die Hauptschuldigen, Sprauer, Schreck, Schneider und Fauser vorwegzuführen.¹¹⁵

Am 28. Juni 1947 teilte der Badische Staatssekretär für Justiz der Badischen Militärregierung in Freiburg mit, dass die Leitung der Voruntersuchungen im NS-Euthanasieverfahren von Landgerichtsrat Simon an Landgerichtsrat Rappenecker übertragen worden sei, der „politisch vollständig unbelastet“ sei. Simon sei von nun an nicht mehr in der Rechtsprechung, sondern nur noch im Notariat beschäftigt. Simon erhielt die Nachricht über seine Versetzung am 30. Juni 1947. Er fasste am selben Tag den aktuellen Stand der Ermittlungen für den Generalstaatsanwalt zusammen. Außer den schon in anderen Prozessen bekannt gewordenen allgemeinen Informationen zur Planung und Durchführung der *Aktion T4* erörterte er darin die Schuldfrage im Fall Schneider. Simon erhielt noch die Erlaubnis zu einem Treffen mit Leutnant Hermsdorff-Veber, der als französischer Sachbearbeiter für die *Aktion T4* fungierte, da Simon der Meinung war, dass er, um entscheiden zu können, ob Gustav Schneider weiterhin in Untersuchungshaft zu halten sei, wissen müsse, warum das Reichsministerium des Innern auch nach August 1941 so großen Wert auf die Erfassung aller Kranken der Heil- und Pflegeanstalten gelegt habe.¹¹⁶

Am 25. Juli 1947 gaben Staatssekretär Richard Streng (1876-1951) und Generalstaatsanwalt Bader eine Pressekonferenz über den Stand der Strafverfahren wegen Kriegsverbrechens oder Verbrechens gegen die Menschlichkeit, vor allem der Euthanasieprozesse. Sie gaben an, dass die Ermittlungen zum „Grafeneck-Komplex“ noch im Gang seien. Bisher seien alle kleineren Anstalten auf das jeweilige straffällige Verhalten der Anstaltsleitungen, der Ärzte und der Wärter überprüft worden, aus den 10 großen Anstalten stünden die Ergebnisse der Ermittlungen noch aus. Man glaube aber daran, die Voruntersuchungen in den nächsten beiden Monaten abschließen zu können. Durch den Prozess gegen Tillessen sei es gelungen, den Fragenkomplex „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zu klären und das Kontrollratsgesetz Nr. 10 (KRG 10) mit der Technik des deutschen Rechts in Einklang zu bringen, so dass der Rahmen für die Verhandlung der einzelnen Fälle nun abgesteckt sei. Bader rechtfertigte die Verzögerungen einzelner Verfahren damit, dass die Staatsanwaltschaft teilweise

---

¹¹⁵ Ebd., S. 23, 30, 63, 88, 109.

¹¹⁶ Ebd., S. 25f, 33.

Schwierigkeiten habe, Hauptschuldige zu greifen, da sie in Internierungslagern anderer Zonen weilten, es aber nicht angebracht sei, „kleine Sünder“ zu bestrafen, während die großen nicht erreichbar seien. Aus demselben Grund hätten auch einzelne Verfahren von den Hauptprozessen abgezweigt werden müssen.¹¹⁷

Am 23. August 1947 übergab der neue Leiter der Voruntersuchungen Rappenecker einen Zwischenbericht der Ermittlungen an Capitaine Metz von der Französischen Militärregierung. Er berichtet, dass sein Vorgänger Simon reichhaltiges Material sicher gestellt habe, aus dem hervorgehe, dass einige Anstalten bis in die einzelnen gehenden Feststellungen darüber getroffen hatten, welche Personen im Zuge der sogenannten „planwirtschaftlichen Maßnahmen“ der NS-Euthanasie zugeführt werden sollten. Rappenecker führt an, dass er nun aber das Hauptaugenmerk darauf gerichtet habe, die einzelnen Beschuldigten und Zeugen eingehend zu vernehmen, da er der Meinung sei, eine Überprüfung sämtlicher Einzelfälle bei allen in Frage kommenden Anstalten würde Jahre in Anspruch nehmen. Nach seinen bisherigen Erhebungen seien nach wie vor Sprauer und Schreck aufs Schwerste belastet. Sprauer sei als früherer Leiter der Medizinalabteilung im Badischen Innenministerium voll verantwortlich. Er habe von den Maßnahmen gewusst und sie gefördert.¹¹⁸

Am 9. September 1947 berichtete Rappenecker an die Badische Militärregierung, dass Ludwig Sprauer nach ärztlichen Gutachten des Chefarztes der Inneren Abteilung des Städtischen Krankenhauses Konstanz vom 26. und 29. August 1947 sowie auch nach dem Gutachten des Amtsarztes des Staatlichen Gesundheitsamtes Konstanz vom 29. August 1947 nach wie vor nicht haftfähig sei. Er befinde sich zurzeit im Städtischen Krankenhaus in Konstanz und werde dort polizeilich überwacht. Ein Vollzug des Haftbefehls sei aber erforderlich, da sich die schweren gegen Sprauer erhobenen Anschuldigungen nach den bisherigen Ergebnissen der Ermittlungen auch bestätigt hätten. Er werde daher als Untersuchungsgefangener in das Diakonissenhaus Freiburg überführt, sobald eine Transportmöglichkeit bestehe.¹¹⁹

Am 6. Oktober 1947 erfolgte erneuter Bericht Rappeneckers an die Badische Militärregierung. Ludwig Sprauer wurde in das Freiburger Untersuchungsgefängnis

---

¹¹⁷ Ebd., S. 34.

¹¹⁸ Ebd., S. 47.

¹¹⁹ Ebd., S. 50.

eingeliefert. Rappenecker äußert die Vermutung, dass er die Voruntersuchung bis Mitte Dezember abschließen könne, sofern er nicht durch andere Dienstgeschäfte abgehalten werde. Er räumt aber auch ein, dass sich im Lauf des Verfahrens immer wieder neue Vorgänge ergäben, die zum Teil zeitraubende Ermittlungen erforderlich machten. Die Generalstaatsanwaltschaft hatte der Öffentlichkeit den Beginn des Prozesses für Februar 1948 in Aussicht gestellt, der aber durch Verzögerungen der Ermittlungen nicht eingehalten werden konnte.¹²⁰

Generalstaatsanwalt Bader beantragte am 10. April 1948, die Voruntersuchungen auf den ehemaligen Anstaltsvorsteher der Kreispflegeanstalt Geisingen Wilhelm Weick (1878-1948) auszuweiten. Er beschuldigte ihn der Beihilfe zum Mord und des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, da er an den Transporten der Anstaltspatienten nach Grafeneck trotz seines Wissens um die dort vorgenommenen Vergasungen mitwirkte.¹²¹

Am 21. April 1948 beantragte das Badische Ministerium der Justiz bei der *Direction Régional du Contrôle de la Justice* (Militärregierung Baden), Anklage gegen Sprauer und Schreck erheben zu dürfen, die durch die Ermittlungen stark belastet seien. Ebenso solle Anklage gegen Weick erhoben werden, da er die NS-Euthanasie durch sein Handeln aktiv unterstützte. Weick war bisher nicht in Untersuchungshaft genommen worden, sondern hatte sich in einem Internierungslager befunden, aus dem er kurz zuvor nach Geisingen entlassen worden war. Die Anschuldigungen gegen Martha Fauser seien der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Tübingen zur Weiterverfolgung übergeben worden. Die Ermittlungen zu dem sich seit dem 24. Juli 1946 in Untersuchungshaft befindlichen Schneider hätten ergeben, dass er einer Mittäterschaft an der NS-Euthanasie nicht verdächtig sei. Sein Amt bei der Reichsärztekommision habe zudem keinen nachweisbaren Zusammenhang zu dem Fragenkomplex Grafeneck. Der Verdacht, dass die Kommission in getarnter Form der NS-Euthanasie gedient habe, bestehe aber nach wie vor, jedoch fehle es an Beweisen, sodass die Erhebung einer Anklage nicht zu rechtfertigen sei. Es sei aber zu prüfen, ob er an dem Tod eines geisteskranken Schwerverbrechers in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch beteiligt gewesen sei. Dieses Verfahren solle aber abgetrennt und gesondert Anklage erhoben werden. Die Zuständigkeit läge allerdings außerhalb Badens

---

¹²⁰ Ebd., S. 56f, 63, 72, 83.

¹²¹ Ebd., S. 95.

beziehungsweise der französischen Besatzungszone, da sich Wiesloch im amerikanisch besetzten Teil Nordbadens befinde. Hiermit sei die Übernahme des Verfahrens durch die Staatsanwaltschaft Heidelberg zu ersuchen. Der gegen Schneider am 15. November 1946 ausgesprochene Haftbefehl solle daher aufgehoben werden. Für die sich auf freiem Fuß befindlichen Beschuldigten Mathes, Kuhn, Thumm und Meyr wurde beantragt, sie außer Verfolgung zu setzen. Die Ermittlungen hätten ergeben, dass Mathes und Kuhn Gegner der NS-Euthanasie gewesen seien und versucht hätten, möglichst viele Kranke vor dem Transport nach Grafeneck zu retten. Thumm habe in der Zeit der NS-Euthanasie keine leitende Stellung als Direktor einer Heil- und Pflegeanstalt innegehabt und sei daher nicht belastet. Meyr habe glaubhaft bestritten, jemals als Vertreter des Direktors der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen Transporte nach Grafeneck abgefertigt zu haben. Schilli, der sich im Internierungslager in Freiburg befinde, sei ebenso außer Verfolgung zu setzen, da er trotz seiner Funktion als SS-Obersturmführer der NS-Euthanasie ablehnend gegenübergestanden und, so habe es auch die Krankenschwester Hildegart bezeugt, nach besten Kräften versucht habe, Kranke vor dem Transport von der Kreispflegeanstalt Fussbach in die Tötungsanstalt Grafeneck zu retten. Angemerkt wurde schließlich noch, dass die Außerverfolgung ein weiteres Verfahren gegen die Betroffenen nicht ausschließe, sollten sich hierhingehend neue Belastungstatsachen ergeben. Die Ergebnisse der Ermittlungen des Untersuchungsrichters Rappenecker wurden beigelegt und zum Teil erörtert. Wilhelm Weick verstarb am 12. Mai 1948, sodass das Verfahren gegen ihn eingestellt wurde. Ein Schriftstück datiert auf den 16. Oktober 1948 mit unbekanntem Empfänger und Verfasser besagt, dass es im Fall Mathes doch Nachweise gäbe, die zeigten, dass er von der NS-Euthanasie gewusst habe und dass diese ausreichten, um ein Verfahren einzuleiten. Man dürfe den Fall Mathes im höheren Interesse der Gerechtigkeit nicht einfach aufgeben. Es wurde aber auch eingeräumt, dass eine Abtrennung vom Hauptprozess gegen Sprauer und Schreck für sinnvoll betrachtet werde. Dem Inhalt nach zu urteilen, scheint es sich beim Empfänger entweder um den Generalstaatsanwalt, den Untersuchungsrichter oder die Französische Militärregierung gehandelt zu haben. Verfolgt wurde der Fall Mathes aber nicht weiter, so dass der Freiburger Grafeneck letztendlich nur gegen Sprauer und Schreck geführt wurde.¹²²

---

¹²² Ebd., S. 98ff.

5.2 Die Rechtsgrundlage

Schreck und Sprauer wurde zur Last gelegt, Verbrechen nach dem deutschen Strafrecht¹²³ (StGB) und dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 10 (KRG 10) begangen zu haben. Das KRG 10 wurde im Dezember 1945 vom Alliierten Kontrollrat erlassen und sollte Personen, die sich dem Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder die Menschlichkeit schuldig gemacht hatten, bestrafen. Die NS-Euthanasie Verbrechen fielen unter den in Artikel II 1c genannten Straftatbestand des Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Artikel II 2 definierte Täter und Gehilfen. Man galt als ein solcher, wenn man an einer Tat teilgenommen, sie befohlen, begünstigt, gebilligt oder geplant hatte. Auch wer einer Organisation angehörte, die solche Verbrechen beging oder wer eine herausgehobene politische, staatliche, militärische, finanzielle, industrielle oder wirtschaftliche Stellung beziehungsweise Schlüsselfunktion besetzte, gehörte zur Gruppe der Täter oder Gehilfen. Artikel II 3 regelte das Strafmaß, Artikel II 4 schloss die Berufung auf amtliche Positionen oder Befehle als Rechtfertigungsgrund aus und legte das Ruhen der Verjährung vom 30. Januar 1933 bis zum 1. Juli 1945 fest. Immunität, Begnadigung oder Amnestie, die das NS-Regime gewährt hatte, waren unter dem KRG 10 ungültig.¹²⁴

Zur Anwendung des KRG 10 war das erkennende Gericht nach Anweisung der Französischen Militärregierung grundsätzlich befugt, wenn sich die Verbrechen gegen deutsche Staatsangehörige gerichtet haben. Vor der Urteilsbildung musste das LG Freiburg entscheiden, in welchem Verhältnis eine Straftat nach deutschem Recht zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit stand. Es war der Auffassung, dass die NS-Euthanasie der Geisteskranken als die gehäufte Begehung individuell-tatbestandsmäßig erfassbarer, nach deutschem Recht unter schwerster Strafe stehender Einzeltötungen anzusehen sei. Gleichzeitig habe sich bei der organisierten Ermordung von Zehntausenden ein Umschlag vom Quantitativen zum Qualitativen vollzogen, dem nur der Begriff der „Ausrottung“ gerecht werden könne. Diese Tatsache sei für das Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des KRG 10 eine entscheidende Erkenntnis. Trotz der bis 1933 unvorstellbaren Quantität der Verbrechen habe das deutsche Recht nicht seine Grenzen erreicht, insbesondere deswegen nicht, weil bei einem Kapitalverbrechen nach deutscher Rechtsauffassung immer nur der Mensch, das

---

¹²³ Alle in diesem Kapitel genannten Paragraphen beziehen sich auf das StGB des Jahres 1948.

¹²⁴ Alliierten Kontrollrat. Amtsblatt., 1945.

Individuum, im Vordergrund stehe. Es sei allerdings nicht zu übergehen, dass eine Verurteilung einer Mitwirkung an einem organisierten Massenverbrechen nach dem StGB auch auf Schwierigkeiten stoße, sowohl bei der Feststellung der Tatbestandsmäßigkeit als auch der Teilnahmeform und des Schuldanteils.¹²⁵

Nach dem deutschen Strafrecht, so das Schwurgericht, sei die Tötung Geisteskranker, auch wenn es unter der Herrschaft des Nationalsozialismus war, als Mord im Sinne des § 211 StGB zu kennzeichnen. Schreck und Sprauer hätten sich auf verschiedene Weise an der *Aktion T4* beteiligt. Auf deren Lenkung hätten sie keinen, auf deren Durchführung nur beschränkten Einfluss gehabt. Der strafrechtlichen Würdigung ihrer Mitwirkung müsse daher eine strafrechtliche Würdigung der Gesamttaktion vorangehen. Täter seien dabei die Männer, welche die Tötungen geplant hatten und durchführen ließen. Dazu zählten Hitler, Himmler, Bouhler, Brandt, Linden und Brack. Die zu erfüllenden Tatbestandsmerkmale der Überlegung, der niedrigen Beweggründe und der Heimtücke seien gegeben und bedürften aufgrund der Eindeutigkeit der Geschehnisse keiner näheren Begründung. Die Morde seien nach der Mehrheitstheorie als zahllose tateinheitlich begangene Morde zu beurteilen, da sie aufgrund der Höchstpersönlichkeit des jeweils verletzten Rechtsguts nicht in einen Fortsetzungszusammenhang gebracht werden könnten. Man könne das Verbrechen demnach als „Massenmord an Anstaltsinsassen“ bezeichnen.¹²⁶

5.3 Urteil

Das Gericht erklärte, dass neben den unmittelbaren Tätern auch diejenigen schuldig seien, die das Unrechtmäßige der Aktion nicht gesehen hätten oder aber es gesehen hätten und sich durch ihr Handeln wissentlich über das Recht stellten. So wurden folgende Urteile gesprochen:

„Ludwig Sprauer hat sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäß KRG 10 Art. II 1c, 2b-d, rechtlich zusammentreffend mit tateinheitlich begangener Beihilfe zum Mord an Anstaltsinsassen gemäß §§ 211, 49, 73 StGB schuldig gemacht.“¹²⁷

---

¹²⁵ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 54ff.

¹²⁶ Ebd., S. 57ff.

¹²⁷ Ebd., S. 90. Der § 73 StGB betrifft das Strafmaß, welches im Anschlusskapitel erörtert wird.

„Arthur Josef Schreck hat sich eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäß KRG 10 Art. II 1c, 2b-d, rechtlich zusammentreffend mit tateinheitlich begangener Beihilfe zum Mord an Anstaltsinsassen gemäß §§ 211, 49, 73 StGB und des Totschlags in drei Fällen gemäß §§ 212, 74 StGB schuldig gemacht.“¹²⁸

5.4 Urteilsbegründung Sprauer

Ludwig Sprauer habe durch seine Tätigkeiten als Leiter der Gesundheitsabteilung im Badischen Innenministerium bezüglich der planwirtschaftlichen Verlegungen von Anstaltsinsassen einschließlich seiner Benennung Schrecks als Gutachter den Tätern bei der Begehung eines Massenmordes an Anstaltsinsassen als Gehilfe gedient. Nach § 49 StGB sei ein Gehilfe zu bestrafen, wenn er dem Täter eines Verbrechens durch Rat oder Tat wissentlich Hilfe geleistet hat. Als Mittäter der Berliner Hauptverantwortlichen könne man ihn nicht bezeichnen, da dies seine Rolle bei der NS-Euthanasie und auch die Stellung, die er als Angehöriger eines Länderministerium gegenüber den obersten Reichsstellen in der Zeit von 1939 bis 1941 überhaupt haben konnte, verkennen würde. Es seien zu dieser Zeit alle wichtigen Entscheidungen von den Zentralstellen getroffen worden. Die Länderministerien seien weitgehend nur noch Zwischeninstanzen mit untergeordneten Befugnissen gewesen. Sprauer habe als Regierungsdirektor im Karlsruher Innenministerium keinen Einfluss auf die Berliner Machthaber gehabt. Dies gelte umso mehr, als Sprauer in allen die *Aktion T4* betreffenden Belangen nicht seinen Vorgesetzten, Innenminister Pflaumer, gegenüber Linden vertrat, sondern in einer einzigartigen Weise aus der Behörde herausgenommen und zum persönlichen Gehilfen Lindens bestellt worden sei. Wenn Sprauer die Verlegungsanordnungen im Auftrag des Badischen Innenministeriums unterzeichnete, habe dies nicht den Tatsachen entsprochen, da er im Auftrag Lindens aus Gründen der Geheimhaltung unter völliger Ausschaltung seiner Vorgesetzten Minister Pflaumer und dessen Stellvertreter Ministerialdirektor Müller-Trefzer handelte. Sprauers Stellung sei insoweit nur durch die nationalsozialistische Staatspraxis erklärbar. Den Anstaltsleitern gegenüber habe er als Vertreter des Badischen Innenministeriums auftreten müssen, während er nach oben hin ein Organ der Berliner Aktivisten in der Person Lindens war.¹²⁹

---

¹²⁸ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 90.

¹²⁹ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 63f, Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich, 1871.

Nach § 49 StGB müsse der Gehilfe den Täter bewusst und vorsätzlich gefördert und unterstützt haben. Sprauer fungierte als Mittelsmann, indem er die Weisungen des Reichsbeauftragten Linden, die in den Verlegungslisten namentlich aufgeführten Patienten an dem von ihm bestimmten Tag dem Transportleiter der *Gemeinnützigen Krankentransport GmbH* zu übergeben, an die Anstaltsleiter weitergab. Die Zwischenschaltung des Badischen Innenministeriums, das die Verlegung im Einvernehmen mit dem Freimachungskommissar in eigener Zuständigkeit anzuordnen hatte, sei ein Sprauer bekannter wesentlicher Bestandteil des Täuschungsmanövers gewesen. Durch die Rolle als vorgeschobener „Strohmann“ sei nicht daran zu zweifeln, dass er die *Aktion T4* wissentlich gefördert habe. Durch sein bewusstes Teilnehmen an den Organisationsstrukturen und Ausführen der ihm zugeteilten Tätigkeiten habe er sich in die Kausalkette eingegliedert, die von der Planung der NS-Euthanasie bis zur Vergasung der Opfer reiche. Sprauer habe sich zudem nicht nur auf die passive Annahme dieser Rolle beschränkt, sondern die *Aktion T4* mit Einsatz seiner Dienststellung tatkräftig unterstützt. Dass Sprauer den zahlreichen Bitten der Anstaltsleiter, arbeitsfähige Patienten nicht zu verlegen, teilweise nachkam, ändere an der Feststellung der Förderung der NS-Euthanasie nichts. Er habe dies nur getan, wenn er kein Risiko einging, in Berlin aufzufallen. Sobald er Streichungen auf den von Berlin übersandten Listen auf seine eigene Verantwortung nehmen musste, habe er dies, wenn überhaupt, nur zögernd und widerwillig getan. Sprauers den Anordnungen widersprechende Handlungen stellten lediglich ein ethisches Minimum dar, das er sich nur dann leistete, wenn er keine Rüge oder sonstigen Nachteile zu befürchten hatte. Sie zeigten nur, dass seine Taten noch skrupelloser hätten ausfallen können. An der Gesamtbewertung des Vorwurfs der Beihilfe zum Massenmord ändere dies nichts.¹³⁰ Sprauer sei bekannt gewesen, dass die Täter mit Überlegung, Heimtücke und aus niederen Beweggründen gehandelt hätten. Die Kenntnis dieser Umstände genüge, um eine Teilnahme am Mord zu begründen. Man könne nicht ein ganzes Jahr hindurch die Heimtücke anderer mit seinem Namen decken, ohne sich nicht selbst mit diesem Verbrechen zu belasten. Sprauers Verteidiger hätten argumentiert, dass nicht er „als Individuum“, sondern der Staat heimtückisch gehandelt habe. Sprauer sei als Staatsbeamtem eine Funktion zugefallen, bei der es gar nicht auf die Persönlichkeit als solche angekommen sei. Die Stelle sei auswechselbar gewesen und wäre von jedem anderen in gleicher Weise oder schlimmer ausgeführt worden. Eine solche Staatshaftung anstelle einer

---

¹³⁰ Loc. cit.

Beamtenhaftung kenne das deutsche Strafrecht, das am Schuldgedanken orientiert ist, aber nicht, argumentierte das Gericht. Strafe sei stets das einer natürlichen Person für ein verantwortliches Tun auferlegte Übel. Man könne den Staat bestimmen, wie man wolle, als solcher sei er nicht deliktsfähig im Sinne des Strafrechts. Der Staat könne zwar vor dem „Forum der Geschichte“ nachträglich in Anklage versetzt werden, aber auch dann sei nur die jeweilige Staatsführung gemeint. In diesem Sinne lasse sich die NS-Euthanasie als ein Staatsverbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft bezeichnen. Strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden könnten aber immer nur die verantwortlichen Personen, für deren Verantwortlichkeit ihre Stellung im Staat allerdings von wesentlicher Bedeutung sei. Diesem Umstand trage das Gericht im Falle Sprauer Rechnung, in dem es ihn nur als Gehilfen zur Verantwortung ziehe. An der Kausalität und dem persönlichen Schuldanteil ändere sich dadurch nichts.¹³¹

Die Verteidigung hatte im Prozess vorgebracht, dass Fahrlässigkeit vorliege, da Sprauer an einen „Führererlass“ geglaubt und diesen für eine rechtsgültige Grundlage der Maßnahmen gehalten habe. Für das LG Freiburg war eine Fahrlässigkeit jedoch nicht ersichtlich. Sprauer habe selbst erklärt, dass der Inhalt des „Führererlasses“ einen begrenzteren Inhalt als dessen spätere Umsetzung gehabt habe und dass er diese als Unrecht und ungesetzlich erkannt habe. Er habe sich lediglich deswegen nicht widersetzt, weil er erfahren habe, dass auch hinter dieser unrechtmäßigen und ungesetzlichen tatsächlichen Durchführung der *Aktion T4* der Führerwille und der Wille der Berliner Aktivisten stand und er persönliche Nachteile für sich befürchtete, würde er die Teilnahme verweigern. Von einer den Vorsatz ausschließenden Unkenntnis rechts-erheblicher Tatumstände könne daher keine Rede sein. Sprauer habe sich von der Einsicht, dass Hitler und die höchsten Beamten des Reichsinnenministeriums ein riesenhaftes Verbrechen begingen, nicht losgesagt, weil er gewusst habe, dass er im Einklang mit der staatlichen Macht handelte. Es komme aber nicht auf den Einklang mit der Macht, sondern auf den Einklang mit dem Recht an. Vor der Instanz des Rechts könne niemand damit gehört werden, der an die das Recht verletzende Macht geglaubt habe. Sprauer habe gewusst, dass die Maßnahmen, die der Staat zur Vernichtung von Anstaltsinsassen ergriff, nicht nur aller überlieferten Gesittung widersprachen, sondern auch mit dem überall in Deutschland und in allen anderen Kulturstaaten geltenden Recht in Widerspruch standen. Wenn er Hitler die Macht zugesprochen habe, sich

---

¹³¹ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 66ff.

über dieses Recht hinwegzusetzen, dann stehe ihm vor dem Recht ein Schutz wegen dieses rechtsleugnenden Irrglaubens nicht zu. Hinzu komme, dass der „gesetzkräftige Führererlass“ weder der Form noch dem Inhalt eines Gesetzes entsprochen habe, so dass es unmöglich sei, sich auf diesen zu berufen. Es herrsche weitgehend Übereinstimmung darüber, dass ein geheimer, dem Volk vorenthaltener Befehl niemals Recht schaffen könne, weil das Recht keine Summe von Herrscherbefehlen sei, sondern vielmehr die öffentliche Ordnung. Es handele sich bei dem Schreiben noch nicht einmal um einen „Erlass“ an eine oberste Reichsbehörde, sondern lediglich um ein Schreiben ohne Adresse, das weder am Kopf noch bei der Unterschrift einen die staatsrechtliche Stellung bezeichnenden Zusatz enthielt. Es sei nicht Absicht gewesen, die geltenden Gesetze zu ändern, sondern die Legalität mit Hilfe einer durch Einzelanordnung erhaltenen Ermächtigung zu durchbrechen. So hieß es, dass „namentlich zu bestimmenden Ärzten“ die Befugnis zur Euthanasie erteilt werden solle. Ob Hitler eine solche Ermächtigung formal erteilen durfte, sei eine Frage, die nach den damaligen staatsrechtlichen Verhältnissen zu entscheiden sei. Im nationalsozialistischen Schrifttum seien zweifellos Ansichten vertreten worden, die jeder Willensäußerung Hitlers Gesetzeskraft und -wirkung zuschrieben. Jedoch sei dem Oberlandesgericht Frankfurt am Main, das in seinem Urteil vom 12. August 1947 Hitlers Schreiben die Eigenschaft und Wirkung einer Rechtsnorm abgesprochen hatte, beizustimmen. Darüber hinaus wäre Hitlers Schreiben in einem ordnungsgemäßen Gesetzgebungsverfahren nicht als verbindliches Recht anerkannt worden. Die Gewalt des Staates über Leben und Tod hätte ihm nur dann zugestanden, wenn es sich um die Bestrafung schuldiger Verbrecher gehandelt hätte. Die Rechtsüberzeugung erlaube dem Staat nicht, menschliches Leben nur nach Zweckmäßigungs- und Nützlichkeitsabwägungen zu vernichten. Die Frage, ob der Staat dieses Recht im Falle eines Staatsnotstandes erhalten hätte, könne unerörtert bleiben, weil es eine solche Notlage nicht gegeben habe. Zusätzlich wären neben tatsächlich unheilbaren Geisteskranken auch massenweise heilbare Kranke, die in vielen Fällen nicht einmal geisteskrank waren, vergast worden.¹³²

Die Verteidigung führte an, dass Sprauers Handeln unter dem Gesichtspunkt der Nötigung und des Notstandes nach §§ 52, 54 StGB beurteilt werden müsse. Eine Nötigung scheidet aber von vorneherein aus, da Sprauer selbst erklärt habe, dass Linden

---

¹³² Ebd., S. 60ff.

zu keiner Zeit Druck, hinsichtlich einer Mitwirkung an der NS-Euthanasie, auf ihn ausgeübt habe, urteilte das LG Freiburg. Auch von einer Drohung könne keine Rede sein, da sich die einzige Drohung, die seitens Linden geäußert wurde, auf die Geheimhaltung der *Aktion T4* bezog. Es könne auch nicht angenommen werden, dass Sprauer irrtümlicherweise verstanden habe, dass sich die Drohung ebenso auf eine sofortige oder spätere Weigerung mitzumachen bezogen habe, da dafür keinerlei Anhaltspunkte vorhanden seien. Sprauers Intelligenz sei nicht so tief einzuschätzen, als dass er eine solch entscheidende Verwechslung nicht bemerkt hätte. In diesem Zusammenhang sei der Zeuge Kuhn zu erwähnen, der seine Weigerung, sich als Gutachter an der NS-Euthanasie zu beteiligen, in Berlin vorbrachte, nachdem das Schweigeverbot unter Androhung höchster Strafe für den Übertretungsfall verhängt worden war. Kuhn war trotz dieser Weigerung, die er sogar noch schriftlich bei Sprauers Dienststelle wiederholte, nicht nur nicht bestraft, sondern sogar als Hilfsreferent ins Badische Innenministerium berufen und anschließend zum Leiter der größten südbadischen Heil- und Pflegeanstalt ernannt worden. Von einer Nötigung könne also nicht ausgegangen werden.¹³³

Hinsichtlich des Notstands im Sinn des § 54 StGB argumentiere die Verteidigung außerdem, dass Sprauer nicht Lindens Verhalten, sondern ganz allgemein die Machtposition seiner Vorgesetzten als Zwang empfunden habe. Auch bei voller Würdigung von Sprauers Vorbringen könne nach Meinung des Gerichts nicht anerkannt werden, dass er sich in einer Zwangslage befunden habe, die kein anderes Verhalten zugelassen hätte. Es könne zwar angenommen werden, dass er sich im Falle einer Weigerung Schwierigkeiten eingehandelt hätte, wie weit diese gegangen wären, lasse sich aber nachträglich nicht sagen. Ein übergesetzlicher Notstand läge laut der gängigen Rechtsprechung und Rechtslehre vor, wenn eine den äußeren Tatbestand einer Straftat erfüllende Handlung das einzige Mittel sei, um ein Rechtsgut zu schützen oder eine vom Recht auferlegte oder anerkannte Pflicht zu schützen; dann sei es nicht rechtswidrig, die höhere Pflicht auf Kosten der minder hohen zu erfüllen oder höherwertige Gut auf Kosten des geringer wertigen Gutes zu wahren. Erforderlich sei aber immer, dass der Betroffene gewissenhaft geprüft habe, ob ein Widerstreit rechtlich geschützter Güter vorliegt, der nur durch Verletzung des einen Gutes gelöst werden kann. Sprauer hatte argumentiert, dass er als höherer Ministerialbeamter unter den damaligen

---

¹³³ Ebd., S. 75f.

Verhältnissen eine Weigerung nicht ohne erhebliche persönliche Nachteile hätte wagen können. Er hätte mit einer Entlassung aus dem Staatsdienst rechnen müssen und in einem solchen Falle auch nicht mehr die Möglichkeit gehabt, sich als praktizierender Arzt niederzulassen, da dies von der Stellungnahme der Gauleitung abhängig gewesen wäre, die ihn dann gewiss für „untragbar“ erklärt hätte. Das Gericht vertrat aber die Auffassung, dass in einer Pflichtenkollision dem Rechtsgut der Erhaltung des Lebens der Anstaltsinsassen nur das Rechtsgut der Sicherung des eigenen Lebens und des Lebens der Angehörigen gegenüberstehen könne. Die Frage nach dem Notstand im Sinne des § 54 StGB, bei dem der Täter zur Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für sein Leib oder Leben oder das seiner Angehörigen handeln musste, wurde aber bereits erörtert. Die insoweit glaubhaften Angaben des Mitangeklagten Schreck zeigten, dass die Mitarbeit bei der NS-Euthanasie freiwillig war. Zwar sei Sprauer als Beamter eines Länderministeriums dem Reichsministerium des Innern direkt unterstellt gewesen, sodass ihn eine Weigerung seine Position im Badischen Innenministerium hätte kosten können, aber schon eine Entlassung aus dem Staatsdienst könne sehr fraglich sein, wenn er Minister Pflaumer aufgrund seiner Rolle als Arzt und damit verbundenen Gewissenskonflikten um Versetzung gebeten hätte. Selbst wenn er mit der Entlassung aus dem Staatsdienst hätte rechnen müssen, so läge die Voraussetzung für einen Ausschluss seiner Schuld noch bei weitem nicht vor. Dabei könne auch nicht von einer Gefährdung von Leib und Leben Sprauers und seiner Angehörigen ausgegangen werden. Diese hätte nur bestanden, wenn er das Schweigeverbot gebrochen hätte. Dass sich im Dritten Reich jeder durch eine ungeschickte Bemerkung, sei sie noch so richtig gewesen, leicht habe ins Konzentrationslager bringen können, sei nur zu bekannt. Es lägen aber keine Anhaltspunkte dafür vor, dass Sprauer nicht hätte in der Lage sein können, sich von der Teilnahme an den Massenmorden zu lösen, ohne ins Licht der Gestapo zu rücken. Vielmehr habe Sprauer auf keinen Fall seine Stellung im Ministerium verlieren wollen.¹³⁴

Der Frage, ob die Strafbarkeit Sprauers deswegen entfallen könne, weil er sich im Irrtum über das Vorhandensein des Rechtfertigungsgrundes der Gehorsamspflicht im Rahmen seines Beamtentums befand, stellte sich das Schwurgericht deutlich entgegen. Beamte seien zwar zum Gehorsam verpflichtet, nicht aber zu blindem Gehorsam. Laut dem deutschen Beamtengesetz dürfe der Beamte eine Anordnung, die erkennbar

---

¹³⁴ Ebd., S. 70ff.

gegen das Gesetz verstoße, nicht befolgen. Die erteilte Anweisung, Helferdienste in der *Aktion T4* zu leisten, sei kaum weniger gewesen als der unmittelbare Befehl, Morde an Anstaltsinsassen zu begehen. Die Unrechtmäßigkeit und Ungesetzlichkeit sei für Sprauer bereits zu Beginn seiner Tätigkeiten im Rahmen der „planwirtschaftlichen Verlegungen von Anstaltsinsassen“ erkennbar geworden. Bis zum Erhalt des Merkblatts und der Meldebögen Ende Oktober 1939 habe er vielleicht noch annehmen können, dass es sich um eine von Hitler „legalisierte“ Durchführung der Vorschläge von Binding und Hoch handelte. Spätestens bei der ersten Verlegung habe er gewusst, dass davon keine Rede sein konnte. Zudem sei jede Transportliste, die er von Linden erhalten habe, als eine neue Anordnung zu betrachten, die jedes Mal wieder die Beteiligung an einem Massenmord zum Gegenstand hatte. Selbst wenn man nicht völlig ausschließen könne, dass Sprauer aufgrund seiner blinden Autoritätshörigkeit der Annahme war, er müsse auf jeden Fall gehorchen, müsse dieser Schuldausschließungsgrund entfallen, weil ein Irrtum über die Eigenschaft einer Handlung als Amtshandlung unbeachtlich sei. Zudem habe Sprauers Irrtum auf der Vorstellung basiert, seinen Vorgesetzten auch dann gehorchen zu müssen, wenn sie nicht im Sinne ihres Rechts, sondern im Sinne ihrer unumschränkten Macht größtes Unrecht begingen und von ihm die Mitwirkung an ihrem Verbrechen verlangten. Ein solcher Irrtum sei bei der Ungeheuerlichkeit des Verbrechens, um das es sich handelt, nicht mehr beachtlich. Die NS-Euthanasie habe in einem solchen Maße wider die Natur des Menschen und des Rechts verstoßen, dass ein wirklicher oder angeblicher Irrtum hierüber nicht beachtet werden könne. Es dürfe und müsse bei jedem Menschen ein gewisser Grundstock von rechtlicher Vorstellung vorausgesetzt werden. Die Rechtsblindheit eines Arztes gegenüber der Heiligkeit und Unverletzlichkeit jedes menschlichen Lebens könne kein Entschuldigungsgrund sein. Dies gelte auch hinsichtlich der beamtenrechtlichen Gehorsamspflicht gegenüber den Tätern der Massenmorde. Insbesondere auch deswegen, weil Sprauer auch in seiner Funktion als Regierungsdirektor und Abteilungsleiter Arzt geblieben war. Es habe innerhalb der Elementarsätze der ärztlichen Ethik kein Umdenken hinsichtlich der Tötung unschuldiger Anstaltsinsassen geben können, wie Sprauer es von einigen medizinischen Kollegen verlangte.¹³⁵

Neben der Anwendung des Strafgesetzbuchs (StGB) wurde vom Gericht auch das KRG 10 mit dem Artikel II 2b-d gewürdigt. Ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit

---

¹³⁵ Ebd., S. 68ff.

lag vor, wenn der Beschuldigte bewusst an einem über das ganze Land verbreiteten und von der Regierung organisierten System der Grausamkeit und Ungerechtigkeit unter der Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit teilgenommen hat. Der Sinn des KRG 10 war es, jene auf gemeinsamen Rechtsüberzeugungen der Kulturvölker beruhenden Rechtssätze durchzusetzen. Die Rechtssätze eines überstaatlichen *Jus gentium* würden als jedem deutschen Gesetz oder Erlass überlegenes Recht durchgesetzt. Das deutsche Strafrecht könne den Täter, sofern es mit dem überstaatlichen *Jus gentium* in Widerspruch stehe, daher nicht entlasten. Die Mitwirkung an der NS-Euthanasie finde unter allen Gesichtspunkten Anwendung. Die von der NS-Regierung durchgeführte Vernichtungsaktion sei ein offenkundiger Verstoß gegen das *Jus gentium*. Nach dem deutschen Recht und auch nach dem Recht aller anderen Kulturstaaten sei die Tötung von Anstaltsinsassen in der Art und Weise der *Aktion T4* verboten und ein strafwürdiges Verbrechen. Die Handlungen von Sprauer würden eine durch das KRG 10 geschaffene Handlungseinheit darstellen, was sich aus der Begriffsumschreibung des Menschlichkeitsverbrechens als bewusste Teilnahme an systematischen, von der Regierung organisierten oder gebilligten Maßnahmen ergibt. Sie erfüllten auch den subjektiven Tatbestand des KRG 10, da Sprauer gewusst haben muss, dass er sich der Teilnahme an einem staatlich organisierten System der Ungerechtigkeit und Verfolgung schuldig gemacht hat, welches das sittliche Gefühl der Menschheit verletzt und dass er im Falle einer Festnahme nach Zusammenbruch der NS-Herrschaft mit einer Bestrafung durch die Gemeinschaft der Völker zu rechnen hatte.¹³⁶

5.5 Urteilsbegründung Schreck

Das LG Freiburg fasste Schrecks Gutachtertätigkeit mit den Nachmeldungen von drei Illenauer Patienten zur Verlegung nach Grafeneck zu einer natürlichen Handlungseinheit zusammen, durch welche tateinheitlich begangene Beihilfe zu den Anstaltsmorden der Hauptverantwortlichen geleistet worden sei. Seine Taten hätten einen nicht unerheblichen Beitrag zu der Massenvernichtung geleistet, unabhängig davon, ob Schreck die Meldebögen je nach dem einzelnen Fall in einem die Tötung bejahenden oder verneinenden lassenden Sinne begutachtet habe. Nach § 50 StGB habe Schreck als Teilnehmer nur für seine eigene Schuld einzustehen. Schreck sei mindestens die

---

¹³⁶ Ebd., S. 88f.

Überlegung und Heimtücke der Täter bekannt gewesen, sodass nicht geprüft werden müsse, ob er auch die niedrigen Beweggründe für das Verbrechen erkannt habe. Wie in der Urteilsbegründung gegen Sprauer erörtert, sei die Kenntnis über die bei den Tätern vorhandenen Überlegung, Heimtücke oder niedrigen Beweggründe ausreichend, um der Beihilfe zum Mord bezichtigt zu werden. Um über Schrecks Verhalten in seiner Funktion als Anstaltsleiter zu urteilen, verglich das Schwurgericht dieses mit dem Verhalten anderer Anstaltsleiter. Im Wesentlichen habe es sich dadurch unterschieden, dass Schreck den Verlegungen seiner Zwiefaltener Patienten nach Grafeneck keinen Widerstand entgegengebracht habe. Zur Feststellung eines schuldhaft rechtswidrigen Tuns oder Unterlassens seien die getroffenen Feststellungen jedoch ungenügend, weil sich nicht feststellen ließe, ob und wieviel mehr andere Anstaltsleiter in der konkreten Situation erreicht hätten und auch nicht geklärt werden konnte, welchem Gegendruck die Anstaltsleiter im Falle eines Widerstandes ausgesetzt waren. Die Nachmeldung der Illenauer Patienten Finkbeiner, Merkel und Speemann könne aber als Beihilfe zum Mord angesehen werden.¹³⁷

Eine Mittäterschaft unterstellte man Schreck ebenso wenig wie Sprauer. Ein Täter müsse an dem Verbrechenskomplott beteiligt gewesen sein und die tatsächliche Beherrschung und Lenkung des Verbrechens bis zur Erreichung des gewollten Ziels gehabt haben. Dies treffe weder für Schrecks Gutachtertätigkeit noch für die Anstaltsleitung zu. Hinsichtlich der Gutachtertätigkeit sei er zu einem Zeitpunkt zur Mitarbeit gezogen wurde, als das Staatsverbrechen längst geplant und durchorganisiert war. Er sei von seinen Berliner Auftraggebern in eine Einzelaufgabe eingewiesen worden, die im Wesentlichen nur die Bekanntgabe der bereits getroffenen Entscheidungen enthielten und eher einer Befehlsausgabe als einer Verhandlung glichen. Er sei nur mit den für seine Tätigkeit nötigen Kenntnissen über die Gesamtorganisation versorgt worden und habe nicht einmal gewusst, wer seine Nebengutachter waren oder wie viele Obergutachter noch über ihm standen. Ebenso sei ihm nicht bekannt gewesen, was mit den von ihm begutachteten Fotokopien der Meldebögen nach Rücksendung an die Reichsarbeitsgemeinschaft geschah. Auch als Anstaltsleiter habe er kaum Einblick in die Lenkung der Gesamttaktion gehabt oder gar einen Einfluss auf ihren Umfang.¹³⁸

---

¹³⁷ Ebd., S. 79f.

¹³⁸ Ebd., S. 80.

Auch Schreck hatte sich mit dem Argument verteidigt, er habe die NS-Euthanasie im Hinblick auf den „gesetzeskräftigen Führererlass“ für rechtmäßig gehalten. Das Gericht war hier jedoch ebenso der Auffassung, dass ein Irrtum über die Legalität der *Aktion T4* in keinem Fall vom Recht anerkannt werden könne, weil er nach den Rechtsanschauungen der Kulturvölker größtes Unrecht betraf. Ebenso wurde nicht geglaubt, dass Schreck die Abweichung der Maßnahmen der NS-Euthanasie von den Vorschlägen von Binding und Hoche nicht erkannt habe. Man müsse an Schrecks Verstand Zweifel haben, wenn man annehmen wolle, dass er den Unterschied zwischen der grauenhaften Wirklichkeit und dem, was unter ernsthaften Ärzten, Juristen und Staatsmännern unter Euthanasie selbst bei weitester Lösung von religiösen Bindungen und Geboten überhaupt noch diskutabel gewesen sein möge, nicht gesehen habe. Für eine solche Tatsachenblindheit Schrecks lägen keine Anhaltspunkte vor.¹³⁹

Schreck habe erklärt, er habe angenommen, dass der Staat in Kriegs- und Notzeiten Maßnahmen treffen dürfe, die man in geordneten Zeiten für nicht zulässig halten würde. Es könne also in Frage gestellt werden, ob er hinsichtlich der Legalität solcher staatlichen Notmaßnahmen in Rechtsblindheit gehandelt oder ob er sich bewusst an der Rechtsverletzung der Machthaber beteiligt habe. Nach Auffassung des LG Freiburgs könne man Schreck jedoch nicht in die Gruppe der Täter einstufen, die sich bewusst über das Recht stellten. Man könne ihm nicht widerlegen, dass er an die Zweckmäßigkeitserwägungen geglaubt habe, die „überflüssigen Esser“ im Interesse der Sicherung der Ernährung und des Bedarfs an Lazarettträumen der NS-Euthanasie zuzuführen. Er habe sich in den Dienst einer Sache gestellt, deren Recht er aufgrund der damals verbreiteten Maxime „Recht und erlaubt ist, was dem Volke nützt“ annahm. Es sei also von Rechtsblindheit und nicht von Rechtsleugnung auszugehen. Diese könne allerdings, wie in der Urteilsbegründung gegen Sprauer erläutert, nicht als schuldbefreiend anerkannt werden. Während bei Sprauer ein übertriebenes Autoritätsbedürfnis zur Rechtsblindheit geführt habe, habe Schreck eine innere Entwicklung durchgemacht, an deren Anfang echtes Mitleid mit den ärmsten der Kranken gestanden habe. Ihm sei ein väterlich gütiges besorgt Sein um seine Patienten nachgesagt worden, doch habe er in vollem Bewusstsein über die Tragweite seines Handelns die Meldebögen der Illenauer Patienten Finkbeiner, Merkel und Speemann falsch ausgefüllt und somit zu erkennen gegeben, dass es ihm bei der Bewertung eines

---

¹³⁹ Ebd., S. 81f.

Menschenlebens nicht mehr so genau darauf ankam, korrekte Angaben vorzunehmen. Dies könne nicht als Zufall, sondern nur als Symptom für die Zersetzung der Berufsethik, der jeder Arzt, der an der *Aktion T4* teilnahm, zum Opfer gefallen sein musste, bewertet werden.¹⁴⁰

Dass Schreck das Gefühl gehabt habe, etwas Unrechtes zu tun, vermittele sich mangels innerer und äußerer Tatsachen nicht. Er habe dies sogar beschwichtigt und verneint, als er in der Illenauer Anstalt von der ihm unterstellten Medizinalrätin Hanna Liguori-Hohenauer (1885-1955) danach gefragt wurde. Im Gegensatz zu Sprauer habe er nicht unter seiner Tätigkeit gelitten und Depressionen gehabt. Er habe in der Hauptverhandlung außerdem mit erschreckender Deutlichkeit erklärt, dass ihm auch jetzt noch die Empfindung dafür fehle, etwas Böses getan zu haben. Dies könne durch seine grundsätzliche Einstellung der „Euthanasie“ gegenüber erklärt werden. Dabei müsse festgehalten werden, dass seine ursprüngliche Haltung zur „Euthanasie“ im eigentlichen Sinne, wie es auch außerhalb Deutschlands gelegentlich zur wissenschaftlichen Erörterung gestellt wurde, keinen unedlen Motiven entspringe. Allerdings sei es nicht Aufgabe des Gerichts, zu dem eigentlichen „Euthanasieproblem“ im Sinne der NS-Euthanasie Stellung zu nehmen oder den individualpsychologischen und ideengeschichtlichen Einflüssen nachzugehen, die auf Schreck eingewirkt haben mögen, bis er zu der Überzeugung kam, man dürfe unschuldige Kranke gegen ihren und ihrer Angehörigen Willen umbringen. Selbst wenn der Staat in einer vom Recht nicht anzuerkennenden Weise nur die Vorschläge von Binding und Hoche auf gesetzlicher Grundlage durchgeführt hätte, bedürfe es noch nicht einmal einer Entscheidung über die Frage, ob Schrecks Überzeugung unter dem Gesichtspunkt der „Überzeugungstäterschaft“ rechtserheblich sei. Dieser Fall habe nicht vorgelegen, was Schreck auch von Anfang an gewusst habe. Die Kriterien zum Ausfüllen der Meldebögen bezogen Art und Grad der Krankheit nicht mit ein. Dies habe es bei Binding und Hoche nicht gegeben. Was Schreck tat, sei also nach seinen eigenen Darlegungen nicht mehr durch seine Überzeugung gedeckt gewesen. Er sei daher weder „Überzeugungstäter“ noch ein Märtyrer des eigentlichen Euthanasiegedankens. Die *Aktion T4* habe mit einer kontrollierten Tötung der nach dem letzten Stand der ärztlichen Wissenschaft für völlig unheilbar zu haltenden „Vollidioten“ nichts mehr zu tun gehabt.¹⁴¹

---

¹⁴⁰ Ebd., S. 83f.

¹⁴¹ Ebd., S. 82f.

Das LG Freiburg erklärte, dass die drei von Schreck begangenen Kindestötungen zwar im Gesamtzusammenhang mit der *Aktion T4* stünden, aber wegen ihres individuellen Charakters nicht als Beihilfehandlungen, sondern als selbständige strafbare Handlungen anzusehen seien. Derjenige, der die Tötungen vorgenommen habe, müsse, auch wenn er die Tat im Interesse anderer begangen habe, als Täter bzw. Mittäter angesehen werden. In allen drei Fällen sei Mord anzunehmen, da Schreck jeweils mit Überlegung gehandelt habe und die Weisungen des „Reichsausschusses“ ebenso wie der „Führererlass“ nicht als Rechtfertigungs- oder Schuldaußschließungsgrund anzusehen seien. Schreck habe die Morde aber nicht aus niedrigen Beweggründen oder heimtückisch begangen. Die Gründe für seine Taten würden in einer Überzeugung wurzeln, die sich in ihm auf Grund jahrzehntelanger Erfahrungen als „Irrenarzt“ gebildet hatte und beinhaltet, dass es Zustände unabänderlichen menschlichen Leidens gibt, denen gegenüber der von den Patienten oder ihren Angehörigen still gehegte oder laut ausgesprochene einzige Wunsch nach Erlösung gerade aus Mitleid verwirklicht werden müsse. Dies könne man ihm nicht als niedrige Beweggründe auslegen, auch wenn es ein strafbares Handeln im Rahmen des Auftrages eines verbrecherischen Staates gewesen sei. Bei Schreck habe bei der Tötung der Kinder nicht das Motiv der Diensterrfüllung im Vordergrund gestanden, sondern der Beweggrund, die Kinder von ihrem Leiden zu „erlösen“ und „einschlafen“ zu lassen. Unter der Heimtücke sei eine Tötung eines infolge seiner Arglosigkeit verteidigungslosen Opfers zu verstehen, die heimlich begangen wird und berechtigtes Vertrauen vortäuscht. Da die Kinder sich aufgrund ihrer Erkrankungen nicht selbst äußern konnten, könne man nur das Verhalten gegenüber den Eltern betrachten, mit denen Schreck entweder bei der Einlieferung oder nach einigen Wochen Beobachtung gesprochen hat. Er habe ihnen in diesen Gesprächen erklärt, dass es das Beste sei, wenn das Kind sterbe. Die Eltern hätten die Kinder zwar auch nach dieser Äußerung in Schrecks Obhut belassen und ihm auch mehr oder minder deutlich zugestimmt, jedoch entzog Schreck mit dieser Äußerung dem natürlichen Vertrauen auf den Heilungswillen des Arztes die Grundlage. Es handele sich dabei aber nicht um Heimtücke. Schreck habe sich dem Reichsausschuss aber in voller Kenntnis der „Verlogenhaftigkeit“ für diese Taten zur Verfügung gestellt. Auch wenn er das „Einschlafenlassen“ solcher Kinder für eine Wohltat hielt, so habe er sich dennoch der Mittäterschaft schuldig gemacht, da der „Zweck nicht die Mittel heile“. Er habe die drei Tötungen nach §§ 212, 74 StGB vorsätzlich begangen, ohne Mörder zu sein. Mit Falschheit oder Verschlagenheit sei Schreck den Eltern nicht gegenübergetreten. Eine rechtswidrige Teilnahme an den von Kühnke begangenen Tötungen der anderen

Kinder läge nicht vor. Schreck habe sich nach der Tötung des dritten Kindes weitgehend von dieser Aktion zurückgezogen und alle weiteren Entscheidungen dem Reichsausschuss überlassen, der Kühnke mit der Liquidierung des Kinderbestandes beauftragte.¹⁴²

Schrecks Handlungen seien ebenso wie diejenigen Sprauers als Mitwirkung bei einem Massenverbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne des Artikel II 2b-d des KRG 10 zu sehen, allerdings nur hinsichtlich seiner Gutachtertätigkeit und der Illenauer Nachmeldungen. Im Fall der drei Kindestötungen seien die Voraussetzungen einer Bestrafung nach dem KRG 10 nicht erfüllt. Ihrer Begehungsart nach seien diese Tötungen so individueller Natur, dass sich nicht mit Sicherheit sagen ließe, Schreck hätte auch hier das Bewusstsein von der die Menschenwürde verletzenden Grausamkeit und Unbarmherzigkeit seiner Taten haben müssen. Er müsse sich zwar vorwerfen lassen, dass auch diese Taten die Rechtsanschauungen der Kulturvölker und auch die Gebote der ärztlichen und allgemeinen Ethik, Moral und Sittengesetzes brachen, doch könne man seiner persönlichen Überzeugung von der Barmherzigkeit seiner Taten nicht ohne weiteres das Beachten des Rechts hinsichtlich der Erfordernisse des KRG 10 versagen.¹⁴³

5.6 Strafmaß

Nach § 73 StGB sollte nur das Gesetz, welches die schwerste Strafe androht, zur Anwendung kommen, wenn die Verbrechen das KRG 10 im Zusammentreffen mit dem Deutschen Strafrecht verletzen. Nach dem deutschen Recht durfte das Gericht die Angeklagten für ihre Teilnahmehandlungen im Höchstfall mit einer Zuchthausstrafe von je 15 Jahren bestrafen. Die Höchststrafe gemäß dem KRG 10 bei Verbrechen gegen die Menschlichkeit war bis zur Todesstrafe ausdehnbar. Jedoch war auch das durch die Militärregierung auferlegte Verbot, grausame oder übermäßig hohe Strafen zu verhängen, zu beachten. Für die Strafzumessung war maßgebend, dass die für die general- und spezialpräventiven Strafzwecke entscheidenden Gesichtspunkte

---

¹⁴² Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 84ff, Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 84, 87f.

¹⁴³ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 89f.

ausfielen, das Bedürfnis der Sühne, die die Gerechtigkeit für die Mitwirkung an einem Großverbrechen forderte, aber im Vordergrund stehe.¹⁴⁴

Von der Verhängung der Todesstrafe gegen die beiden Angeklagten sah das Gericht ab, da Sprauer und Schreck nicht aus verbrecherischer Neigung zu der Tat getrieben worden seien. Das Gericht glaubte mit ziemlicher Sicherheit, dass sie in einem rechtmäßig funktionierenden Staatsgefüge nicht ins Verbrechen abgeglitten wären. Sie seien erst durch die enge Berührung mit der von den „NS-Gewalthabern“ rechtlos und willkürlich gebrauchten Macht gesunken. Man könne sie in gewissem Sinne zu den Menschen zählen, auf welche die „lügenhaft aufgebaute Fassade eines kräftigen Staatsapparates“ nicht ohne Einfluss war. Obwohl Schreck und Sprauer als gebildete Bürger hätten widerstandsfähiger als viele andere sein müssen, sei die durch den Nationalsozialismus geschaffene „geistig-seelische Verwirrung“ jener Zeit als eine Mitursache des „Abfalls des Rechtsbewusstseins“ der Angeklagten anzuerkennen.¹⁴⁵

Bei Sprauer berücksichtige das LG, dass er der *Aktion T4* nicht freiwillig beigetreten sei, sondern durch seine Stellung als Medizinalreferent im Badischen Innenministerium in das Großverbrechen mit hineingezogen wurde. Er sei unverschuldet in eine Lage versetzt worden, deren Bewältigung unter den gegebenen Umständen mehr Charakter, Mut und Treue gegenüber den Ansprüchen des Rechts, der Menschlichkeit und der Ethik erfordert hätte, als er in seinem ‚Beamtenehrgeiz‘ aufzubringen gewillt gewesen war. Dies seien Charaktermängel, die seine Schuld zwar nicht minderten, aber als die wesentlichste Ursache dafür angesehen wurde, dass er nicht die Kraft fand, sich dem Verbrechen, zu dem man ihn missbrauchte, zu widersetzen. Dies dürfe bei der Bemessung einer gerechten Strafe nicht außer Betracht bleiben.¹⁴⁶

Bei Schreck fiel strafmildernd ins Gewicht, dass er infolge seiner grundsätzlichen Bejahung des „Euthanasiegedankens“ leichter zur Mitwirkung an der NS-Euthanasie zugänglich gewesen sei.¹⁴⁷ Andere mildernde Umstände könne das Gericht ihm auch bei Berücksichtigung aller Einzelumstände nicht zusprechen, da die Vorstellung Schrecks, ein Arzt dürfe unter Umständen einen Patienten umbringen, um ihn von seinen Leiden

---

¹⁴⁴ Ebd., S. 90f.

¹⁴⁵ Ebd., S. 91f.

¹⁴⁶ Ebd., S. 92.

¹⁴⁷ Ebd., S. 92.

und die Angehörigen von dem Anblick und den Unterhaltungskosten zu erlösen, eine Perversion der ärztlichen Berufsethik und Heilpflicht sei.¹⁴⁸

Im Fall Sprauer belief sich die Zahl der Todesopfer auf etwa 3.000. Im Fall Schreck lässt sich die genaue Zahl nicht bestimmen, sie muss aber durch seine Gutachtertätigkeit erheblich höher gewesen sein. Aufgrund dieser hohen Zahlen sei eine zeitlich begrenzte Freiheitsstrafe ungenügend. Das Schwurgericht sah eine lebenslängliche Gefängnisstrafe nicht als ausreichende Vergeltung eines derartigen Verbrechens an, zumal nach deutschem Strafrecht schon die Beihilfe zu einem an einem einzigen Menschen begangenen Mord mit einer Zuchthausstrafe von mindestens drei Jahren geahndet wurde. Hiernach erschien dem Gericht eine lebenslängliche Zuchthausstrafe erforderlich als ausreichende, aber auch notwendige Sühne. Außerdem sei gemäß §32 StGB die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit geboten. Die Kosten des Verfahrens hatten die Angeklagten zu tragen.¹⁴⁹

Für jede der drei Kindestötungen Schrecks hielt das Gericht jeweils die gesetzliche Mindeststrafe von fünf Jahren Zuchthaus für ausreichend und angemessen. Da eine Erhöhung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe nicht möglich sei, ändere sich an der Gesamtstrafe aber nichts.¹⁵⁰

Gegen das Urteil des Schwurgerichts legte die Verteidigung Sprauers Revision beim Oberlandesgericht Freiburg ein.¹⁵¹

5.7 Die Revision

Mit der Revision von Sprauers Urteil befasste sich der Strafsenat des Badischen Oberlandesgerichts in Freiburg, bestehend aus Senatspräsident Müller als Vorsitzender, Oberlandesgerichtsrat Schrade und Landgerichtsrat Jescheck als Beisitzende Richter, Generalstaatsanwalt Bader als Vertreter der Staatsanwaltschaft und Justizassistentin Trenkle als Urkundsbeamte der Geschäftsstelle am 13. Oktober 1949. Sprauers Verteidigung hatte neben der Aufhebung des Urteils im Strafmaß auch die Aufhebung im

---

¹⁴⁸ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 84, 87f.

¹⁴⁹ Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05, S. 92f.

¹⁵⁰ Ebd., S. 93.

¹⁵¹ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 129.

Schuldspruch beantragt. Das Urteil des Schwurgerichts Freiburg vom 16.11.1948 wurde hinsichtlich des Strafmaßes einschließlich der dem Urteil insoweit zugrundeliegenden Feststellungen aufgehoben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung über die Strafbemessung an das Landgericht Freiburg zurückverwiesen. Im Übrigen wurde die Revision als unbegründet verworfen.¹⁵²

Der Verteidiger Sprauers führte zur Begründung der Revision 7 Verletzungen materiellen Rechts an:

1. Die Euthanasieaktion erfülle weder das Tatbestandsmerkmal der Unmenschlichkeit noch der Grausamkeit im Sinne des KRG 10. Sprauer habe nicht vorsätzlich gehandelt, da er an die Einhaltung solcher Garantien bei der gutachtlichen Überprüfung der Meldebögen geglaubt habe.

Hierzu urteilte der Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG), dass die Frage, ob eine mit gewissen Garantien und einem förmlichen Verfahren ausgestattete NS-Euthanasie als unmenschlich im Sinne des KRG 10 anzusehen war, dahingestellt bleiben könne, da ein derartiges Verfahren nicht eingehalten worden sei und auch nicht vorgesehen war. Das Wesen des Menschlichkeitsverbrechens sei „die bewußte Teilnahme an einem über das ganze Land verbreiteten und von der Regierung organisierten System der Grausamkeit und Ungerechtigkeit unter Verletzung der Gesetze der Menschlichkeit“. Als organisiertes System der Grausamkeit und Unmenschlichkeit seien im vorliegenden Fall das Ingangsetzen und die Aufrechterhaltung einer entpersönlichten Vernichtungsmaschinerie sowie der rücksichtslose, mit der Rechtsauffassung aller Kulturvölker in Widerspruch stehende Eingriff der Staatsführung in die natürlichen Menschenrechte der Todesopfer sowie auch in die natürlichen Rechte der Anverwandten diese Opfer anzusehen. Nach den Feststellungen des Schwurgerichts habe Sprauer an einem derartigen System in klarer Kenntnis von dessen unmenschlichen und grausamen Charakter teilgenommen. Dass sich die Gehilfentätigkeit selbst als „grausam“ oder „unmenschlich“ darstellen müsse, sei nicht erforderlich, es genüge vielmehr die Kenntnis der Unmenschlichkeit und Grausamkeit der Haupttat. Ebenso habe Sprauer sehr wohl von Anfang an die Dürftigkeit der, ihm vor Beginn der Aktion übersandten, Meldebögen erkannt. Er habe die Unmöglichkeit, zu einem „richtigen“

---

¹⁵² Ebd., S. 263ff.

Urteil zu gelangen, gesehen. Zudem sei er im Laufe der Aktion immer wieder von den Anstaltsleitern auf „Fehlurteile“ der Berliner Zentralstelle hingewiesen worden. Davon abgesehen zeuge die Art und Weise der Tötungen von einer erschreckenden Missachtung der Menschenwürde, die selbst Sprauer erschüttert und ihm das Unmenschliche der Aktion vor Augen geführt habe.¹⁵³

2. Das KRG 10 und das deutsche Recht seien nicht gleichzeitig, sondern alternativ anzuwenden.

Gegen eine gleichzeitige Anwendung des KRG 10 und des deutschen Rechts hatte der Strafsenat nach sehr ausführlicher Erörterung der Rechtsgrundlage nichts einzuwenden.¹⁵⁴

3. Führerbefehle hätten im NS-Staat Gesetzeskraft gehabt, jedenfalls aufgrund „der normbildenden Kraft des Faktischen“.

Diesbezüglich schloss sich der Strafsenat der Auffassung und Begründung des Obersten Gerichtshof der britischen Zone an, „dass die Ansicht, jede rechtserhebliche Willensäußerung Hitlers sei ungeachtet ihrer Form gesetzesgleich und rechtsverbindlich, eine entwürdigende Selbstentäußerung der Angehörigen der Rechtsgemeinschaft zugunsten eines Alleinherrschers sei, die bei rechtsstaatlicher Betrachtungsweise als Rechtsquellenlehre keine Beachtung verdiene“.¹⁵⁵

4. Sprauer habe das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit seiner Handlungen gefehlt, da er an die Gesetzeskraft und die staatsrechtliche Gültigkeit des Führerbefehls geglaubt habe.

Diese Gründe, führte der Strafsenat an, könnten keinen Erfolg haben. Handele es sich dabei um einen Angriff auf die tatsächlichen Feststellungen des Schwurgerichts, so sei dies in der Revisionsinstanz unzulässig. Handele es sich hingegen um einen Angriff auf die vom Gericht vorgenommene Beweiswürdigung, so sei sie unbegründet. Die grundsätzliche Frage, ob das Bewusstsein der Rechtswidrigkeit zur Begründung des

---

¹⁵³ Ebd., S. 271f.

¹⁵⁴ Ebd., S. 274ff.

¹⁵⁵ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 278, Süddeutsche Juristen-Zeitung, 1949

Vorsatzes, also der strafrechtlichen Schuld, überhaupt zu fordern sei, brauche daher in diesem Zusammenhang nicht entschieden werden.¹⁵⁶

5. Sprauer habe entgegen den Feststellungen des Schwurgerichts im Nötigungsnotstand gehandelt, da er glaubte, die im Falle eines Verrats der „geheimen Reichssache“ ausgesprochene Androhung der Todesstrafe gelte auch für den Fall einer Verweigerung der Teilnahme. Außerdem habe er sich im Notstand befunden, da er mit der Verelendung seiner Familie gerechnet habe, hätte er sich der *Aktion T4* verweigert und so eine Entlassung aus dem Staatsdienst provoziert.

Der Strafsenat stimmte dem Schwurgericht auch hinsichtlich der Nichtanerkennung des Nötigungsnotstands und des Notstands zu. Der seelische Druck, der auf Sprauer lastete, sowie der Zwang, den er allgemein aufgrund der Machtposition seiner Vorgesetzten als Beamter empfunden habe, könne nicht als „Drohung“ angesehen werden. Unter „Drohung“ sei das „Inaussichtstellen der Zufügung eines Übels“ durch einen Dritten zu verstehen. Die Anmerkung der Verteidigung, Sprauer habe die verschiedenen Arten der Drohung durcheinandergeworfen, sei unglaubwürdig. Von einem Nötigungsnotstand sei also zu Recht nicht auszugehen. Er habe sich auch nicht in einem Notstand befunden, da er im Falle einer Ablehnung seiner Mitwirkung an der Aktion zwar höchst wahrscheinlich seine Amtsstelle als Leiter der Gesundheitsabteilung im Badischen Innenministerium verloren hätte, er aber nicht mit dem Verlust seiner Existenz, Verelendung oder gar Verfolgungsmaßnahmen seitens der Staatsführung hätte rechnen müssen.¹⁵⁷

6. Es läge im Falle der Anwendbarkeit deutschen Rechts nicht Beihilfe zum Mord, sondern zum Totschlag vor. Unter Berücksichtigung seiner im Urteil geschilderten Persönlichkeit und aller Umstände der Tat könne Sprauers Handlungsweise nicht als besonders verwerflich angesehen werden.

Hierzu bemerkte der Strafsenat, dass er der Ansicht der Verteidigung nicht folgen könne. Die Haupttat habe in der Planung und Durchführung der Massentötungen von Geisteskranke bestanden. Sie sei mit Überlegung begangen worden. Kranke und ihre

---

¹⁵⁶ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 278f.

¹⁵⁷ Ebd., S. 279.

Sorgeberechtigten seien über den Zweck und die Bedeutung der Verlegung getäuscht worden. Die für die Tötungsaktion organisierten Zweckverbände seien in zynischer Weise als Wohlfahrtseinrichtungen getarnt worden. Die Arglosigkeit der Opfer, die auf eine gewissenhafte Anstaltspflege vertrauten, sei von der Staatsführung in besonders verwerflicher Weise ausgenutzt worden. Mit Recht habe das Schwurgericht Sprauers Tätigkeit als die eines Gehilfen gekennzeichnet. Die Schuld des Gehilfen sei darin zu sehen, dass er die Tat vorsätzlich förderte, obwohl er den verwerflichen Charakter der Haupttat kannte. Erforderlich sei nur, dass der Gehilfe diejenigen Tatumstände kenne, die die Haupttat als heimtückische Tötung kennzeichnen. Diese Feststellung sei vom Schwurgericht getroffen worden. Ebenso habe es zu Recht angenommen, dass die Kenntnis der Heimtücke der Haupttäter genüge, um Teilnahme am Mord zu begründen.¹⁵⁸

7. Es sei eine unmenschliche oder übermäßig hohe Strafe verhängt worden. Strafmildernd hätte stärker berücksichtigt werden sollen, dass sich Sprauer nicht aus verbrecherischer Neigung, sondern aus allgemeiner menschliche Schwäche gegenüber einem machtvollen Regime an der Aktion beteiligt habe und unverschuldet infolge seiner Amtsstellung zur Tat getrieben worden sei. Bei der Strafzumessung sei auch die Empfänglichkeit des Schuldigen für das Strafübel zu berücksichtigen. Sprauer stehe im 65. Lebensjahr und sei körperlich und seelisch leidend. Angesichts dieses Zustandes bedeute die ausgesprochene Strafe praktisch sein Todesurteil.

Allein der Revision gegen das Strafmaß stimmte der Strafsenat zu, führte dies aber auf andere Gründe zurück als Sprauers Strafverteidiger. Von Bedeutung sei, dass nach Verkündung des Urteils durch das am 24. Mai 1949 in Kraft getretene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland durch Artikel 102 GG die Todesstrafe abgeschafft worden sei. Die für den Angeklagten eine Milderung bedeutende Gesetzesänderung sei vom Revisionsgericht zu beachten, auch wenn die Änderung erst nach dem Urteil eingetreten sei. Da das Schwurgericht in den Urteilsgründen zum Ausdruck gebracht habe, dass die Höchststrafe für die abzuurteilende Tat die Todesstrafe sei und dass es mit Rücksicht auf mehrere Milderungsgründe von der Verhängung der Höchststrafe absehe, müsse daher mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass das

---

¹⁵⁸ Ebd., S. 273.

Schwurgericht die jetzt gültige Höchststrafe, lebenslängliches Zuchthaus, nicht ausgesprochen hätte, wenn schon zur Zeit des Urteils die Todesstrafe als die Höchststrafe abgeschafft gewesen wäre. Das Urteil sei damit aufzuheben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung über die Strafbemessung an die Vorinstanz zurückzuverweisen.¹⁵⁹

Die Verurteilung Schrecks war hinsichtlich des Verbrechens gegen die Menschlichkeit rechtlich zusammentreffend mit Beihilfe zum Mord in gleicher Weise wegen Zusammenhangs nach § 3 und 357 StPO aufzuheben, obwohl Schreck keine Revision eingelegt hatte. Ein Zusammenhang war im vorliegenden Fall deshalb gegeben, weil Sprauer und Schreck an der gleichen Tat beteiligt gewesen sind. Das Urteil Schwurgerichts des Landgerichts Freiburg gegen Schreck hinsichtlich des Totschlags an Kindern in drei Fällen blieb von der Aufhebung unberührt.¹⁶⁰

Am 2. Mai 1950 wurde die Strafe für Sprauer in der erneuten Schwurgerichtsverhandlung vor dem Landgericht Freiburg auf 11 Jahre Zuchthaus verringert, die Strafe von Schreck auf 12 Jahre Zuchthaus.¹⁶¹ Gegen das neue Urteil legten diesmal sowohl Sprauer als auch Schreck Revision ein, die aber mit Beschluss vom 15. Juni 1950 als unzulässig verworfen wurde.¹⁶²

Das Urteil vom 2. Mai 1950 wurde am 2. Juli 1950 rechtskräftig.¹⁶³

---

¹⁵⁹ Ebd., S. 281f.

¹⁶⁰ Ebd., S. 282f.

¹⁶¹ Ebd., S. 285.

¹⁶² Ebd., S. 290, 304.

¹⁶³ Staatsarchiv Freiburg, Akte F 30/1 Nr. 3546, S. 162.

6 GNADENGESUCH 1950 – 1958

Bereits 1949 deuteten sich Vorboten des 1950 folgenden Gnadengesuchs an. So wandte sich Schreck mit einem Brief an Generalstaatsanwalt Bader, in dem er ausführlich auf die Umstände der Zuchthaushaft und seinen seelischen und physischen Gesundheitszustand einging. Er erklärte, dass er vor seiner Inhaftierung vor einer nicht weiter definierten Kopfoperation und einer Nabelbruchoperation stand. Diese seien zwar momentan nicht dringlich, jedoch könne sich das jederzeit ändern, so dass ein Krankenhausaufenthalt dann unumgänglich wäre.¹⁶⁴ Etwa 1,5 Jahre später, im Mai 1950, wandte sich Schrecks Sohn mit einem Gnadengesuch an den Justizminister. Die Sache konnte allerdings noch nicht behandelt werden, da das endgültige Strafurteil vom 2. Mai 1950 noch nicht rechtskräftig war.¹⁶⁵

Sprauers Rechtsanwalt Drischel reichte unmittelbar im Anschluss an die gescheiterte zweite Revision am 15. Juni 1950 einen Antrag auf Umwandlung der verhängten Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe im Gnadenwege und einen Antrag auf Unterbrechung der Strafhaft zur Wiederherstellung Sprauers Gesundheit wegen bedingter Haftunfähigkeit bei der Staatsanwaltschaft ein.¹⁶⁶ Auch Schrecks Verteidiger folgte diesem Vorgehen am 5. Juli 1950 mit Einreichung eines Gnadengesuchs zur Haftumwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe.¹⁶⁷

Beide Gnadengesuche begründeten sich in dem laut den Verteidigern desolaten Gesundheitszustand und weit fortgeschrittenen Alter ihrer Mandanten. Drischel ließ für Sprauers Gesundheitszustand am 18. Juli 1950 ein Sachkundigen Gutachten durch den Anstaltsarzt Regierungsmedizinalrat Seidel erstellen. Dieses sprach aus, dass die Fortdauer der Haft eines „psychisch sehr schwierigen und veränderten Mannes“ Ursache für ein rascheres Fortschreiten seines Krankheitsprozesses sei: „Aufgrund der klinischen Befunde muss mit der Möglichkeit eines Augenblickstodes bei Herzschlag ebenso gerechnet werden wie auch einmal durch Gehirnblutung – abgesehen von einer interkurrenten Krankheit – akute Lebensgefahr eintreten kann. Jedenfalls ist Dr. Sprauer auf ständige ärztliche Behandlung angewiesen und deshalb nur auf einer

---

¹⁶⁴ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 126ff.

¹⁶⁵ Ebd., S. 288f.

¹⁶⁶ Staatsarchiv Freiburg, Akte F 30/1 Nr. 3546, S. 162.

¹⁶⁷ Ebd., S. 175.

Krankenabteilung haftfähig.“ Die Staatsanwaltschaft lehnte das Gnadengesuch mit Verfügung vom 24. Juli 1950 ab, wogegen Drischel am 12. August 1950 Beschwerde beim Generalstaatsanwalt einlegte und eine ergänzende fachärztliche Untersuchung durch eine Ärztekommision erbat. Das Badische Justizministerium beschloss am 2. Oktober 1950 der Forderung Drischels nachzukommen, so dass am 27. Oktober 1950 ein Gutachten durch eine Ärztekommision verfasst wurde. Die Ärztekommision beglaubigte Sprauer durch die Haft in naher Lebensgefahr zu sein. Diese würde sich durch ein Fortbestehen der Haft noch erhöhen, so dass sie eine Unterbrechung zur freien ärztlichen Behandlung befürworteten.¹⁶⁸

Im Oktober 1950 ersuchte Schrecks Sohn über den Vorstand der Badischen Landesstrafanstalt Freiburg einen Hafturlaub für seinen Vater. Schrecks Ehefrau lag im Sterben. Der Antrag auf Strafurlaub wurde so dann bei der Staatsanwaltschaft Freiburg gestellt und in Absprache mit der französischen Militärregierung, dem Generalstaatsanwalt Bader und dem Ministerialdirektor Müller vom 31. Oktober bis 7. November 1950 bewilligt. In dieser Zeit verstarb Schrecks Ehefrau.¹⁶⁹ Am 10. November 1950 wurde Schreck dem Gefängnisarzt Steidle für die amtsärztliche Untersuchung der Haftfähigkeit auf Anweisung der Staatsanwaltschaft vorgestellt und für haftunfähig erklärt. Schreck leide an Kreislaufstörungen und Leistungsschwäche des Herzens. Er sei ein „körperlich und seelisch leidender Greis, dessen Lebenskräfte seit seiner Haftzeit sich in zunehmendem Schwunde befänden. Der Verfall werde durch mangelnden Lebenswillen verschlimmert und Leben und Gesundheit würden durch Aufrechterhaltung der Haft gefährdet“. Das Gutachten wurde am 23. November 1950 ergänzt um den Zusatz, dass eine völlige Vollzugsuntauglichkeit bestünde. Eine sachgemäße Behandlung sei auch in der Krankenabteilung der Vollzugsanstalt nicht mehr möglich.¹⁷⁰ Eine Entscheidung in der Sache Sprauer blieb hingegen zunächst aus. Drischel bat in mehreren Erinnerungsschreiben (18. September, 23. November und 29. November 1950, sowie 5. Januar, 8. Januar und 2. Februar 1951) um eine zeitnahe Entscheidung. Er ergänzte seine Anträge am 8. Januar 1951 um zwei Zeugnisse zur persönlichen Beurteilung Sprauers von dem Direktor des Caritasverbandes für die Erzdiözese Freiburg und dem Ordenssuperiorat der barmherzigen Schwestern des heiligen Vinzenz von Paul. Sie beteuerten, dass Sprauer, trotz seiner Regierungszugehörigkeit,

---

¹⁶⁸ Ebd., S. 120ff, 156f

¹⁶⁹ Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932, S. 308ff.

¹⁷⁰ Staatsarchiv Freiburg, Akte F 30/1 Nr. 3546, S. 168f.

ihnen immer, soweit es in seinen Möglichkeiten stand, geholfen habe und sich bisweilen auch der Gefahr aussetze, deswegen von der Partei Schaden zu erleiden. Das Badische Justizministerium vermochte der Beschwerde Drischels über die Ablehnung der Haftunterbrechung dennoch nicht zu entsprechen, da keine völlige Vollzugsunfähigkeit bestünde, wie aus dessen Bescheid vom 15. Januar 1951 an die Staatsanwaltschaft hervorging. Die Sache sei aber im Übrigen aufgrund des Badischen Gnadengesetzes von der Landesregierung zu entscheiden. In den Aufzeichnungen im Februar 1951 für die Kabinettsitzung empfahl auch die Staatsanwaltschaft, dem Gesuch von Sprauers Verteidiger hinsichtlich der Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe nicht nachzukommen. Ein Gnadenerweis sei verfrüht. Die Öffentlichkeit neige leicht dazu, „Euthanasie-Verbrechen zu bagatellisieren und sie im Vergleich zu den „normalen“ Tötungsdelikten für „salonfähig“ zu halten“. Es müsse durch eine feste Haltung in etwaigen Gnadenverfahren zu Bewusstsein gebracht werden, dass Mord in jedem Falle Mord sei, auch wenn „die Tötung mit sozial-hygienischen Erwägungen motiviert wird und unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden mit technischer Präzision erfolgt“. Hinsichtlich des Antrags auf Haftunterbrechung sei im Falle, dass die Landesregierung mit dem Standpunkt des Badischen Justizministeriums (es liege keine völlige Vollzugsuntauglichkeit vor) nicht übereinstimme, kein Raum für eine Gnadenentscheidung gegeben. Vielmehr sei dann wieder das Badische Justizministerium zur Entscheidung zuständig, da es aufgrund der Beschwerde Drischels gegen die Ablehnung der Staatsanwaltschaft mit der Sache befasst wurde. Stimme die Landesregierung jedoch mit dem Justizministerium überein, so sei zu prüfen, ob eine Haftunterbrechung von 6 Monaten im Gnadenwege in Erwägung gezogen werden könne. Die Staatsanwaltschaft halte einen derartigen Gnadenerweis für vertretbar und politisch unbedenklich. Kurz bevor die Badische Landesregierung in der Kabinettsitzung vom 19. Februar 1951 der Haftunterbrechung zustimmte, änderte das Badische Justizministerium am 17. Februar 1951 seine bisher ablehnende Meinung. So sei man in der Zwischenzeit aufgrund zuverlässiger Beobachtungen zu der Überzeugung gekommen, dass die Familie Sprauers, insbesondere die Ehefrau, unter der besorgniserregender Entwicklung seines Krankheitszustandes in einer Weise leide, die mit der Zuchthausstrafe nicht beabsichtigt gewesen sei. Es bestehe die Befürchtung, dass die Familienangehörigen von einer Fortsetzung des Strafvollzugs härter getroffen würden als Sprauer selbst. Hinzu komme, dass von anderen deutschen Gerichten in ähnlichen Fällen wesentlich mildere Strafen verhängt worden seien. Sprauers Haft wurde am 24.

Februar 1951 wegen Haftunfähigkeit unterbrochen. Der Antrag auf Haftumwandlung blieb bis auf weiteres unbeantwortet.¹⁷¹

Schrecks Zustand verschlechterte sich so gravierend, dass er am 7. April 1951 in die Chirurgische Universitätsklinik Freiburg verlegt werden musste. Dies veranlasste das Badische Justizministerium dazu, nunmehr auch Schrecks Antrag auf Haftunterbrechung der Landesregierung zur Entscheidung vorzulegen. Dies war bisher unterblieben, da es seitens Schrecks Verteidiger nicht erwünscht war. Die Landesregierung stimmte dem Antrag in der Kabinettsitzung vom 10. April 1951 zu.¹⁷²

Sprauers Verteidiger Drischel bat am 2. Juli 1951 in einem Schreiben an die Staatskanzlei erneut um die beschleunigte Bearbeitung des Antrags auf Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe und forderte zusätzlich eine gnadenweise Gewährung von Versorgungsbezügen. Die Staatskanzlei erbat daraufhin beim Badischen Justizministerium den Antrag auf Haftumwandlung erneut bei der Landesregierung vorzulegen, weil nur nach dieser eine Entscheidung über die Gewährung von Versorgungsbezügen getroffen werden könne. Das Badische Ministerium für Justiz informierte die Staatskanzlei am 19. Juli 1951 darüber, dass sich die Bearbeitung der Sache aufgrund der Abwesenheit des zuständigen Sachbearbeiters auf Anfang August verschieben werde. Bereits am 8. August 1951 erinnerte Drischel an seinen Antrag und zeigte sich nunmehr ungehalten. Die „Art der Behandlung des Gnadenverfahrens“ erscheine ihm unverständlich. Er müsse sich vorbehalten „alle weiteren Schritte zu ergreifen, und u. U. auch eine entsprechende Anfrage an den Landtag oder durch die Presse in die Wege zu leiten“. Am 29. August 1951 erhielt die Staatskanzlei Antwort von dem Ministerium der Justiz. Man könne der Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe nunmehr zustimmen. Ebenso hätten die Strafanstalt, das erkennende Gericht und die Staatsanwaltschaft Freiburg dies sowohl für Sprauer als auch für Schreck befürwortet. „Bei dem schlechten Gesundheitszustand und dem Alter der beiden Verurteilten (66 und 73 Jahre) wird der tatsächlichen Auswirkung der mit der Zuchthausstrafe verbundenen besonderen Härten in diesem Falle ohnehin keine grosse praktische Bedeutung mehr zukommen. Der Öffentlichkeit gegenüber ist durch die Art und Weise der Handhabung dieses Verfahrens und durch den Strafausspruch selbst in aller Unzweideutigkeit zum Ausdruck gebracht worden, wie weit der heutige

---

¹⁷¹ Ebd., S. 152ff.

¹⁷² Ebd., S. 168ff.

Staat und seine Gerichtsbarkeit von der abscheulichen Geringschätzung der Menschenwürde und des Menschenlebens in den Jahren vor 1945 abgerückt ist. An diesem einmal eingetreten Erfolg wird sich nichts ändern, wenn im Hinblick auf die strafgerichtliche Behandlung der Euthanasie durch die Gerichte anderer deutscher Länder von den Verurteilten nach Ablauf von 3 Jahren seit ihrer ersten Verurteilung der diffamierende Charakter ihrer Bestrafung weggenommen wird.“ Hinzugefügt wurde außerdem, dass die Maßnahme auch dadurch zu rechtfertigen sei, dass die beiden Verurteilten sich in ihrer Beamtenlaufbahn ansonsten nichts hätten zu Schulden kommen lassen. Die Gewährung von Versorgungsbezügen oder einer Gnadenpension sei nur durch die Aufhebung der beamtenrechtlichen Folgen des Urteils möglich. Dies könne man aufgrund der Größe des Unheils, welches die Verurteilten angerichtet hätten, nicht unterstützen. Der Antrag auf Haftumwandlung wurde am 17. September 1951 in der Kabinettsitzung der Landesregierung besprochen. In der Aufzeichnung der Staatskanzlei für die Kabinettsitzung wurde sodann der Antrag des Justizministeriums auf Haftumwandlung der Zuchthausstrafe von Sprauer und Schreck in eine Gefängnisstrafe nebst Begründung gestellt. Die Staatskanzlei fügte hinzu, dass die Höchstgefängnisstrafe nach dem Deutschen Strafgesetzbuch an sich 5 Jahre und bei Gesamtstrafen 10 Jahre betrage. Das Justizministerium sei aber der Ansicht, dass im vorliegenden Fall eine Überschreitung der Höchstgrenze möglich sei, da die Strafe bei der Urteilsfindung nicht einem Deutschen Strafgesetz, sondern dem KRG 10 entnommen worden sei. Die Landesregierung stellte den Antrag zurück mit Verweis, ihn in einer der nächsten Sitzungen unter Hinzuziehung von Ministerialdirektor Müller aus dem Justizministerium zu behandeln. In der darauffolgenden Sitzung am 1. Oktober 1951 beschloss die Landesregierung, dem Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht zu entsprechen.¹⁷³

Nachdem durch die am 25. April 1952 erfolgte Fusion der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und (Süd-)Baden zum neuen Land Baden-Württemberg auch ein einheitliches Justizministerium für Baden-Württemberg in Stuttgart entstanden war, legte die Staatsanwaltschaft Freiburg das Gesuch Sprauers, die Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe umzuwandeln, am 21. Juli 1952 in Form der Bitte der Ehefrau in Anlehnung an den Antrag des Verteidigers Drischel vom 15. Juni 1950 vor. Sprauers Ehefrau bat um die Überprüfung des Urteils im Gnadenweg, da die Strafe im

---

¹⁷³ Ebd., S. 172ff.

Verhältnis zu den Strafen in anderen gleichgelagerten Fällen des Bundesgebiets sehr hoch erscheine. Auch Drischel wiederholte sein Gesuch nun mit Schreiben vom 5. August 1952 an das Justizministerium Baden-Württemberg. Schrecks Verteidiger Herrmann bat am 20. Januar 1953 erneut um Mitteilung über den Stand des Gnadengesuchs. Am 3. Juli 1953 wurde dann beiden Seiten erklärt, dass die Landesregierung und nicht das Justizministerium für den Gnadenerweis zuständig sei. Dazu sei eine Stellungnahme des Innenministeriums eingeholt worden, die beinhalte, dass über die gnadenweise Beseitigung der beamtenrechtlichen Folgen erst entschieden werden solle, wenn das in Aussicht genommene Gesetz zum Abschluss der politischen Befreiung in Kraft getreten sei. Mit einer Verabschiedung könne in nächster Zeit gerechnet werden. Das Justizministerium unterbreitete den Vorschlag, erst dann an die Regierung heranzutreten, da eine Entscheidung lediglich über die Haftumwandlung herbeizuführen nicht zweckmäßig sei. Es wäre dann damit zu rechnen, dass die Regierung die Entscheidung zurückstelle. Am 26. Oktober 1953 erkundigte sich Strafverteidiger Herrmann beim Justizministerium Baden-Württemberg abermals nach der Angelegenheit. Am 7. November 1953 wandte sich Schreck mit einem ausführlichen Brief an den ihm wohl persönlich bekannten Regierungspräsidenten von Südbaden Paul Waeldin (1888-1969) und bat diesen, sich im Justizministerium nach dem Stand des Gnadengesuchs zu erkundigen. Schreck berichtete ihm über den bisherigen Verlauf der Sache und setzte ihn über seine persönliche Lebenssituation ins Bild. Durch die ihnen aberkannten Beamtenrechte müssten sich Sprauer und er von ihren Kindern aushalten lassen, was für beide eine beschämende Angelegenheit sei. Für Sprauer würde sich seitens der Politik der Landtagsabgeordnete Dorner intensiv einsetzen, ebenso Sprauers Schwägerin, die Abgeordnete der SPD sei. Schreck habe hingegen bis auf Waeldin keinerlei Verbindungen. Seine Gesundheit stehe in seinem jetzt 76. Lebensjahr auf „schlechten Füßen“. Er stelle ein „pathologisches Museum“ dar. Er sei des Lebens müde und halte nur noch wegen seiner Kinder durch. Er erwähnte außerdem, dass die härtesten Euthanasie-Urteile 1946 in Frankfurt und 1948 in dem ihn und Sprauer betreffenden Prozess in Freiburg gefällt worden seien. Bei allen späteren die NS-Euthanasie betreffenden Prozessen (Tübingen, Augsburg, München, Hamburg, Koblenz und Wiesbaden) seien Ärzte des gleichen Delikts wegen teils freigesprochen oder aber zu Gefängnisstrafen verurteilt worden und seien längst im Besitz ihrer Pensionen. In Freiburg hätten sie den „tiefschwarzen“ Matt als Präsidenten am Landesgericht und den „etwas kolorierten .... (nicht lesbar)“ Untersuchungsrichter Rappenecker gehabt. Schrecks Gesuch entsprechend schrieb Regierungspräsident Waeldin am 27.

November 1953 an den der FDP angehörenden Justizminister Wolfgang Haußmann (1903-1989). Er bat ihn, sich für eine baldige Entscheidung in der Sache Schreck einzusetzen. Er sei der Überzeugung, dass die Handlungsweise Schrecks nicht gerechtfertigt werden könne, und er wolle ihn auch nicht entschuldigen, aber er habe, so habe es das Gericht ja auch anerkannt, aus einer inneren Überzeugung gehandelt. Es spreche für ihn, dass er sich zu seiner Überzeugung bekannt habe. Man könne diese Taten nicht aus der Zeit herauslösen. Letztlich sei der eigentliche Täter aber der Staat gewesen, der sich „in raffinierter Weise der jetzt Verurteilten bedient“ habe. Möglicherweise habe diese Überzeugung auch für die später ergangenen mildereren Urteile der Gerichte geführt. Schreck habe „sein Vergehen wohl hinreichend gebüsst, seelisch und körperlich“. Man solle „dem nunmehr Rechnung tragen und Gnade vor Recht ergehen lassen“. Waeldin ließ Schreck eine Abschrift seines Schreibens an Haußmann zukommen. Er zeigte sich Schreck gegenüber zuversichtlich, bald über den Stand der Angelegenheit in Kenntnis gesetzt zu werden. Es sei „an der Zeit, dass unter diese Geschichte der Schlußstrich gezogen wird“, damit Schreck „noch ein paar ruhige Jahre vergönnt“ seien.¹⁷⁴ In seiner Antwort vom 6. Dezember 1953 erwähnte Schreck, dass Sprauer ihm „Brief auf Brief“ schreibe, da er beim Bundesgericht eine Wiederaufnahme des Verfahrens unabhängig vom Stand des Gnadenverfahrens beantragen wolle. Schreck hielt dies für unzweckmäßig. Landesjustizminister Haußmann schrieb am 17. Dezember 1953 an Regierungspräsident Waeldin, dass es sich bei den Fällen Sprauer und Schreck noch um eines der „unguten Überbleibsel aus der nationalsozialistischen Zeit“ handle, welches einer abschließenden Lösung bedürfe.¹⁷⁵ An einen nochmaligen Strafantritt Schrecks denke niemand. Es stehe auch nichts im Wege, „durch eine entsprechende Gnadenverfügung insoweit einen endgültigen Schlusstrich zu ziehen“. Man habe dies nur deswegen bisher unterlassen, weil die Verteidiger der beiden Verurteilten darüber hinaus noch die Haftumwandlung von der Zuchthaus- in eine Gefängnisstrafe und die Wiederverleihung der verlorengegangenen Beamtenrechte, insbesondere der Versorgungsbezüge, beantragt hatten. Das Justizministerium stehe der Haftumwandlung wohlwollend gegenüber. Versorgungsbezüge zu bewilligen sei aber eine weitaus schwierigere Sache, bei der das Innenministerium ein „gewichtiges Wort“ mitzusprechen habe. Er warte seit Monaten auf dessen Stellungnahme. Dies liege wohl daran, dass die Entnazifizierung Schrecks noch nicht abgeschlossen sei. Haußmann ging aber davon aus, dass das bald aufgrund des neuerdings verkündeten

---

¹⁷⁴ Ebd., S. 190f.

¹⁷⁵ Ebd., S. 194.

Entnazifizierungsschlussgesetzes keine Rolle mehr spielen dürfte. Um die Sache voranzutreiben, werde er das Innenministerium an dessen erbetene Stellungnahme erinnern. Sobald diese ihn erreiche, werde er die Sache dem Ministerpräsidenten vorlegen, der nach der neuen Verfassung für Entscheidungen im Gnadenrecht zuständig sei. Oberregierungsrat Scherenberg vom Regierungspräsidium Südbaden schrieb am 29. Dezember 1953 an Regierungsdirektor Beyl im Innenministerium Baden-Württemberg auf Bitten von Waeldin, die Gnadengesuche von Schreck und Sprauer auch von Seiten des Referats Gesundheitswesen voranzutreiben. Er teile die Auffassung von Regierungspräsident Waeldin, die Verurteilten nunmehr nach „so langer Zeit und so schwerer Buße“ in einem milderen Licht betrachten zu dürfen und vor allem die Wiedergewährung eines Teils ihrer Pensionsansprüche zu bewilligen, so dass sie nicht mehr von ihren Kindern ausgehalten werden müssten. Scherenberg bat Beyl darum, sich für eine wohlwollende Stellungnahme des Innenministeriums gegenüber dem Justizministerium einzusetzen. In gleichem Sinne schrieb er auch an den Ministerialrat Unger und Regierungsdirektor Römer. Am 4. März 1954 berichtete Justizminister Haußmann an Regierungspräsident Waeldin, dass die Stellungnahme des Innenministeriums eingetroffen sei. Er habe die Sache dem Ministerpräsidenten nun zur Entscheidung vorgelegt.¹⁷⁶

Die Staatsanwaltschaft Freiburg erkundigte sich ihrerseits am 12. Juni 1954 beim Justizministerium Baden-Württemberg nach dem Stand der Entscheidung über das Gnadengesuch. In der Antwort vom 22. Juni 1954 hieß es, dass mit einer Entschließung in wenigen Wochen gerechnet werden könne. Diese folgte dann am 23. Juli 1954 nachrichtlich durch den der CDU angehörenden Ministerpräsidenten und späteren Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts (1958-1971) Gebhard Müller (1900-1990). Im Weg der Gnade wurde die Umwandlung der Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen von gleicher Dauer bewilligt. Der noch zu verbüßende Teil der Gefängnisstrafe bleibe weiterhin ausgesetzt. Mit Wirkung vom 1. August 1954 würden den Verurteilten ihre bürgerlichen Ehrenrechte wieder verliehen. Außerdem würde ihnen mit Wirkung vom 1. Juli 1954 ein jederzeit widerruflicher Unterhaltsbeitrag von 450 DM monatlich gewährt. In einer Notiz vom 15. Dezember 1954 vermerkte die Staatsanwaltschaft Freiburg, dass von einem auf Haftfähigkeit lautenden Gutachten im Hinblick auf Sprauers und Schrecks Alter kaum auszugehen sei und daher von einer laufenden Überprüfung

---

¹⁷⁶ Ebd., S. 181ff.

abgesehen werde. Am 3. November 1955 ersuchte Sprauer bei Ministerpräsident Müller um eine Erhöhung des Unterhaltsbeitrages, die mit Wirkung vom 1. April 1956 in Form einer jederzeit widerruflichen Zahlung von 50% seines zum Zeitpunkt des Ausscheidens verdienten Ruhegehalts bewilligt wurde. Im selben Jahr wurden den Angeklagten außerdem die Gerichtskosten erlassen. Sprauer wandte sich am 22. März 1957 erneut an den Ministerpräsidenten. Sein Gesundheitszustand habe sich, bedingt durch ein Herzleiden und Hypertonie, in den letzten 6 Monaten erheblich verschlechtert, wodurch es auch zu einer, bedingt durch die notwendigen klinischen Maßnahmen, starken Beeinträchtigung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse gekommen sei. Er bitte den Ministerpräsidenten daher ihm im Wege der Gnade den Rest der ausgesetzten Strafe zu erlassen und die beamtenrechtlichen Folgen des Urteils aufzuheben. Er sei aufgrund der Verhältnisse, in denen seine Frau und er leben müssten, ein seelisch kranker Mann geworden. Um die beamtenrechtlichen Folgen aufheben zu können, musste das Justizministerium zunächst über den Erlass der restlichen Haftstrafe entscheiden, was mit Schreiben vom 9. April 1957 vom Innenministerium beantragt wurde. Die Entscheidungsfrage wurde sodann vom Justizministerium an die Staatsanwaltschaft Freiburg und von dieser an das Landgericht Freiburg weitergegeben. Das Landgericht Freiburg bezog am 30. April 1957 Stellung und hielt einen gnadenweisen Erlass der Restgefängnisstrafe angesichts der dauernden Strafvollzugsuntauglichkeit Sprauers für gerechtfertigt. Trotz des erheblichen Strafrests von 7 Jahren und 130 Tagen sei es unbillig, „dem Bestraften bis an sein Lebensende den seelischen Druck des immer noch möglichen Strafvollzuges zu belassen“. Falls dem Gnadengesuch von Sprauer entsprochen werde, solle man Schreck die gleiche Vergünstigung zuteilwerden lassen. Die Staatsanwaltschaft schloss sich dem Landgericht Freiburg an. Die Reststrafen wurden Sprauer und Schreck mit Entschließung der Ministerpräsidenten vom 29. Oktober 1957 im Wege der Gnade erlassen.¹⁷⁷ Mit Entschließung vom 14. Februar 1958 wurde auch Schreck eine widerrufliche Erhöhung seiner Bezüge auf einen Unterhaltsbeitrag in Höhe von 60% seines zum Zeitpunkt des Ausscheidens verdienten Ruhegehalts ab dem 1. Februar 1958 bewilligt.¹⁷⁸

Ludwig Sprauer starb am 24. Juni 1962 im Alter von 77 Jahren.

Arthur Josef Schreck starb am 3. Oktober 1963 im Alter von 84 Jahren.

---

¹⁷⁷ Staatsarchiv Freiburg, Akte F 176-1 Nr. 741, Klee, 2005, S. 559, 593.

¹⁷⁸ Staatsarchiv Freiburg, Akte F 30/1 Nr. 3546, S. 198.

7 DISKUSSION

Im Folgenden soll diskutiert werden, wie sich der Freiburger Grafeneck-Prozess medizinhistorisch und medizinethisch einordnen lässt. Dazu werden seine Besonderheiten herausgearbeitet und ein Vergleich mit den NS-Prozessen in den drei Westzonen während der frühen Nachkriegszeit und in der frühen Bundesrepublik Deutschland gezogen.

Der Grafeneck-Prozess fand auch über die regionalen Grenzen in den Medien Beachtung. So schrieb *Der Spiegel*: „Südbadens Justiz griff den Dr. Sprauer und den Dr. Schreck. Man griff sie für den tausendfachen Gastod in Grafeneck.“ Hauptaugenmerk des Artikels war Generalstaatsanwalt Bader, der den Prozess, wie auch die Revision trotz Sprauers Verteidiger Drischel, der als „Südwestdeutschlands As unter den Strafverteidigern“ galt, im Sinne der Anklagebehörde entscheiden konnte. Sprauer und Schreck wurden dabei als „badische Statisten einer Tragödie, die Hitler selbst inszeniert hat“ bezeichnet. Bader sei wohl auch der Meinung gewesen, dass man hier nicht die Hauptschuldigen anklagte, dennoch forderte er eine „beispielhafte Bestrafung“ da, das Prinzip bestehen bleiben müsse, „daß die Justiz das Leben, und selbst das lebensunwerte Leben, zu schützen hat“. Laut *Spiegel* sei Bader nur von der ursprünglich verlangten Höchststrafe abgewichen, da Drischel in der Revision die Urteile aller bisher geführten Euthanasieprozesse aufzählte, um die Tendenz der mit zeitlicher Entfernung milderer Beurteilungen darzustellen. *Der Spiegel* schloss den Artikel mit dem für dieses Magazin schon damals typischen Zynismus: Sprauer sei nach dem Prozess „wieder in sein freundliches Haftzimmer im Freiburger Diakonissenhaus“ abgeführt worden und Schreck könne die verschiedenen Grade der Haft wohl kaum noch unterscheiden, da er „an einem rapiden Abbau seiner geistigen Persönlichkeit“ leide und „nach den Maßstäben, die seinen Amtszeiten galten, selbst bald reif für die Euthanasie“ wäre.¹⁷⁹

---

¹⁷⁹ Der Spiegel, 1950.

7.1 Medizinhistorische Betrachtung

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs fanden zahlreiche Strafprozesse zu den Verbrechen des Nationalsozialismus statt. Die sogenannten NSG-Verfahren (nationalsozialistische Gewaltverbrechen) basierten zum einen auf den Alliierten Kontrollratsgesetzen als auch – ab 1951 – auf dem (west-)deutschen Strafrecht.¹⁸⁰ Der Nürnberger Prozess (20. November 1945 – 1. Oktober 1946), der vor dem Internationalen Militärgerichtshof stattfand, sollte als eine Art „Mutter“ aller NSG-Verfahren die Hauptkriegsverbrecher des Nationalsozialismus öffentlich verurteilen und somit der sogenannten *Re-Education* und *Entnazifizierung* des deutschen Volkes dienen. Verhandlungsgrundlage bildeten drei Kategorien, zu denen auch „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ zählten. Dem Nürnberger Prozess folgten viele weitere Verfahren vor dem US-Militärgerichtshof. Dazu zählt der wohl bekannteste Prozess gegen Verantwortliche der NS-Euthanasie, der Nürnberger Ärzteprozess (9. Dezember 1946 – 20. August 1947). Die führenden Organisatoren der *Aktion T4* standen in diesem Verfahren vor Gericht und sind, sofern sie nicht Suizid begangen hatten (Bouhler, Conti, Heyde, Linden), zum Tode verurteilt worden (Brandt, Brack, Nitsche). Zuvor fand vor dem Landgericht in Berlin das erste der NS-Euthanasie-Verfahren im März 1946 gegen die Ärztin Hilde Wernicke (1899-1947) und die Pflegerin Helene Wieczorek (1904-1947) statt. In beiden Prozessen wurde neben lebenslänglichen und anderen Freiheitsstrafen die Todesstrafe ausgesprochen.¹⁸¹ Die Prozesse zu den Tötungsanstalten Grafeneck und Hadamar zählen zu den größten ihrer Art in der frühen Nachkriegszeit.¹⁸²

Die NS-Euthanasie war einer der wichtigsten Tatkomplexe der verfolgten nationalsozialistischen Verbrechen. Hauptsächlich saßen Ärzte und Pflegepersonal, aber auch einige Verwaltungsbeamte auf der Anklagebank. Die ausgesprochenen Strafen beliefen sich auf einigen Monaten Gefängnis bis hin zur Todesstrafe. Wenngleich es sich um eine Vielzahl an Tätern handelte und die Ermittlungen aufwändig betrieben wurden, so kam es doch insgesamt zu wenigen Verurteilungen mit relativ milden Haftstrafen und zahlreichen Freisprüchen. Die Urteile während der frühen Nachkriegszeit bilden dabei eine Ausnahme und stehen mit sehr harten Strafen in deutlicher Diskrepanz zu den späteren Prozessen. So finden sich in den Urteilen der Jahre 1946 und 1947 lebenslange Freiheits- und Todesstrafen. Im Anschluss kam es zu mildereren Strafen

---

¹⁸⁰ Kunz, 2008, S. 1ff, Alliierten Kontrollrat. Amtsblatt., 1945, S. 50ff.

¹⁸¹ Fischer & Lorenz, 2015, S. 23ff, 223, Dencker, 2006, S. 113f.

¹⁸² Raim, 2013, S. 1057, Dencker, 2006, S. 113f.

und Exkulpationen. Die Strafen wurden zudem nicht immer konsequent vollstreckt. Verfolgt wurden die Täter der Tötungsanstalten, der Zwischenanstalten, der Heil- und Pflegeanstalten, der „Kinderfachabteilungen“, der „dezentralen“ NS-Euthanasie, der Innenministerien und Provinzialverwaltungen und der Reichsebene. Die Ermittlungen gegen die in die „dezentrale“ NS-Euthanasie involvierten Täter erwies sich als am erfolgversprechendsten. Schwieriger gestaltete sich Verfolgung der Täter auf Ebene der Innenministerien und Provinzialverwaltungen. Fast unmöglich die Ahndung der administrativen Mitarbeiter auf Reichsebene.¹⁸³

Die Überlieferung mancher NSG-Verfahren bleibt unklar, und die Akten sind über zahlreiche Archive verteilt. Das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin hat in Kooperation mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem erstmals einen kompletten Überblick über die Strafverfolgungen von NS-Verbrechen durch die westdeutsche Justiz seit 1945 veröffentlicht. Basierend auf dieser Datenbank hat es zwischen 1945 und 2005 knapp 36.400 Strafverfahren gegen NS-Verbrechen durch westdeutsche oder bundesrepublikanische Staats- und Generalstaatsanwaltschaften gegeben. Davon handelte es sich bei 1,2% um NS-Euthanasie Verfahren. Die Zahl der eröffneten Verfahren war bis Ende der 1940er Jahre hoch, erlebte dann aber zu Beginn der 1950er Jahre einen starken Rückgang. Ein Großteil der Strafverfahren wurde eingestellt. Ein mit 20% nicht geringer Anteil der Beschuldigten war bereits verstorben oder verstarb im Prozessverlauf. Einstellungen erfolgten oft aufgrund fehlender beziehungsweise ungenügender Beweise, auch deshalb, weil der Aufenthaltsort oder die genauen Personalien der Beschuldigten nicht ermittelt werden konnten. Deutlich seltener wurden Prozesse aufgrund rechtlicher Argumente eingestellt. Zu den Gründen zählten unter anderem Amnestie, ein Nichteröffnungsbeschluss durch das zuständige Gericht oder die Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten. Knapp 5.000 Strafverfahren führten zu einem Prozess mit rund 14.700 Angeklagten, von denen etwa 14.000 ein rechtskräftiges Urteil erhielten, welches bei rund 5.200 Angeklagten in einen Freispruch und bei rund 2.100 in eine Einstellung des Verfahrens mündete. Der Großteil der Verurteilten erhielt eine geringe Haftstrafe. Freiheitsstrafen von mehr als 5 Jahren kamen nur in 9% der Fälle vor. 16 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, wobei nur 4 Todesurteile vollstreckt und 11 in eine lebenslange Haft umgewandelt wurden. Einem der zum Tode Verurteilten gelang die Flucht.¹⁸⁴

---

¹⁸³ Raim, 2013, S. 1053-1094, Rüter & de Mildt, 2021.

¹⁸⁴ Eichmüller, 2008, S. 622ff.

Das Strafmaß, das Sprauer und Schreck im Freiburger Grafeneck-Prozess erhielten, war vergleichsweise hoch und ist damit ein seltenes Beispiel im Vergleich der insgesamt ergangenen Urteile bei NSG-Verfahren. Hervorzuheben sind beim Freiburger Grafeneck-Prozess die mit dem Eintreten von Landgerichtsrat Rappenecker als Untersuchungsrichter zum 28. Juni 1947 für die frühe Nachkriegszeit sehr zügigen, zielgerichteten und ausdauernden Ermittlungen. Damit einher ging der frühe Prozessbeginn. Dies ist aufgrund der widrigen Umstände als außergewöhnlich zu beurteilen.¹⁸⁵ Die westdeutsche Justiz stand hinsichtlich der Strafverfolgung von nationalsozialistischen Gewaltverbrechen vor vielen Herausforderungen. Ein großes Problem bestand in der materiellen Beweisführung. Akten waren häufig zerstört, vernichtet, beschlagnahmt oder ausgelagert worden, so dass sich die Suche als administrativer Alptraum erwies.¹⁸⁶ Auch bei den Ermittlungen zum Freiburger Grafeneck-Prozess fehlten unzählige Akten. So waren bei dem großen Luftangriff auf Karlsruhe am 27. September 1944 sämtliche die NS-Euthanasie betreffenden Unterlagen des Badischen Innenministeriums als auch zahlreiche Personal- und Stellenakten vernichtet worden. Die übriggebliebenen Akten der Gesundheitsabteilung waren nach Pforzheim ausgelagert worden und fielen dort dem verheerenden Luftangriff am 23. Februar 1945 zum Opfer. Weitere Akten wurden im Frühjahr 1945 nach der amerikanischen Besetzung in Karlsruhe verbrannt. Außerdem wurden einige Personalakten von der US-Militärregierung beschlagnahmt.¹⁸⁷

Zu den Problemen der Aktenfindung kam ein immenser Mangel an Arbeitsmaterialien. Auch fehlten vieler Orts passende Räumlichkeiten. Gab es Räumlichkeiten, so war es selten möglich, sie zu beheizen. Das zusammengebrochene Verkehrsnetz und die schwer in Mitleidenschaft gezogene Reichspost taten ihr übriges. So dauerte es oft Monate, bis mündlich verkündete Urteile niedergeschrieben waren und die Staatsanwaltschaft zur Vollstreckung erreichten. Erschwerend kam hinzu, dass juristische Literatur Mangelware war, da viele Bibliotheken stark beschädigt oder Gesetzbücher mit nationalsozialistischen Inhalten durch die Besatzungsmächte entfernt worden waren. Auch gab es für die Justizbeamten oftmals nicht die Möglichkeit, Dienstreisen zu unternehmen, da Benzinmangel herrschte und auch keine verkehrstüchtigen Fahrzeuge oder andere Beförderungsmittel zur Verfügung standen. Zeitaufwändig war auch die

---

¹⁸⁵ Vgl. Kapitel 5.

¹⁸⁶ Raim, 2013, S. 180-194.

¹⁸⁷ Staatsarchiv Freiburg, Akte F 30/1 Nr. 3546, S. 11.

Fahndung nach den Beschuldigten. Viele NS-Täter befanden sich in Kriegsgefangenen- oder Internierungslagern. Die westdeutsche Justiz hatte keinen Zugriff auf Namenslisten, sondern musste ihr Gesuch der zuständigen Militärregierung übermitteln, die dann die Suche nach den Beschuldigten übernahm. So hatten auch die französische Besatzungsmacht und die Untersuchungsrichter des Grafeneck-Prozesses Schwierigkeiten, die Beschuldigten in Untersuchungshaft zu überführen. Dass sich die ursprüngliche Zahl von 34 Verdächtigen im Fall Grafeneck innerhalb kürzester Zeit auf 9 reduzierte war der Vielzahl an nicht auffindbaren oder gefallenen Personen geschuldet. Es herrschte zudem großer Personalmangel, bedingt zum einen durch die Entnazifizierungsmaßnahmen der Alliierten und zum anderen durch die unter deutlich besseren Arbeitsbedingungen stehenden Behörden der Besatzungsmächte. Dies betraf sowohl die Staatsanwaltschaft und die Gerichte als auch die Polizei. Hinzu kam, dass das vorhandene Personal der Polizei teils ungelernt und überwiegend aufgrund des Materialmangels sehr schlecht ausgestattet war, sodass nicht einmal gewährleistet war, dass jeder Beamte eine Waffe zur Verfügung hatte. Aufgrund von Platzmangel und Verzögerungen von Verhandlungsterminen waren die meisten Gefängnisse stark überfüllt. Untersuchungshäftlinge warteten zum Teil mehr als ein Jahr auf ihre Verhandlung. In Südbaden war die Situation so prekär, dass die französische Besatzungsmacht den deutschen Gerichten gar empfahl, nach Möglichkeit Geldstrafen anstelle von Gefängnisstrafen auszusprechen. Die Personalprobleme betrafen auch die Gefängnisse, sodass es aufgrund mangelnder Ausbildung und geringer Anzahl des Wachpersonals eine hohe Fluchtquote, teils durch Bestechung, teils durch gewaltsame Übergriffe, gab.¹⁸⁸

Die Gerichte in Südbaden blieben wie in der gesamten Französischen Besatzungszone bis Herbst 1945 geschlossen. Nachdem die französische und die amerikanische Siegermacht über die endgültige Zonenabgrenzung in Baden im Juli 1945 entschieden hatten, wurde von der Französischen Militärregierung mit Verfügung vom 25. September 1945 mit der Errichtung einer zentralen deutschen Justizverwaltung mit Sitz in Freiburg begonnen. Deren Leiter, der Jurist und spätere CDU-Politiker Paul Zürcher (1893-1980), trug zunächst den Titel *Chef der deutschen Justizverwaltung in der französisch besetzten Zone Badens*. Am 1. April 1946 wurde die Behörde umbenannt in *Badisches Ministerium der Justiz*. Die Rückstände durch noch nicht bearbeitete Fälle

---

¹⁸⁸ Vgl. Kapitel 5, Staatsarchiv Freiburg, Akte F 30/1 Nr. 3546, S. 12-17, Raim, 2013, S. 180ff, 213ff.

der Kriegs- und Nachkriegszeit waren immens. Man rechnete damit, dass die Abarbeitung Jahre dauern würde. Auch die Frage nach Aufhebungen von Strafen und Vollstreckungen von Urteilen aus der Zeit des Dritten Reiches beschäftigte die Justiz. Während der Zeit des Dritten Reiches waren rund 9.500 Gesetze erlassen worden. Die Fälle, die in die Kategorie des NS-Unrechts fielen, mussten identifiziert werden. Die Reinigung der Rechtsordnung von NS-Gesetzen erwies sich keineswegs als einfaches Unterfangen, da nicht jedes unter Hitler verabschiedete Gesetz NS-Gedankengut enthielt und aufhebungswürdig war. Umso erstaunlicher erscheint es, dass es der Staatsanwaltschaft Freiburg und den Untersuchungsrichtern des Landgerichts Freiburg in Zusammenarbeit mit dem Badischen Ministerium der Justiz und der Französischen Militärregierung gelang, die Ermittlungsarbeiten innerhalb von rund zwei Jahren so weit voranzutreiben, dass ein Prozess stattfinden konnte.¹⁸⁹

Die Justizbehörden der Militärregierungen kritisierten die in ihren Augen zu langsame Arbeitsweise der deutschen Rechtspflege fortwährend. So hieß es beispielsweise von den französischen Inspektoren, dass man dem großen Arbeitsanfall nur durch Mehrarbeit begegnen könne, was aber zur Überlastung des Personals und damit einhergehenden häufigen Krankheitsfällen führte. Diese gab es nicht zuletzt auch durch die vorherrschende Mangelernährung. Es gibt kaum einen Bericht der Alliierten, in dem nicht moniert wurde, dass das Strafmaß zu gering sei oder dass den Tätern zu viel Verständnis entgegengebracht wurde. Auch Gnadengesuchen würde fast immer stattgegeben. Die französische Justizkontrolle drohte der Generalstaatsanwaltschaft Freiburg beispielsweise an, Urteile aufzuheben, um die Gerichte zu größerer Härte zu motivieren. Ebenso wurden die vielen Einstellungen von Strafverfahren kritisiert, die in den überwiegenden Fällen auf die Nichtermittlung der Täter zurückzuführen waren. Die Zusammenarbeit, zwischen den mit dem Freiburger Grafeneck-Prozess betrauten deutschen Justizmitarbeitern und der französischen Besatzungsmacht schien allem Anschein nach aber trotz der auch hier auftretenden allgemeinen Schwierigkeiten, welche die frühe Nachkriegszeit mit sich brachte, im Großen und Ganzen reibungslos und ohne viel Kritik oder Eingreifen seitens der Militärregierung zu funktionieren.¹⁹⁰

Nicht alle NS-Prozesse wurden nach dem KRG 10 abgehandelt, da dieses Gesetz nicht in allen Besatzungszonen zur Anwendung kam. Zudem wurde es sehr

---

¹⁸⁹ Vgl. Kapitel 5, Landesarchiv Baden-Württemberg, Etzel, 1992, S. 51, Raim, 2013, S. 222-230.

¹⁹⁰ Vgl. Kapitel 5, Raim, 2013, S. 244ff.

unterschiedlich ausgelegt. In Südbaden hatte die Französische Militärregierung den deutschen Gerichten eine allgemeine Ermächtigung zur Anwendung des KRG 10 gegeben, sofern sich die Straftat gegen deutsche Staatsangehörige oder Staatenlose richtete. Die zonenweite Ermächtigung erfolgte erst am 1. Juni 1950, also gut ein Jahr nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland. So herrschte bis dahin in den anderen Regionen der Französischen Zone oftmals noch Unsicherheit über die Anwendung des KRG 10. Das Gesetz wurde sehr lebhaft diskutiert. Eine wirkliche Integration in das deutsche Rechtssystem wurde nicht festgestellt. In Baden wurde es von Justizbeamten hingegen sogar in manchen Fällen als vorteilhaft gegenüber dem deutschen Strafrecht bezeichnet. Obwohl sich mit Inkrafttreten der Grundgesetze die Frage stellte, ob das KRG 10 noch weiter anwendbar sei, wurde es erst mit dem Gesetz zur Aufhebung des Besatzungsrechts vom 30. Mai 1956 aufgehoben. In der Französischen Zone kam es ab dem 1. Juni 1951 zu keiner Anwendung mehr. Betrachtet man die Anwendung des KRG 10 in den Besatzungszonen Westdeutschlands bei Prozessen mit dem Tatbestandskomplex Euthanasie so zeigt sich, dass es relativ gesehen am häufigsten in der Französischen und der Britischen Zone Anwendung fand. In der Amerikanischen Zone tauchte es in keinem Urteil auf. So lässt sich auch sagen, dass die stringente Anwendung des KRG 10 in formaler Harmonie mit dem deutschen Strafbuch beim Freiburger Grafeneck-Prozess als eine Besonderheit einzustufen ist und dass dieser Umstand das Strafmaß in seiner Höhe deutlich beeinflusst hat.¹⁹¹

Freiburg war neben Baden-Baden, Konstanz, Offenburg und Waldshut Sitz eines der 5 Landgerichte in (Süd-)Baden. Daneben existierten 30 Amtsgerichte, 7 davon im Bezirk Freiburg, und 6 Staatsanwaltschaften (bei den 5 Landgerichten sowie in Lörrach, einer Zweigstelle der Staatsanwaltschaft Freiburg). Das Oberlandesgericht und die Generalstaatsanwaltschaft in Freiburg hatten die Aufsicht über die Landgerichte und Staatsanwaltschaften inne. Die Französische Militärregierung hatte mit Anordnung vom 26. Mai und vom 23. Juni 1945 zunächst alle Beamten und Angestellten der Justizverwaltung, die Mitglied der NSDAP gewesen waren, suspendiert. Paul Zürcher wurde vorerst als kommissarischer Landgerichtspräsident eingesetzt und stellte für die Militärregierung eine Vorschlagsliste mit wiedereinstellbaren Personen für das Landgericht Freiburg und dessen Amtsgerichte zusammen. Richter und Staatsanwälte, die in der NSDAP Mitglied gewesen waren, durften nicht wieder in den Dienst

---

¹⁹¹ Raim, 2013, S. 550ff, 604ff, Rüter & de Mildt, 2021.

zurückkehren. Bei Notaren, mittleren und niederen Beamten wurden Ausnahmen genehmigt. Für Richter und Staatsanwälte übernahm Zürcher die Verantwortung, dass sie keinem nationalsozialistischen Gedankengut gefolgt und den neuen dienstlichen Anforderungen gewachsen seien. Die Wiedereinstellungen erfolgten lediglich vorläufig, um Korrekturen vornehmen zu können. Da auf Basis der Vorschlagsliste nur rund ein Drittel des Personalbedarfs gedeckt werden konnte, verfasste Zürcher eine weitere Liste, auf der sich auch ehemalige Mitglieder der NSDAP befanden, die er für politisch tragbar hielt. Trotz des Personalmangels wurde der Hang der (alemannischen) Badener, unter sich bleiben zu wollen, auch durch Zürcher unterstützt. Er hielt den „landmannschaftlichen Grundsatz“ für wichtig, um eine volksnahe Justiz in Baden zu führen und der „preußischen Art“ den Rücken zu kehren. Wurde man von Zürcher als Jurist oder Richter der alten Badischen Schule bezeichnet, so wirkte dies wie ein Persilschein, und die ehemalige NSDAP-Mitgliedschaft konnte damit gleichsam kompensiert werden. Die Französische Besatzungsmacht hielt die alte Badische Justiz für ausgezeichnet und stellte fest, dass die Beziehungen der Justiz zur Bevölkerung exzellent und die Rechtsprechung frei von autoritären Einflüssen gewesen seien. Gleichwohl sahen die Franzosen auch die Gefahr, dass ehemalige NSDAP-Mitglieder durch dieses Handlungsprinzip eingeschleust werden konnten. Auch im Verlauf der Ermittlungen zum Freiburger Grafeneck-Prozess kam es dadurch zu personellen Veränderungen. So wurde der zunächst mit den Voruntersuchungen betraute Landgerichtsrat Simon recht bald von seiner Position aufgrund seiner politischen Vergangenheit entfernt und durch Landgerichtsrat Rappenecker ersetzt, der als politisch unbelastet galt. Durch die Übernahme der Ermittlungsarbeiten durch Rappenecker kam es spürbar zu einem schnelleren und gezielteren Voranschreiten des Strafverfahrens. Simon hatte sich damit aufgehalten, jedes einzelne Tötungsdelikt in einer jeden Heil- und Pflegeanstalt zu untersuchen. Rappenecker hingegen orientierte sich an den Hauptschuldigen und betrachtete das Verbrechen als Massenmord, nicht jedoch als unzählige Einzeltötungen. Im Dezember 1946 war die Personalstärke von 1939 in Südbaden zwar noch nicht wieder erreicht, aber mit 110 Beamten (1939 waren es rund 150 Beamte gewesen) insbesondere im Vergleich der drei Westzonen schon weit fortgeschritten. Anfang Dezember 1948 belief sich die Zahl der höheren Justizangehörigen bereits auf 180. In Freiburg waren die höchsten Positionen am Oberlandesgericht mit Vizepräsident Albert Wössner und Generalstaatsanwalt Karl Siegfried Bader mit Nicht-NSDAP-Mitgliedern besetzt. Auch Landgerichtspräsident Josef Mayer und der Chef der Staatsanwaltschaft Josef Röderer zählten zu dieser Gruppe. Das Entnazifizierungsprogramm

wurde von den westlichen Besatzungsmächten unterschiedlich ausgeführt. Die französische Herangehensweise war am ehesten geprägt von einer pikanten Mischung aus Realitätssinn und Zynismus. Man war eher bereit, frühere Parteigenossen in der deutschen Justiz arbeiten zu lassen, insbesondere dann, wenn sie der NSDAP erst nach 1933 beigetreten waren. Dies mag zum einen daran gelegen haben, dass die Franzosen selbst in ihrem Heimatland Erfahrungen mit politischer Instabilität und mit dem Faschismus gemacht hatten, und zum anderen daran, dass sie schnellstmöglich ein funktionierendes Rechtswesen etablieren wollten. Dennoch war die Französische Militärregierung bestrebt, Personen zu finden, die ihren Sinn für Gerechtigkeit und Unabhängigkeit auch in der Zeit des Dritten Reichs nicht aufgegeben hatten und eine demokratische Justiz verkörperten. Justizbeamte, die in der Amerikanischen Besatzungszone keine Ämter erlangen konnten, bewarben sich nicht selten in der Französischen Zone, da die dort währende liberalere Politik bekannt war. Suspekten Personen wurde aber dennoch mit Misstrauen und Überprüfungen bzw. Nachforschungen zu ihrer Vergangenheit und politischen Überzeugung begegnet. Für die Führungspositionen wurden mutige und unabhängige Beamte gesucht, von denen die Franzosen glaubten, dass sie die deutsche Justiz erneuern konnten. Mit der Errichtung der Landesdirektionen für Justiz waren eben diese für die Personaleinsetzung zuständig. Ab diesem Zeitpunkt verwies die französische Justizkontrolle bei Missverhalten von deutschen Justizangehörigen mit wenigen Ausnahmen an die deutschen Behörden. 1949 stellten die Franzosen Amtsenthebungen oder Suspendierungen von Richtern und Staatsanwälten und das Aussprechen von Berufsverboten für Rechtsanwälte und Notare ein.¹⁹²

Die Revisionsverhandlungen und Gnadengesuche Sprauers und Schrecks fielen bereits in die frühe Phase der Bundesrepublik Deutschland. Nach Gründung der Bundesrepublik am 23. Mai 1949 blieben die Rechtspflege und damit auch die Strafverfolgung Ländersache. Bundeskanzler Konrad Adenauer (1876-1967) kündigte an, dass „die wirklich Schuldigen an den Verbrechen, die in der nationalsozialistischen Zeit und im Kriege begangen worden“ seien, „mit aller Strenge bestraft“ werden sollten. Er sagte aber auch, dass durch die Entnazifizierung viel Unheil angerichtet worden sei und die daraus entstandene Unterscheidung zwischen politisch „Einwandfreien“ und „Nichteinwandfreien“ bald verschwinden müsse. Die Bundesregierung sei aber entschlossen

---

¹⁹² Vgl. Kapitel 5, Taylor, 2011, S. 395, Raim, 2013, S. 412ff.

„aus der Vergangenheit die nötigen Lehren“ zu ziehen. Durch diese Darlegung wurde der Umgang der Regierung mit der NS-Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik bereits in eindeutige Bahnen gelenkt. Nur die wenigen „wirklich“ Schuldigen sollten bestraft werden. Die Masse der Funktionäre des NS-Staates und der Parteigenossen sollte hingegen wieder integriert werden. Die Frage nach einer Alternative zu dieser Reintegrationspolitik ist sicherlich schwer zu beantworten, handelte es sich doch um Millionen ehemaliger NSDAP-Mitglieder. Jedoch brachen insbesondere durch die Kritik der politischen Linken immer wieder Diskussionen zu dem Ausmaß der Reintegration in den 1950er Jahren aus. Dies betraf vor allem die Justiz. Den Justizbeamten, die sich der strafrechtlichen Verfolgung der NS-Täter annahmen, wurde nicht selten unterstellt, selbst eine belastende nationalsozialistische Vergangenheit gehabt zu haben, die ihr Urteilsvermögen nachteilig beeinflusse. Die Kritiker fühlten sich durch den starken Rückgang der Anzahl an geführten Prozessen und rechtskräftigen Verurteilungen bestärkt. Diese Abnahme lässt sich durch verschiedene Faktoren erklären. In der frühen Nachkriegszeit kamen die meisten Verfahren durch Anzeigen von Geschädigten oder Betroffenen zustande, die bei Gründung der Bundesrepublik bereits abgeurteilt waren. Mit fortschreitender Zeit verblassten die Erinnerungen an die Straftaten im Dritten Reich allmählich. Rechtliche Umstände wie Verjährung und Amnestien trugen ebenfalls zu der Entwicklung bei. Insbesondere das Straffreiheitsgesetz vom 31. Dezember 1949, das bei Strafen bis zu sechs Monaten Gefängnis erlaubte, Amnestie zu gewähren, ließ viele Beschuldigte auf freiem Fuß, da die Zahl an sehr kurzen Haftstrafen sehr hoch war. Sie beliefen sich 1948 auf fast die Hälfte aller Urteile.¹⁹³

Von dieser allgemeinen Entwicklung blieb die Revisionsverhandlung im Freiburger Grafeneck-Prozess unbeeinflusst. Im Vergleich zur personellen Besetzung der Hauptverhandlung vor dem LG Freiburg, die in der frühen Nachkriegszeit stattfand, hatte sich bei der Revision nichts verändert. Dies lässt vermuten, dass sich im laufenden Entnazifizierungsprozess keine Auffälligkeiten hinsichtlich einer politisch belastenden Vergangenheit und auch kein umstrittenes Verhalten in der Gegenwart finden ließen, da es sonst mit großer Sicherheit zu personellen Veränderungen gekommen wäre.¹⁹⁴

Es kann im Rahmen dieser Arbeit nicht auf jede Personalie eingegangen werden, jedoch soll Generalstaatsanwalt Bader als Beispiel für eine im Sinne der Entnazifizierung

---

¹⁹³ Vgl. Kapitel 5 und 6, Deutscher Bundestag, 1949, S. 27ff, Eichmüller, 2011, S. 53ff.

¹⁹⁴ Vgl. Kapitel 5.

einwandfreie Personalie herausgegriffen werden. Karl Siegfried Bader (1905-1998) war vor der NS-Machtübernahme als Gerichtsassessor in Freiburg tätig gewesen und war dort als Richter und Staatsanwalt eingesetzt. Aufgrund seiner Ehe mit einer „Halbjüdin“ wurde er 1933 aus dem Staatsdienst entlassen und arbeitete fortan als Rechtsanwalt in seiner eigenen Kanzlei. Er unterstützte dort auch politisch Verfolgte und Juden. 1937 wurde er deswegen öffentlich im NS-Blatt *Stürmer* angegriffen. 1941 konnte er sich dennoch an der Freiburger Universität auf dem Gebiet der Rechtsgeschichte habilitieren. Im selben Jahr wurde Bader zur Wehrmacht einberufen und geriet im Mai 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Rückkehr nach Freiburg wurde er zunächst kommissarisch im Juli 1945 und dann endgültig im Oktober desselben Jahres von der Französischen Militärregierung als Oberstaatsanwalt in Freiburg eingesetzt. Im März 1946 ernannte man ihn zum Generalstaatsanwalt des neuen Oberlandesgerichts Freiburg. Während dieser Tätigkeit engagierte er sich beim Aufbau einer rechtsstaatlichen Justiz und der Heranbildung geeigneten Nachwuchses. Die Ahndung von NS-Verbrechen verfolgte er nachdrücklich. 1951 beendete er sein Amt und ging als Ordinarius für Rechtsgeschichte und Kirchenrecht an die Universität Mainz. Einer der Gründe scheint seine Enttäuschung über die Schwierigkeiten und Misserfolge bei den NS-Prozessen gewesen zu sein.¹⁹⁵

Als Nachfolger Baders wurde Josef Schafheutle (1904-1973) berufen, der das Gnadengesuch eine Zeit lang in Funktion des Generalstaatsanwalts behandelte. Schafheutle soll als Beispiel für eine nicht unbelastete Vergangenheit herausgegriffen werden. Auch Schafheutle war vor 1933 als Gerichtsassessor im Badischen Justizdienst tätig. Nach der NS-Machtübernahme übernahm er eine Stelle im Reichsjustizministerium. Er wirkte dort an der Ausarbeitung des politischen Strafrechts hinsichtlich der Beschleunigung des Verfahrens in Hochverrats- und Landesverrats-sachen, der Bildung von Sondergerichten, der Verhängung der Todesstrafe und der Abwehr politischer Gewalttaten mit. Von 1936 bis 1941 war er zeitgleich auch in der Position des Landgerichtsdirektors am Landgericht Karlsruhe tätig. Anschließend wurde er im Reichsjustizministerium zum Oberregierungsrat befördert. Obwohl sich Schafheutle nachdrücklich um die Aufnahme in die NSDAP bemühte, wurde er nicht als Parteimitglied aufgenommen, was ihm nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wiederum zugutekam. Zunächst befand er sich von 1946 bis 1950 in den Speziallagern

---

¹⁹⁵ Hähling von Lanzenauer, 2007, S. 8ff.

Hohenschönhausen und Sachsenhausen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Schafheutle kehrte im Anschluss nach Westdeutschland zurück, wurde auf Wunsch von Staatssekretär Walter Strauß (1900-1976) Oberregierungsrat und anschließend Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium und leitete dort die Abteilung Strafrecht und Strafverfahren. Er war maßgeblich an der Entwicklung des politischen Strafrechts der BRD beteiligt. Strauß wiederum war in einer jüdischen Familie aufgewachsen, war aber selbst evangelischen Glaubens. Er hatte einen beträchtlichen Einfluss auf die personelle Besetzung des Bundesjustizministeriums in der frühen Bundesrepublik. Die Studie „Die Akte Rosenberg“ einer unabhängigen wissenschaftlichen Kommission untersuchte den Umgang des Bundesjustizministeriums mit der NS-Vergangenheit in den Anfangsjahren der Bundesrepublik und stellte fest, dass dort maßgeblich jene den Geist des Amtes bestimmten, die vorher im Reichsjustizministerium, bei Sondergerichten und als Wehrrichter tätig waren. Auch die Rolle von Strauß wurde im Kontext der Einstellungspraxis kritisch beleuchtet. Während Schafheutles Zeit als Generalstaatsanwalt am Oberlandesgericht Freiburg wurde das Land Baden-Württemberg gegründet und damit die Oberlandesgerichte Karlsruhe und Stuttgart. Das Oberlandesgericht Freiburg bestand mit Wirkung vom 27. April 1953 nicht mehr. Schafheutle kehrte dann ins Bundesjustizministerium nach Bonn zurück.¹⁹⁶

Die Zeit der frühen Bundesrepublik Deutschland war gesellschaftlich und politisch geprägt von der Überwindung der Kriegsfolgen, der Konzentration auf den Wiederaufbau und die eigene Existenzsicherung. Die Mehrheit der Bevölkerung sehnte sich nach Ruhe und Normalität. Auch Opfer und Gegner der nationalsozialistischen Regierung und deren Anhängern stellten ihren Wunsch nach Vergeltung hinter die Überwindung des Hasses und die Gewinnung der ehemaligen Nationalsozialisten für den demokratischen Staat. Man richtete sein Augenmerk eher verstärkt auf eine materielle Entschädigung im Sinne der Existenzsicherung. Dieses Verhalten sah man insbesondere bei denjenigen, die politisch verantwortliche Stellungen innehatten. Auch die Opferverbände zeigten kaum Initiativen für die Strafverfolgung. Der Verfolgungseifer der Justiz blieb von diesen Entwicklungen sicherlich nicht unbeeinflusst. Es herrschte ein recht nachsichtiger Umgang mit den Straftätern. 1954 wurden erstmals mehr NS-Angeklagte freigesprochen als verurteilt. In den Jahren 1954 und 1955 belief sich die höchst verhängte Strafe auf lediglich 10 Jahre Zuchthaus. Auch in dieser Zeit stand

---

¹⁹⁶ Hamann, 2018, S. 338-350, Klee, 2005, S. 526, Görtemaker & Safferling, 2016, S. 12ff, 86ff, 124ff, Hähling von Lanzener, 2002.

man vor Ermittlungsproblemen. Die Erinnerung der Zeugen wurde immer schwieriger und damit auch die Überführung der Beschuldigten. Die Justiz bemühte sich auch deshalb die Strafverfolgungen der NS-Verbrechen möglichst schnell abzuschließen. Man nimmt an, dass der Stellenwert der Meinung der Bevölkerung über die strafrechtliche Verfolgung der NS-Verbrechen durch die deutschen Gerichte in den frühen 1950er Jahren gering war. Er schien nicht Teil der öffentlichen Diskussion gewesen zu sein. Dennoch ließ sich eine weit verbreitete Schlusstrich-Mentalität und eine überwiegende Ablehnung von NS-Prozessen bemerken. Lautstarke Proteste gegen Urteile waren die Ausnahme und im Laufe der Zeit immer seltener zu beobachten. In der Presse fanden sich aber regelmäßig kritische Artikel zu ausgewählten Fällen. Bei vielen Richtern und Staatsanwälten waren die NS-Prozesse nicht sonderlich beliebt, weil sie als politisch belastend wahrgenommen wurden, was der zumindest ihrem offiziellen Selbstverständnis nach „neutralen“ Justiz widerstrebte. Eine grundsätzliche rechtliche Problematik bestand darin, dass das deutsche Strafgesetzbuch nur Straftaten durch einzelne Personen regelte. „Wenn der Staat selbst Verbrechen begehe oder in die Hände von Verbrechern falle, dann werde es zum nutzlosen Papier.“ Dies sprach der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) aus und monierte, dass es durch die schicksalhafte Verstrickung von Staat und Verbrechen nahezu unmöglich sei, schwere Verbrechen des NS-Regimes zu sühnen. Statt Bestrafung und Ausschaltung erfolge Rehabilitierung. Damit bekämen alle Gegner des demokratischen Systems eine Handhabe, sich mit scheinheiligen Worten an jenen Männern zu reiben, die als NS-Gegner ermordet worden seien.¹⁹⁷

Schon 1948 hatte eine Vielzahl an Justizmitarbeitern mit einer nationalsozialistischen Vergangenheit wieder eine juristische Position inne, was einen Wandel in der Rechtsprechung mit sich brachte. Man versuchte, die Verantwortung für die Morde hierarchisch den nächsthöheren Vorgesetzten zuzusprechen. Dies führte dazu, dass in letzter Konsequenz Adolf Hitler oder Werner Heyde (1902-1964), der als medizinischer Leiter und Obergutachter der *Aktion T4* tätig war, als Alleinschuldige angesehen wurden. Zu den häufig verwendeten Argumenten der Verteidiger zählten die „Pflichtenkollision“ und der „Verbotsirrtum“. Es ließ sich beobachten, dass es bei Freisprüchen zu Beifallsbekundungen und Glückwünschen aus den Reihen der Zuschauer kam. Es kam sogar so weit, dass Richter Drohanrufe bekamen, wenn sie ein, in den Augen der

---

¹⁹⁷ Eichmüller, 2011, S. 56ff, Merritt & Merritt, 1980, S. 53-258, Noelle & Neumann, 1956, S. 202, Stengel, 2011, Bund der Verfolgten des Naziregimes, 1952.

Anrufenden, zu hartes Urteil gesprochen hatten. Derartige Ausbrüche kann man zu den Gründen für den Strom an Gnadenerlässen zählen, der sich Anfang der 1950er Jahre ausbreitete. Die Befürworter der großzügigen Begnadigungen fanden sich in den Reihen der Kirchen bis weit in die Sozialdemokratie. Die Verbrechen, die hinter den Verurteilungen standen, wurden weitestgehend ausgeblendet oder allgemein in den Topf der „Kriegsverbrechen“ gesteckt und gegen die Verfehlungen der Besatzungsmächte aufgerechnet. Die Argumentationen im Gnadenverfahren seitens der Verteidiger und auch der Angeklagten selbst fügt sich nahtlos an die wohl allgemein herrschende Einstellung zu den NS-Verbrechen an. Im Freiburger Grafeneck-Prozess lässt sich dies insbesondere ab der Zeit der Haftunterbrechung aufgrund von Vollzugsunfähigkeit beobachten. Das eigentliche Verbrechen wurde kaum noch erwähnt. Mittelpunkt wurde das Leid der Verurteilten und ihrer Angehörigen. So wurden die Täter in das Licht der Geschädigten gerückt, die erst dem Verbrechen des Staates zum Opfer fielen und dann auch noch der harten Verurteilung der Gerichte in der Besatzungszeit. Auch die fehlende Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Presse half den Entscheidern sicherlich dabei, den Gnadengesuchen schließlich nachzugeben, wenn auch erst nach einigen Jahren. Der entscheidende Anstoß zu diesem Schritt scheint aber auch die persönlichen Beziehungen von Schreck und Sprauer zu einflussreichen politischen Persönlichkeiten wie zum Beispiel zu Regierungspräsident Waeldin gewesen zu sein.¹⁹⁸

Um die Mitte der 1950er Jahre zeichnete sich dann eine Entwicklung zu größerem Interesse an der Verfolgung von NS-Verbrechen und zu einer stärkeren Zustimmung zur Verurteilung der Täter ab. Freisprüche zogen nun häufiger öffentliche Kritik nach sich, die oft auf die eigenen NS-Belastung der Richter zielte. Die politische Linke machte ihrem Unmut über Nationalsozialisten Luft, die jetzt wieder hohe Positionen innehatten, hohe Pensionen erhielten oder Entschädigungen für Enteignungen forderten, indem sie die Integrationspolitik der Bundesregierung scharf kritisierte. Dies führte auch dazu, dass die NS-Verbrechen wieder vermehrt thematisiert wurden, was auch Ausdruck für die zunehmende Normalisierung des Lebens in der Bundesrepublik und einer zunehmenden Politisierung der Öffentlichkeit war. So zeichnete sich auch eine intensivere Beschäftigung der überregionalen Zeitungen mit laufenden Prozessen ab. 1958 wurden immer mehr Stimmen laut, die sich auf den Standpunkt stellten, die Justiz

---

¹⁹⁸ Vgl. Kapitel 5 und 6, Fischer & Lorenz, 2015, S. 224, Eichmüller, 2011, S. 63f.

habe versäumt, die Verbrechen des Dritten Reiches zu sühnen. Sie müsse sich wieder auf das Legalitätsprinzip besinnen, damit die Gräueltaten nicht in der Verdunkelung landeten. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit nahm von der Schlusstrich-Mentalität eine Wendung hin zu einer aktiven Erinnerung und Auseinandersetzung. Diese Entwicklung lässt sich in dem hier untersuchten Gnadungsverfahren nicht wiederfinden. Mit dem ersten Gnadenerlass, der Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe und der Aussichtslosigkeit eines Endes der Haftunterbrechung schien der Widerstand gegen weitere Begnadigungen immer stärker zu schwinden und schließlich in dem Erlass der gesamten Reststrafe und Bewilligung von Pensionsbezügen zu münden. So scheint es, als sei das gesellschaftliche Klima den Verurteilten Sprauer und Schreck hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs ihrer Gesuche entgegengekommen. Noch ehe sich das Blatt des Umgangs mit der NS-Vergangenheit wendete, wurde der Grundstein für die Auslöschung der Konsequenzen ihrer mörderischen Mittäterschaft in der NS-Euthanasie in einer Zeit des Wegschauens und Entkoppelns der Täter von den Verbrechen gelegt. Sprauer und Schreck erhielten zwar unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine schwere und sicherlich auch gerechte Strafe, erreichten aber dann das „rettende Ufer der fünfziger Jahre“ und kamen letztendlich um die strafrechtlichen Konsequenzen ihres Handelns herum. Dies traf auf einen Großteil der an den NS-Euthanasie-Verbrechen beteiligten Mediziner zu, so dass diese auch oft unbehelligt in der Nachkriegszeit weiterarbeiteten. Die Opfer und deren Angehörigen erhielten keinerlei Entschädigung.¹⁹⁹

Durch das Engagement des Frankfurter Generalstaatsanwalts Fritz Bauer (1903-1968), der NS-Verbrechen entschieden verfolgte (siehe die Frankfurter Auschwitz-Prozesse), wurden einige Mediziner zu späterer Zeit zur Rechenschaft gezogen. Der große Wurf zur Aufarbeitung der NS-Euthanasie-Verbrechen misslang allerdings, da sich die Angeklagten des größten Prozesses Werner Heyde (1902-1964), Medizinischer Leiter und Obergutachter der *Aktion T4*, Friedrich Tillmann (1903-1964), Leiter der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten und Gerhard Bohne (1902-1981), Vorgänger von Tillmann, diesem durch Suizid oder Flucht entzogen. Die Kontinuität der Stigmatisierung der geistig Kranken führte zu einem mangelnden Unrechtsbewusstsein auf Seiten der beteiligten Ärzte, Juristen und Verwaltungsbeamten. Die weitgehende Elitenkontinuität in der BRD erlaubte es eben diesen den

---

¹⁹⁹ Vgl. Kapitel 5 und 6, Eichmüller, 2011, S. 68ff, Süddeutsche Zeitung vom 12.+13.7.1958, Spiegel vom 9.7.1958, Stuttgarter Nachrichten vom 24.7.1958, Rheinischer Merkur vom 25.7.1958, Freimüller, 2003, S. 51.

gesellschaftlichen Umgang mit der NS-Vergangenheit ebenso für Jahrzehnte zu bestimmen wie die Gesundheitspolitik und die Rechtsprechung.²⁰⁰

7.2 Medizinethische Beurteilung

Auf Erklärungen zum Verlauf des Freiburger Grafeneck-Prozess aus juristischer, politischer und gesellschaftlicher Sicht wurde bei der medizinhistorischen Betrachtung ausführlich eingegangen. Sie sind zwar geschichtlich nachvollziehbar, doch es ergeben sich zahlreiche normative Fragen: Welche Konsequenzen kann eine solche Entwicklung haben? Verdienen Ärzte Nachsicht, die alle moralischen Grundsätze ihres Berufes missachtet haben? Wie können einem Arzt, der bewusst Menschenleben zerstört hat, rechtliche Konsequenzen erspart bleiben? War die Grausamkeit der NS-Euthanasie so immens, dass die Kopplung an Individuen in Form der Ärzte nicht ertragen werden konnte, sodass man lieber dem Staat alle Schuld zuwies? Eine überzeugende Antwort auf die Frage, wie es zum völligen Verlust moralischer Grundsätze bei Ärzten, aufseiten der Politik, in der Gesellschaft, in der Justiz und somit auch innerhalb des Rechtsstaates gekommen ist, lässt sich auch fast 80 Jahre nach dem Ende des nationalsozialistischen Unrechtsregimes noch immer nicht geben. Theophil Wurm (1868-1953), Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, schrieb 1940 in einem Brief an den Reichsinnenminister: „Entweder erkennt auch der nationalsozialistische Staat die Grenzen an, die ihm von Gott gesetzt sind, oder er begünstigt einen Sittenverfall, der auch den Verfall des Staates nach sich ziehen würde.“ Diese Aussage Wurms spiegelt das Ausmaß und die Gefahr wider, die der Weg der NS-Euthanasie nach sich zog. Bei der *Aktion T4* waren bis zu ihrem Stopp mindestens 50 Ärzte tätig. Es muss deutlich hervorgehoben werden, dass die Ärzte dies freiwillig taten. Staatlicher Zwang schien gar nicht erforderlich zu sein. Wie kann man diese Begeisterung und das Teilhaben an Henkersdiensten erklären? Hans-Walter Schmuhl richtete dazu den Blick auf die Situation der Psychiatrie: In den 1920er und 1930er Jahren herrschte durch einen starken Entwicklungsschub Aufbruchstimmung in der Psychiatrie. Es wurden erfolgreich neue Therapieansätze wie die Arbeitstherapie, das Insulinkoma, die Cardiazol- und Elektrokrampftherapie eingeführt. Auf der anderen Seite nahm der Anteil an Langzeitpatienten zu, die Anstalten waren stark überfüllt, die Pflegesätze wurden gekürzt und die Bettenkapazität stagnierte. So kam

---

²⁰⁰ Beyer & Rotzoll, 2017, S. 6f.

es zu der Fragestellung, ob es zu verantworten sei, nicht heilbar kranken Anstaltspatienten Arbeitskraft und Anstaltsraum zukommen zu lassen, wenn diese nicht einmal für die heilbaren Patienten ausreichte. So waren die Psychiater, die sich der NS-Euthanasie verschrieben, der Auffassung, dass die Verwahrung und Pflege der Unheilbaren direkt auf Kosten der Heilbaren gingen.²⁰¹

Häufig löst die Erkenntnis, dass sich auch heilbare oder gar psychisch gesunde Menschen unter den Opfern befanden, eine besonders starke Betroffenheit aus. Fehldiagnosen, Krisen, Intrigen und andere Gründe führten Menschen „zu Unrecht“ der NS-Euthanasie zu. Aber ist dies als tragischer zu werten als die Ermordung der „korrekt“ selektierten Patienten? Die Gleichwertigkeit aller Menschen steht entschieden dagegen. Demnach sollte die Frage, ob, wie sehr und warum die Opfer der NS-Euthanasie krank waren, nicht von vorrangigem Interesse sein, wenn auch die Analyse der Selektionskriterien ein wichtiger Aspekt ist, um die NS-Denkstrukturen zu erforschen oder auch an die Getöteten zu erinnern.²⁰²

In einigen Krankenakten, die im Rahmen des Heidelberger Forschungsprojekts „Zur wissenschaftlichen Erschließung und Auswertung des Krankenaktenbestandes der NS-“Euthanasie“-Aktion T4 (Bestand R 179 im Bundesarchiv Berlin)“ untersucht wurden, fanden sich Anmerkungen über die Patienten, die sich einer Sprache bedienten, wie sie auch im Werk von Binding und Hoche zur Vernichtung lebensunwerten Lebens zu finden war. Die Ärzte vermerkten Einschätzung wie „Geistig tot. Das Krankenblatt sollte abgeschlossen werden, (...). Der einzige Eintrag, der noch lohnt, ist die Notiz des Sterbedatums.“ oder „Weiterhin entsetzlich schwierig u. störend. Lebensunwertes Leben.“ Unter diesen Voraussetzungen scheint es kein großer Schritt gewesen zu sein, einer Verlegung dieser Patienten in eine Vergasungsanstalt zuzustimmen. Bei einigen Krankheitsbildern schien es zu einer Entwertung der Person gekommen zu sein. So zeigte sich in der qualitativen Analyse der Meldebögen bei schizophrenen Patienten, dass regelmäßig auf die Unheilbarkeit der Krankheit und auf den geistigen Zerfall der Betroffenen hingewiesen wurde. Diese einzelnen Beispiele an ärztlichen Urteilen können zwar nicht ohne weiteres als repräsentativ für die deutsche Anstaltspsychiatrie im Nationalsozialismus angesehen werden, aber sie geben einen Einblick in die sozial ausgrenzende Haltung gegenüber psychisch kranken und behinderten

---

²⁰¹ Stöckle, 2020, S. 169, Schmuhl, 2006, S. 9f.

²⁰² Oberländer, 2022, S. 38.

Menschen, der die deutsche Anstaltspsychiatrie weitestgehend resignativ gegenüberstand. Entscheidend für die Radikalisierung dieses Prozesses war die von Binding und Hoche vorgenommene Verbindung von „geistig tot“ und „lebensunwert“. Der Ausschluss aus der Gesellschaft, kombiniert mit dem propagandistischen Kostenargument und der vorgeblichen Unbrauchbarkeit der Anstaltspatienten, ließ den Schritt zur Freigabe zur Vernichtung nur allzu logisch erscheinen. Die fehlende Empathie war eine wesentliche Voraussetzung für die aktive Teilnahme an der *Aktion T4*. Zusätzlich herrschte die Vorstellung, nicht nur den einzelnen Menschen zu erlösen, sondern auch an der Sanierung der gesamten Bevölkerung mitzuwirken. Beispielsweise sollten die finanziellen Mittel, die durch die Morde der vermeintlich unheilbaren Patienten eingespart wurden, für die aktive Therapie der heilbaren Patienten eingesetzt werden. Die Schrift von Binding und Hoche hat für die Ärzte und anderen Mitwirkenden an der Planung und Durchführung der Massenmorde die entscheidenden Begründungsmuster beinhaltet, um ihr Handeln zu rechtfertigen.²⁰³

Hilfe zum Sterben oder gar eine Tötung auf Verlangen (§ 216 StGB) waren trotz der rassenhygienischen Bewegung im Dritten Reich strafrechtlich unzulässig. Mit der Diskussion um die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ wurde der Schutz des Lebens als höchstes Rechtsgut aufgeweicht. Die Konsequenz des Akzeptierens und Weiterführens der NS-Euthanasie hätte möglicherweise dazu geführt, dass nicht nur behinderte Menschen, sondern im nächsten Schritt auch „unnütze“ alte Menschen getötet worden wären, wie es auch teilweise schon geschah. Die utilitaristische Verbindung einer ökonomisch motivierten Maßnahme mit einem menschenverachtenden Verbrechen entbehrte wie auch alle sonstigen Erklärungen für die NS-Euthanasie jedes moralischen Grundsatzes. Bei Ärzten legt man hier in der Regel aus berufsethischen Gründen einen besonders strengen Maßstab an. Der ursprüngliche Ausgang des Freiburger Grafeneck-Prozess erscheint retrospektiv unter diesen Aspekten als angemessen. Dass Sprauer und Schreck dann aber im Laufe des, wenn auch langen Gnadenprozesses ein Großteil ihrer Haftstrafe erlassen wurde und dass sie auch noch einen Teil ihrer Pensionsbezüge erhielten, deutet auf einen erheblichen Paradigmenwechsel in der Mitte der 1950er Jahre hin. Der Zweite Weltkrieg hatte auch zu einer Verwüstung der Moralvorstellungen geführt. Es machte sich ein allmählicher Verlust des Rechtsbewusstseins breit. Die Bevölkerung war in ihren moralischen Grundfesten

---

²⁰³ Fuchs, et al., 2006, S. 31ff.

erschüttert worden und brachte Recht und Ordnung wenig Achtung entgegen. Unterstützt wurde dies von den knappen Verpflegungsrationen, die eine Unversehrtheit der eigenen Gesundheit nicht zuließen, sodass in zahllosen Fällen illegale Möglichkeiten zur zusätzlichen Lebensmittelbeschaffung wahrgenommen wurden.²⁰⁴

Eine kritische Aufarbeitung der Rolle der Ärzte bei der NS-Euthanasie erfolgte in der Nachkriegsgesellschaft nicht. So wurde die 1947 erschienene Dokumentation von Alexander Mitscherlich (1908-1982) und Fred Mielke (1922-1959) über den Nürnberger Ärzteprozess ignoriert oder sogar boykottiert. 1960 wurde eine überarbeitete Version der Dokumentation mit dem Titel *Medizin ohne Menschlichkeit* veröffentlicht und stellte für etwa 20 Jahre die nahezu einzige wissenschaftliche Arbeit zu den Ärzteverbrechen dar. Der Auftakt zur Aufarbeitung der Verbrechen innerhalb der Ärzteschaft fand dann 1980 bei den ersten Berliner Gesundheitstagen statt. Es folgten unzählige Publikationen. In den letzten Jahrzehnten ist kaum ein Gegenstand der Medizingeschichte intensiver beforscht worden als die verbrecherischen Handlungen der Ärzteschaft zur Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Die Zahl der Detailstudien ist inzwischen so groß, dass sich durchaus ein Handbuch zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus erstellen ließe. Wolfgang U. Eckarts (1952-2021) *Medizin in der NS-Diktatur* hat 2012 den damaligen Stand der Forschung zusammenfassend dargestellt und systematisch in den Kontext gesetzt.²⁰⁵

In der medizinhistorischen Forschung lassen sich zwei gegenläufige Interpretationsmuster der NS-Euthanasie unterscheiden. Die eine Variante beschreibt die Massenmorde als einen unvergleichlichen Zivilisationsbruch und Rückfall in längst überwunden geglaubte Formen der Barbarei. Die andere Variante sieht in der Ausrottung vermeintlich unheilbarer Kranker eine erschreckende Möglichkeit der Moderne, die auf den Entwicklungslinien einer zunehmenden Verwissenschaftlichung, Technisierung und gesellschaftlichen Bewertung menschlichen Lebens und Sterbens beruht. Ob die historische Aufarbeitung der Medizinverbrechen im Nationalsozialismus die aktuelle medizinethische Debatte konkret beeinflussen kann und wenn ja in welcher Form, hängt vom jeweils gewählten Interpretationsansatz ab. Nimmt man die geschichtliche Erfahrung und den Diskurs über den Lebenswert eines Menschen ernst, so kommt man zu der Einsicht, dass das menschliche Leben unabhängig von allen

---

²⁰⁴ Vgl. Kapitel 5 und 6, Staatsarchiv Freiburg, Akte F 30/1 Nr. 3546, S. 39ff, Raim, 2013, S. 203ff.

²⁰⁵ Fischer & Lorenz, 2015, S. 224, Eckart, 2012.

Qualitätskriterien schützenswert und ein sehr hohes Gut des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Die Freigabe ärztlicher Tötungshandlungen eröffnet in jedem Fall die Möglichkeit auf menschliches Leiden, Krankheit oder Behinderung mit Auslöschung anstelle von Solidarität, Beistand und Zuwendung zu reagieren. Ebenso eröffnet es den Diskurs über den Lebenswert eines menschlichen Lebens. Es ist nicht auszuschließen, dass dies zur Folge haben kann, dass bei Betroffenen das Gefühl entsteht, der Gesellschaft oder den Angehörigen zur Last zu fallen. Die Historie kann uns zeigen, welche tödlichen Konsequenzen diese Möglichkeiten haben können, insbesondere dann, wenn sich ökonomische und politische Gegebenheiten verschärfen. Der Umgang und die teils fehlende Aufarbeitung mit dieser Historie hinterlassen Spuren. Noch heute spielen gesellschaftliche Vorurteile, Berührungsängste und eine fortwirkende Stigmatisierung psychisch kranker eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Mit der heutigen Debatte um aktive Sterbehilfe und assistierten Suizid bei körperlich oder psychisch schwer kranken Menschen, bei Wachkoma Patienten oder schwer behinderten Neugeborenen zeigt sich die von der Gesellschaft legitimierte Beurteilung des Lebenswerts eines Menschen und die damit verborgene Gefahr zu mahnenden historischen Parallelen. Andererseits lässt sich fragen, ob nicht der Staat zumindest eine moralische Pflicht hat, Schwerkranken auf deren individuellen Wunsch hin zum Tode zu verhelfen. So prangerte Klaus Grosch, der an Amyotropher Lateralsklerose erkrankt war, 2019 in einem vor seinem Suizid selbst verfassten Nachruf an, dass der Staat es ihm verweigere, in Würde zu sterben. Das Selbstbestimmungsrecht eines Patienten rückte in den letzten Jahren immer weiter in den Vordergrund. Jedoch lässt sich nicht verkennen, dass das Selbstbestimmungsrecht beim Sterben irritierend wirkt. Es lässt die Vorstellung zu, man hätte enorme Spielräume beim Sterben. Ein ungesteuerter Sterbeprozess erscheint in diesem Licht fast würdelos. Eine Entwicklung bei der man, insbesondere mit Blick auf die Geschichte der NS-Euthanasie, die verschiedenen Interessen hinter dieser Sterbepolitik hinterfragen sollte. Ebenso zu diskutieren ist, ob nicht auch schon eine verborgene Gefahr in der pränatalen Diagnostik hinsichtlich genetischer Fehler und daraus folgenden Schwangerschaftsabbrüchen behinderter Embryonen bzw. Föten zu finden ist.²⁰⁶

---

²⁰⁶ Fuchs, et al., 2006, S. 34ff, Mundt, Hohendorf, & Rotzoll, 2001, S. 6, Bauer, 2021, S. 211-227.

8 ZUSAMMENFASSUNG

Zwischen 1939 und 1945 wurden schätzungsweise mehr als 300.000 psychisch kranke, geistig behinderte und altersschwache Menschen unter dem Deckmantel der „Euthanasie“ – also des „guten Todes“ – im Auftrag des NS-Staates ermordet. Die meisten Opfer wurden in Tötungsstationen transportiert und dort mit dem Gas Kohlenmonoxid (CO) getötet. Die übrigen Opfer starben in den Heil- und Pflegeanstalten durch Nahrungsmittelentzug, Vernachlässigung oder Überdosierung von Medikamenten. An der Aktion beteiligten sich Ärzte, Pflegepersonal, Verwaltungsfachleute und Angehörige der SS. Die Tötung von Menschen mit geistigen Behinderungen oder psychischen Erkrankungen war indessen kein genuin nationalsozialistischer Gedanke. Ideologische Grundlagen dafür waren die bereits im 19. Jahrhundert entstandenen Lehren der Eugenik und Rassenhygiene. Die Forderung nach der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ wurde selten explizit ausgesprochen, aber mit Kriegsbeginn dann im Rahmen der NS-Euthanasie unter dem Deckmantel der *Aktion T4* eingeführt. Am 24. August 1941 wurde die *Aktion T4* nach einer öffentlichen Protestpredigt des Münsteraner Bischofs Clemens August Graf von Galen (1878-1946) eingestellt. Trotz Geheimhaltungsmaßnahmen war es in der Bevölkerung zur erheblichen Beunruhigung wegen der Krankenmorde gekommen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren nach Angaben der Zentraldienststelle 70.273 Patienten ermordet worden. Die Organisationsstruktur der *Aktion T4* blieb bestehen. In zahlreichen Heil- und Pflegeanstalten setzten verdeckte Morde ein. Auch die Tötungen „missgebildeter und idiotischer Kinder“ wurden in den „Kinderfachabteilungen“ bestimmter Anstalten fortgesetzt. Eine Zusammenstellung aus gesicherten und vorsichtig geschätzten Opferzahlen ergibt, dass nach dem offiziellen Stopp der NS-Euthanasie allein im Deutschen Reich noch etwa 140.000 Menschen getötet wurden.²⁰⁷

Ludwig Sprauer, geboren am 19. Oktober 1884, gestorben am 24. Juni 1962, machte nach seiner anfänglichen Arbeit als Praktischer Arzt politische Karriere, die in der Leitung der Gesundheitsabteilung des Badischen Innenministeriums mündete. Er steuerte die Aktion T4 für den gesamten Bereich Badens. Er wurde im Oktober 1939 ins Reichsministerium des Innern nach Berlin bestellt und von Herbert Linden in einer Einzelbesprechung in die NS-Euthanasie eingeweiht. Obwohl Sprauer das Gefühl hatte,

---

²⁰⁷ Vgl. Kapitel 3.

dass da „etwas nicht stimmt“, befolgte er alle Anweisungen. Er zeigte einerseits eine absolute Autoritätshörigkeit, andererseits belastete ihn das Wissen um die verbrecherischen Vorgänge in Grafeneck, die mit dem ursprünglichen Euthanasie-Gedanken nichts mehr zu tun hatten. Dort, wo er die volle Verantwortung für die problemlose Durchführung der Aktion trug, war er autoritär und unnachgiebig. Wenn er die Verantwortung allerdings auf andere schieben konnte, handelte er milder und ließ Freistellungen geschehen. Aus den 12 südbadischen Anstalten, für die Sprauer zuständig war, wurden in der Zeit von Februar 1940 bis zum Ende der Aktion T4 im August 1941 rund 3.200 Menschen zur Tötung verlegt.²⁰⁸

Arthur Josef Schreck, geboren am 15. August 1878, gestorben am 3. Oktober 1963, folgte nach einer schwierigen Kindheit zunächst den Wegen seines Vaters, indem er dessen Arztpraxis übernahm, spezialisierte sich dann jedoch auf das Fach der Psychiatrie. Er beteiligte sich in drei Rollen an der *Aktion T4*. Als Leiter der Pflegeanstalt Rastatt und nach deren Auflösung als kommissarischer Leiter der Anstalt Illenau, als Begutachter von Meldebögen im unmittelbaren Auftrag der *Reichsarbeitsgemeinschaft für Heil- und Pflegeanstalten* sowie als Leiter der *Kinderfachabteilung* der Heil- und Pflegeanstalt im nordbadischen Wiesloch. Bis zur Mitte des Ersten Weltkriegs war Schreck ein Gegner der „Euthanasie“ unheilbarer Geisteskranker gewesen. Erst die Schrift von Bindung und Hoche führte bei ihm seit 1920 zum Umdenken. Die bejahende Einstellung zur Euthanasie zeigte Schreck auch nach 1945 während des gegen ihn geführten Strafprozesses noch. Er begutachtete nach eigenen Angaben in der Zeit von März bis Ende Dezember 1940 etwa 15.000 Meldebögen, von denen er etwa 8.000 mit dem roten, die Tötung des betreffenden Patienten bedeutenden Kreuz versah.²⁰⁹

Am 14. Oktober 1939 wurde Schloss Grafeneck durch eingeschriebenen Eilbrief des Landrats Richard Alber (1893-1962), mit der Aufforderung die Gebäude zu räumen, für „Zwecke des Reiches“ beschlagnahmt. Am 18. Januar 1940 begannen die Morde der NS-Euthanasie. Grafeneck war das erste der sechs Vernichtungszentren, das in Betrieb ging. Bis Dezember 1940 wurden dort etwa 10.654 Menschen ermordet. Die Opfer stammten aus Heil- und Pflegeanstalten in Baden, Württemberg, Bayern, Hessen und dem Gebiet des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen. Grafeneck befand

---

²⁰⁸ Vgl. Kapitel 2 und 3.

²⁰⁹ Vgl. Kapitel 2 und 3.

sich in Württemberg-Hohenzollern und unterstand somit ab Mai 1945 der Französischen Besatzungsmacht. Die Gerichte hatten ihre Tätigkeit mit Beginn der Besatzung zunächst eingestellt. Die Französische Militärregierung richtete am 25. September 1945 eine Badische Justizverwaltung ein. Ab dem 16. Oktober 1945 bestand eine Organisation der Land- und Amtsgerichte, die auf bestehende Strukturen zurückgriff. Die Gerichte nahmen ihre Arbeit am 20. Oktober 1945 auf. Am 24. Juli 1946 wurden dem Badischen Justizministerium die Akten durch die Französische Militärregierung übersandt und damit die strafrechtliche Verfolgung der Ärzte, die sich an der Tötung beteiligt hatten, an die deutschen Strafverfolgungsbehörden abgegeben. Der Generalstaatsanwalt leitete daraufhin das Ermittlungsverfahren ein. In den französischen Akten wurden insgesamt 34 Personen genannt, die der Tötung Geisteskranker oder Beihilfe dazu beschuldigt wurden. Ein Großteil der Verdächtigen war nicht auffindbar, so dass ab dem 15. November 1946 lediglich gegen 9 Beschuldigte gerichtliche Voruntersuchungen durch den Untersuchungsrichter des Landesgerichts Freiburg geführt wurden. Schließlich wurde nur gegen Sprauer, Schreck, Schneider und Fauser Haftbefehl erlassen. Der gegen Schneider am 15. November 1946 ausgesprochene Haftbefehl wurde aufgehoben. Die Anschuldigungen gegen Martha Fauser sind der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Tübingen zur Weiterverfolgung übergeben worden. Am 21. Oktober 1948 begann der Prozess um Grafeneck vor dem Schwurgericht des Landgerichts Freiburg gegen Sprauer und Schreck. Es wurde in fünf Sitzungen am 10., 11., 12., 13. und 16. November 1948 verhandelt.²¹⁰

Ludwig Sprauer hatte sich dem Urteil vom 16.11.1948 zufolge eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäß KRG 10 Art. II 1c, 2b-d, rechtlich zusammentreffend mit tateinheitlich begangener Beihilfe zum Mord an Anstaltsinsassen gemäß §§ 211, 49, 73 StGB schuldig gemacht. Arthur Josef Schreck hatte sich laut Urteil eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit gemäß KRG 10 Art. II 1c, 2b-d, rechtlich zusammentreffend mit tateinheitlich begangener Beihilfe zum Mord an Anstaltsinsassen gemäß §§ 211, 49, 73 StGB und des Totschlags in drei Fällen gemäß §§ 212, 74 StGB schuldig gemacht. Die beiden Angeklagten wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihnen auf Lebensdauer aberkannt. Gegen das Urteil des Schwurgerichts legte die Verteidigung Sprauers Revision beim Oberlandesgericht Freiburg ein. Mit der Revision von Sprauers Urteil befasste sich der

---

²¹⁰ Vgl. Kapitel 4 und 5.

Strafsenat des Badischen Oberlandesgerichts in Freiburg am 13. Oktober 1949. Das Urteil des Schwurgerichts Freiburg vom 16.11.1948 wurde hinsichtlich des Strafmaßes einschließlich der dem Urteil insoweit zugrundeliegenden Feststellungen aufgehoben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung über die Strafbemessung an das Landgericht Freiburg zurückverwiesen. Im Übrigen wurde die Revision als unbegründet verworfen. Die Verurteilung Schrecks war in gleicher Weise wegen Zusammenhangs aufzuheben. Ein Zusammenhang war deshalb gegeben, weil Sprauer und Schreck an der gleichen Tat beteiligt gewesen waren. Das Urteil vom Schwurgericht des Landgerichts Freiburg gegen Schreck hinsichtlich des Totschlags an Kindern in drei Fällen blieb von der Aufhebung unberührt. Am 2. Mai 1950 wurde die Strafe für Sprauer in der erneuten Schwurgerichtsverhandlung vor dem Landgericht Freiburg auf 11 Jahre Zuchthaus ermäßigt, die Strafe von Schreck auf 12 Jahre Zuchthaus. Gegen das Urteil legten diesmal sowohl Sprauer als auch Schreck Revision ein, die aber mit Beschluss vom 15. Juni 1950 als unzulässig verworfen wurde. Das Urteil vom 2. Mai 1950 wurde am 2. Juli 1950 rechtskräftig.²¹¹

Schrecks Sohn hatte sich im Mai 1950 bereits umgehend nach Urteilsspruch mit einem Gnadengesuch an den Justizminister gewendet. Die Sache konnte allerdings noch nicht behandelt werden, da das endgültige Strafurteil vom 2. Mai 1950 noch nicht rechtskräftig war. Sprauers Strafverteidiger reichte am 15. Juni 1950 einen Antrag auf Umwandlung der verhängten Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe auf dem Gnadenwege und einen Antrag auf Unterbrechung der Strafhaft zur Wiederherstellung Sprauers Gesundheit wegen bedingter Haftunfähigkeit bei der Staatsanwaltschaft ein. Auch Schrecks Verteidiger folgte diesem Vorgehen am 5. Juli 1950 mit Einreichung eines Gnadengesuchs zur Haftumwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe. Die Staatsanwaltschaft lehnte das Gnadengesuch mit Verfügung vom 24. Juli 1950 ab, eine Haftunterbrechung wurde aber in Erwägung gezogen. Sprauers Haft wurde am 24. Februar 1951 wegen Haftunfähigkeit unterbrochen. Der Antrag auf Haftumwandlung blieb bis auf weiteres unbeantwortet. Schrecks Zustand verschlechterte sich so gravierend, dass er am 7. April 1951 in die Chirurgische Universitätsklinik Freiburg verlegt werden musste. Dies veranlasste das Badische Justizministerium dazu, nunmehr auch Schrecks Antrag auf Haftunterbrechung der Landesregierung zur Entscheidung vorzulegen, dem am 10. April 1951 zugestimmt wurde.²¹²

---

²¹¹ Vgl. Kapitel 5.

²¹² Vgl. Kapitel 6.

Nach langen Bemühungen seitens der beiden Verurteilten wurde am 23. Juli 1954 im Wege der Gnade die Umwandlung der Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen von gleicher Dauer bewilligt. Der noch zu verbüßende Teil der Gefängnisstrafe blieb weiterhin wegen Haftunfähigkeit ausgesetzt. Außerdem wurde ihnen mit Wirkung vom 1. Juli 1954 ein jederzeit widerruflicher Unterhaltsbeitrag von 450 DM monatlich gewährt und mit Wirkung vom 1. August 1954 wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte wieder verliehen. In einer Notiz vom 15. Dezember 1954 vermerkte die Staatsanwaltschaft Freiburg, dass von einem auf Haftfähigkeit lautenden Gutachten im Hinblick auf Sprauers und Schrecks Alter kaum auszugehen sei und daher von einer laufenden Überprüfung abgesehen werde. Am 3. November 1955 ersuchte Sprauer bei Ministerpräsident Gebhard Müller um eine Erhöhung des Unterhaltsbeitrages, die mit Wirkung vom 1. April 1956 in Form einer jederzeit widerruflichen Zahlung von 50% seines zum Zeitpunkt des Ausscheidens verdienten Ruhegehalts bewilligt wurde. Im selben Jahr wurden den Angeklagten außerdem die Gerichtskosten erlassen. Die Reststrafen wurden Sprauer und Schreck mit Entschließung der Ministerpräsidenten vom 29. Oktober 1957 im Wege der Gnade erlassen. Mit Entschließung vom 14. Februar 1958 bewilligte er Schreck eine widerrufliche Erhöhung seiner Bezüge auf einen Unterhaltsbeitrag in Höhe von 60% seines zum Zeitpunkt des Ausscheidens verdienten Ruhegehalts ab dem 1. Februar 1958.²¹³

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges fanden zahlreiche Strafprozesse zu den Verbrechen des Nationalsozialismus statt. Die NS-Euthanasie war einer der wichtigsten Tatkomplexe, der verfolgten nationalsozialistischen Verbrechen. Der Freiburger Grafeneck-Prozess weist im Vergleich einige Besonderheiten auf. Das Strafmaß, das Sprauer und Schreck im Freiburger Grafeneck-Prozess erhielten, war vergleichsweise hoch und ist damit ein seltenes Beispiel unter den erlassenen Urteilen der NS-Euthanasie Verfahren. Besonders hervorzuheben ist auch die für die frühe Nachkriegszeit sehr zügigen, zielgerichteten und nachdrücklichen Ermittlungen und der damit einhergehende vergleichsweise frühe Prozessbeginn. Dies ist aufgrund der widrigen Umstände beachtenswert. Dazu beigetragen hat mitunter die an den (Süd-)Badischen Gerichten sehr gute Personalsituation. Im Dezember 1946 war die Personalstärke von 1939 zwar noch nicht wieder erreicht, aber mit 110 Beamten (1939 waren es rund 150 Beamte gewesen) schon weit fortgeschritten im Vergleich zu anderen Regionen in

---

²¹³ Vgl. Kapitel 6.

Westdeutschland. Ein weiterer Aspekt, der den Verlauf des Freiburger Grafeneck-Prozesses sicherlich in seiner Schnelligkeit der Ermittlungen und Höhe des Strafmaßes beeinflusste, war der Umstand, dass die höchsten Positionen am Oberlandesgericht mit Vizepräsident Albert Wössner und Generalstaatsanwalt Karl Siegfried Bader mit Nicht-NSDAP-Mitgliedern besetzt war. Auch Landgerichtspräsident Josef Mayer und der Chef der Staatsanwaltschaft Josef Röderer zählten zu dieser Gruppe. Als außergewöhnlich hervorzuheben ist auch, dass bei den Verhandlungen gegen Schreck und Sprauer das KRG 10 in formaler Übereinstimmung mit dem deutschen Strafgesetzbuch angewandt wurde, wodurch das Strafmaß in seiner Höhe deutlich beeinflusst wurde.²¹⁴

Die Revisionsverhandlungen und Gnadengesuche Sprauers und Schrecks fielen in die Zeit der frühen Bundesrepublik Deutschland. Zu dieser Zeit entwickelte sich die Strafverfolgung so, dass die wenigen „wirklich“ Schuldigen bestraft wurden, die Masse der Funktionäre des NS-Staates und der Parteigenossen hingegen wieder integriert werden sollten. Von dieser allgemeinen Entwicklung blieb die Revisionsverhandlung im Freiburger Grafeneck-Prozess allerdings unbeeinflusst. Anfang der 1950er Jahre breitete sich ein Strom an Gnadenerlässen aus. Die Befürworter der großzügigen Begnadigungen fanden sich in den Reihen der Kirchen bis weit in die Sozialdemokratie. Die Verbrechen, die hinter den Verurteilungen standen, wurden weitestgehend ausgeblendet oder allgemein in den Topf der „Kriegsverbrechen“ gesteckt und gegen die Verfehlungen der Besatzungsmächte aufgerechnet. Im Freiburger Grafeneck-Prozess lässt sich dies insbesondere ab der Zeit der Haftunterbrechung aufgrund von Vollzugsunfähigkeit beobachten. Das eigentliche Verbrechen wurde kaum noch erwähnt. Mittelpunkt wurde das Leid der Verurteilten und ihrer Angehörigen. So wurden die Täter in das Licht einer Opferrolle gerückt, die erst dem Verbrechen des Staates zum Opfer fielen und dann auch noch der harten Verurteilung der Gerichte in der Besatzungszeit. Mitte der 1950er Jahre zeichnete sich dann wiederum eine Entwicklung zu größerem Interesse an der Verfolgung von NS-Verbrechen und zu einer stärkeren Zustimmung zur Verurteilung der Täter ab. Der Umgang mit der NS-Vergangenheit nahm von der Schlussstrich-Mentalität eine Wendung hin zu einer aktiven Erinnerung und Auseinandersetzung. Diese Entwicklung lässt sich im Gnadungsverfahren des Freiburger Grafeneck-Prozesses nicht wiederfinden. So scheint es, als sei das gesellschaftliche Klima den Verurteilten Sprauer und Schreck hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs ihrer

---

²¹⁴ Vgl. Kapitel 5 und 7.

Gesuche entgegengekommen. Noch ehe sich das Blatt des Umgangs mit der NS-Vergangenheit wendete, wurde der Grundstein für die Auslöschung der Konsequenzen ihrer mörderischen Mittäterschaft in der NS-Euthanasie in einer Zeit des Wegschauens und Entkoppelns der Täter von den Verbrechen gelegt.²¹⁵

Betrachtet man die NS-Euthanasie aus der medizinethischen Sicht, so ist hervorzuheben, dass die beteiligten Ärzte freiwillig zu Mördern oder Mordgehilfen wurden. Wie kann man diese Begeisterung und das Teilhaben an Henkersdiensten erklären? Es waren vor allem jene Psychiater, die sich der NS-Euthanasie verschrieben, der Auffassung, dass die Verwahrung und Pflege der Unheilbaren direkt auf Kosten der Heilbaren gingen. Das Heidelberger Forschungsprojekt *Zur wissenschaftlichen Erschließung und Auswertung des Krankenaktenbestandes der NS-„Euthanasie“-Aktion T4* schloss von einigen Anmerkungen der Ärzte in den Krankenakten, die sich der Sprache von Binding und Hoche bedienten, darauf, dass es unter diesen Voraussetzungen kein großer Schritt gewesen sein dürfte, einer Verlegung dieser Patienten in eine Tötungsanstalt zuzustimmen. Auch schien es bei bestimmten Krankheitsbildern zu einer Entwertung der Person gekommen zu sein. Entscheidend für die Radikalisierung der Euthanasiegedanken sei die von Binding und Hoche vorgenommene Verbindung von „geistig tot“ und „lebensunwert“ gewesen. Der Schutz des Lebens als höchstes Rechtsgut war aufgeweicht worden. Der Ausschluss der betroffenen Patienten aus der Gesellschaft kombiniert mit dem propagandistisch vorgetragenen Kostenargument und der vorgeblichen Unbrauchbarkeit der Anstaltspatienten ließ den Schritt zur Freigabe zur Vernichtung nur allzu logisch erscheinen. Die fehlende Empathie war dann noch eine letzte wesentliche Voraussetzung für die aktive Teilnahme an der *Aktion T4*. Der ursprüngliche Ausgang des Freiburger Grafeneck-Prozess erscheint einem unter diesen Aspekten als gerecht. Dass Sprauer und Schreck im Laufe des, wenn auch langen Gnadenprozess ein Großteil ihrer Haftstrafe erlassen wurde und dass sie auch noch einen Teil ihrer Pensionsbezügen erhielten, zeigt den erheblichen Paradigmenwechsel in der Mitte der 1950er Jahre. Eine kritische Aufarbeitung der Rolle der Mediziner bei der NS-Euthanasie erfolgte in der Nachkriegsgesellschaft nicht. Der Auftakt zur Aufarbeitung der Verbrechen innerhalb der Ärzteschaft fand dann 1980 bei den ersten Berliner Gesundheitstagen statt. 1988 bezog die Ärztekammer Berlin als erste öffentliche Stelle mit der *Erklärung zur Schuld von Ärzten im Nationalsozialismus*

---

²¹⁵ Vgl. Kapitel 5 bis 7.

Stellung zu den Geschehnissen und bekundete Trauer und Scham. 2012 folgte eine Erklärung der Delegierten des Nürnberger Ärztetages, in der die deutsche Ärzteschaft die Opfer und ihre Nachkommen das erst Mal um Verzeihung für die Taten der Ärzte und Ärztinnen der NS-Euthanasie baten. Nimmt man die geschichtliche Erfahrung und den Diskurs über den Lebenswert eines Menschen ernst, so kommt man doch unweigerlich zu der Einsicht, dass das menschliche Leben unabhängig von allen Qualitätskriterien schützenswert und ein sehr hohes Gut des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist. Die Freigabe ärztlicher Tötungshandlungen eröffnet in jedem Fall die Möglichkeit auf menschliches Leiden, Krankheit oder Behinderung mit Auslöschung anstelle von Solidarität, Beistand und Zuwendung zu reagieren. Die Historie illustriert, welche tödlichen Konsequenzen diese Möglichkeiten haben können, insbesondere dann, wenn sich ökonomische und politische Gegebenheiten verschärfen.²¹⁶

---

²¹⁶ Vgl. Kapitel 7, Fischer & Lorenz, 2015, S. 224.

9 LITERATURVERZEICHNIS

- Alliierten Kontrollrat. Amtsblatt (20. Dezember 1945). Kontrollratsgesetz Nr. 10: Bestrafung von Personen, die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben. Abgerufen am 12. Januar 2021 von <http://www.verfassungen.de/de45-49/kr-gesetz10.htm>
- Aly, G., Roth, K.-H. (1984). Die restlose Erfassung. Volkszählen, Identifizieren, Aussondern im Nationalsozialismus. Berlin: Rotbuch-Verlag.
- Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg (1996). Die Amtsvorsteher der Oberämter, Bezirksämter und Landratsämter in Baden-Württemberg 1810 bis 1972. Angerbauer, W. (Red.). Stuttgart: Theiss.
- Bastian, T. (1981). Von der Eugenik zur Euthanasie. Ein verdrängtes Kapitel aus der Geschichte der deutschen Psychiatrie. Bad Wörishofen: Erl.
- Bastian, T. (1982). Arzt, Helfer, Mörder. Eine Studie über die Bedingungen medizinischer Verbrechen. Paderborn: Junfermann.
- Bauer, A. W. (2021). Selbsttötung, Sterbehilfe, Tötung auf Verlangen: der ‚gute Tod‘ am Lebensende? In M. R. Christoph Böhr (Hrsg.), Anthropologie und Ethik der Biomedizin. Grundfragen und Leitfragen. S. 211-228. Wiesbaden: Springer.
- Benzenhöfer, U. (2001). Bemerkungen zur Planung der NS-"Euthanasie". Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen "Euthanasie" und Zwangssterilisation. Ulm: Klemm + Oelschläger.
- Benzenhöfer, U. (2019). Der Kinder- und Jugendpsychiater Hans Heinze und die "NS-Euthanasie" unter besonderer Berücksichtigung der "Kinderfachabteilung" in Görden. Ulm: Klemm + Oelschläger.
- Benzenhöfer, U. (2020). Kindereuthanasie in der NS-Zeit unter besonderer Berücksichtigung von Reichsausschussverfahren und Kinderfachabteilungen. Ulm: Klemm + Oelschläger.
- Beyer, C., Rotzoll, M. (November 2017). "Lebensunwert": Von der Macht eines Wortes im 20. Jahrhundert. Die nationalsozialistischen Patientenmorde, ihre Vor- und Nachgeschichte im Kontext einer wirkmächtigen Denkfigur. Informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945., 42. Jg., Ausgabe 86, S. 3-7.
- Binding, K., Hoche, A. (1920). Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens: Ihr Mass und ihre Form. Leipzig: Felix Meiner.
- Blasius, D. (1981). Psychiatrischer Alltag im Nationalsozialismus. In D. Peukert, & J. Reulecke (Hrsg.), Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. S. 367-380. Wuppertal: Hammer.
- Bock, G. (2010). Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Geschlechterpolitik. Münster: MV Wissenschaft.

- Bund der Verfolgten des Naziregimes (22. November 1952). Unlösbarer Aufgabe. Das freie Wort.
- Darwin, C. (1899). Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl oder die Erhaltung der begünstigten Rassen im Kampfe um's Dasein. Stuttgart: E. Schweizerbart'sche Verlagshandlung.
- Dencker, F. (2006). Strafverfolgung der Euthanasie-Täter nach 1945. In T. Vormbaum (Hrsg.), Jahrbuch der Juristischen Zeitgeschichte Bd. 7 (2005/2006), S. 113-124. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Der Arbeitskreis zur Erforschung der nationalsozialistischen „Euthanasie“ und Zwangssterilisation. (2021). Abgerufen am 10. Dezember 2022 von <https://www.ak-ns-euthanasie.de>
- Der Spiegel. (17. Mai 1950). Euthanasie. Listen mit roten Kreuzen. Der Spiegel (20/1950), Artikel 23/58.
- Deutscher Bundestag. (20. September 1949). Verhandlungen des Deutschen Bundestags, Stenographische Berichte: 1. Wahlperiode, 5. Sitzung. Abgerufen am 13. Juni 2022 von <https://dserver.bundestag.de/btp/01/01005.pdf>
- Eberle, E.-M. (2018). Dr. Arthur Schreck: Übereifriger T4-Gutachter und Kindermörder. In W. Proske (Hrsg.), Täter, Helfer, Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus dem Norden des heutigen Baden-Württemberg. Bd. 8, S. 326-341. Gerstetten: Kugelberg.
- Eckart, W. U. (2012). Medizin in der NS-Diktatur. Ideologie, Praxis, Folgen. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag.
- Eichmüller, A. (2008). Die Strafverfolgung von NS-Verbrechen durch westdeutsche Justizbehörden seit 1945. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 56, Heft 4, S. 621-640.
- Eichmüller, A. (2011). Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen und die Öffentlichkeit in der frühen Bundesrepublik Deutschland 1949-1958. In J. Osterloh, & C. Vollnhals, NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. S. 53-74. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Etzel, M. (1992). Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945-1948). Tübingen: Mohr.
- Faulstich, H. (1998). Hungersterben in der Psychiatrie 1914-1949: mit einer Topographie der NS-Psychiatrie. Freiburg: Lambertus.
- Faulstich, H. (2000). Die Zahl der „Euthanasie“-Opfer. In A. Frewer, C. Eickhoff, „Euthanasie“ und die aktuelle Sterbehilfe-Debatte. Die historischen Hintergründe Medizinischer Ethik. S. 218-236. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Fischer, T., Lorenz, M. N. (2015). Lexikon der »Vergangenheitsbewältigung« in Deutschland Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945. Bielefeld: transcript.
- Freimüller, T. (2003). Mediziner: Operation Volkskörper. In N. Frei (Hrsg.), Hitlers Eliten nach 1945. S. 13-72. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.

- Friedlander, H. (1997). Der Weg zum NS-Genozid. Von der Euthanasie zur Endlösung. Berlin: Berlin Verlag.
- Fuchs, P., Hohendorf, G., Rauh, P., Hinz-Wessels, A., Richter, P., Rotzoll, M. (2006). Die NS-"Euthanasie"-Aktion-T4 im Spiegel der Krankenakten. Neue Ergebnisse historischer Forschung und ihre Bedeutung für die heutige Diskussion medizinethischer Fragen. In T. Vormbaum (Hrsg.), Jahrbuch der Juristischen Zeitgeschichte Bd. 7 (2005/2006), S. 16-36. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Fuchs, P., Rotzoll, M., Müller, U., Richter, P., Hohendorf, G. (2014). "Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst". Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen "Euthanasie". Göttingen: Wallstein Verlag.
- Görtemaker, M., Safferling, C. (2016). Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium für Justiz und die NS-Zeit. C. H. Beck: München.
- Gedenkstätte Grafeneck e.V. (2016). Gedenkstätte Grafeneck. Abgerufen am 10. Januar 2021 von <http://www.gedenkstaette-grafeneck.de/>
- Hähling von Lanzenauer, R. (2002). Das Badische Oberlandesgericht in Freiburg. Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Germanistische Abteilung, 119, S. 343-351.
- Hähling von Lanzenauer, R. (2007). Karl Siegfried Bader. In F. L. Sepaintner (Hrsg.), Baden-Württembergische Biographien. Bd. 4, S. 8-11. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Hamann, G. (2018). Josef Schafheutle: Verhängnisvoll Kontinuität vom Reichs- zum Bundesjustizministerium. In W. Proske, Täter, Helfer, Trittbrettfahrer. NS-Belastete aus Baden-Württemberg. Bd. 9: NS-Belastete aus dem Süden des heutigen Baden-Württemberg, S. 338-360. Gerstetten: Kugelberg.
- Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden 461/32061, Bd. 7, S. 9. Aussage von Maximilian Friedrich Lindner vor dem Landgericht Frankfurt/M. vom 3.3.1947.
- Hinz-Wessels, A., Fuchs, P., Hohendorf, G., Rotzoll, M. (2005). Zur bürokratischen Abwicklung eines Massenmordes. Die "Euthanasie"-Aktion im Spiegel neuer Dokumente. Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (53. Jahrgang), S. 79-107.
- Hohendorf, G. (2010). Die Selektion der Opfer zwischen rassenhygienischer "Ausmerze", ökonomischer Brauchbarkeit und medizinischem Erlösungsideal. In M. Rotzoll, G. Hohendorf, P. Fuchs, P. Richter, C. Mundt, W. U. Eckart, Die nationalsozialistische „Euthanasie“-Aktion „T4“ und ihre Opfer: Geschichte und ethische Konsequenzen für die Gegenwart. (S. 310-324). Paderborn: Ferdinand Schöningh.
- Hohendorf, G. (2014). Ideengeschichte und Realgeschichte der nationalsozialistischen "Euthanasie" im Überblick. In P. Fuchs, M. Rotzoll, U. Müller, P. Richter, G. Hohendorf, „Das Vergessen der Vernichtung ist Teil der Vernichtung selbst“ - Lebensgeschichten von Opfern der nationalsozialistischen "Euthanasie". S. 36-52. Göttingen: Wallstein.
- Hohendorf, G. (6. Mai 2016). Die Vernichtung von psychisch kranken und geistig behinderten Menschen unter nationalsozialistischer Herrschaft. Abgerufen am 10. Januar 2021 von: <https://www.sciencespo.fr/mass-violence-war-massacre-resistan>

ce/fr/document/die-vernichtung-von-psychisch-kranken-und-geistig-behinderten-menschen-unter-nationalsozial.html

Hohendorf, G., Magull-Seltenreich, A. (Hrsg.) (1990). Von der Heilkunde zur Massentötung. Medizin im Nationalsozialismus. Heidelberg: Das Wunderhorn.

Hohendorf, G., Beyer, C., Thiel, J., Rotzoll, M. (2015). Patientenmorde im Nationalsozialismus. Ein Überblick. In Tiergartenstrasse 4. Gedenk- und Informationsort für die Opfer der nationalsozialistischen "Euthanasie"-Morde. S. 10-33. Berlin: Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Janzowski, F. (2015). Die NS-Vergangenheit in der Heil- und Pflegeanstalt Wiesloch "...so intensiv wenden wir unsere Arbeitskraft der Ausschaltung der Erbkranken zu". Ubstadt-Weiher, Heidelberg, Basel: Verlag Regionalkultur.

Jost, A. (1895). Das Recht auf den Tod. Sociale Studie. Göttingen: Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung.

Journal officiel du Commandement en Chef Français en Allemagne, Bd. 17, Nr. 1946. (8. März 1946). Deutsche Nationalbibliothek. Abgerufen am August 2022 von [https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026623650#page/ohne+Z%26auml%3Bhlung+\(Inhaltsverzeichnis\)/mode/2up](https://portal.dnb.de/bookviewer/view/1026623650#page/ohne+Z%26auml%3Bhlung+(Inhaltsverzeichnis)/mode/2up)

Klee, E. (1995). Was sie taten, was sie wurden. Ärzte, Juristen und andere Beteiligte am Kranken- und Judenmord. Frankfurt am Main: Fischer.

Klee, E. (2001). Dokumente zur "Euthanasie". Frankfurt a. M. : Fischer .

Klee, E. (2005). Das Personenlexikon zum Dritten Reich: Wer war was vor und nach 1945. Frankfurt am Main: Fischer.

Klee, E. (2010). „Euthanasie“ im Dritten Reich. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“. Frankfurt am Main: Fischer.

Kunz, A. (2008). Bundesarchiv Außenstelle Ludwigsburg. Justizakten aus NSG-Verfahren. Eine quellenkundliche Handreichung für Archivbenutzer. Abgerufen am 12. Januar 2021 von https://web.archive.org/web/20131225104340/http://www.bundesarchiv.de/imperia/md/content/abteilungen/abtg/mitteilungen3_2008/nsg_verfahren_kunz.pdf

Landesarchiv Baden-Württemberg. Behördengeschichte Badisches Ministerium der Justiz. Abgerufen am 7. Februar 2022 von <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/einfueh.php?bestand=8010>

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2000). "Euthanasie" im NS-Staat: Grafeneck im Jahr 1940. Abgerufen am 11. Januar 2021 von <https://www.lpb-bw.de/publikationen/euthana>

Lang, H.-J. (2009). Der Grafeneck-Prozeß vor dem Tübinger Landgericht. In H. J. Pretsch, „Euthanasie“: Krankenmorde in Südwestdeutschland. S. 143-145. Zwielfalten: Psychiatrie und Geschichte.

Laufs, B. (1992). Die Psychiatrie zur Zeit des Nationalsozialismus am Beispiel der Heidelberger Universitätsklinik. Homburg/Saar: Universität des Saarlandes.

- Ley, A. (2009). Vom Krankenmord zum Genozid. Die "Aktion 14f13" in den Konzentrationslagern. Die Zukunft der Erinnerung, Bd. 25, S. 36-49.
- Müller-Hill, B. (1984). Tödliche Wissenschaft. Die Aussonderung von Juden, Zigeunern und Geisteskranken 1933-1945. Reinbek: Rowohlt Taschenbuche Verlag.
- Merritt, A. J., Merritt, R. L. (1980). Public Opinion in semisovereign Germany. The HICOG Surveys 1949-1955. Urbana, Illinois: Board of Trustees of the University of Illinois.
- Morlok, K. (1985). Wo bringt ihr uns hin? "Geheime Reichssache" Grafeneck. Stuttgart: Quell Verlag.
- Mundt, C., Hohendorf, G., Rotzoll, M. (2001). Vorwort. In C. Mundt, G. Hohendorf, M. Rotzoll (Hrsg.), Psychiatrische Forschung und NS-"Euthanasie". Beiträge zu einer Gedenkveranstaltung an der Psychiatrischen Universitätsklinik Heidelberg. S. 5-11. Heidelberg: Das Wunderhorn.
- Noelle, E., Neumann, E. P. (1956). Jahrbuch für öffentliche Meinung, Bd. 1: 1947-1955. Allensbach am Bodensee: Verlag für Demoskopie.
- Oberländer, L. (2022). Mannheims verdrängte Opfer. Portrait einer Stadt im System der NS-"Euthanasie". Ubstadt-Weiher, Heidelberg, Speyer, Stuttgart, Basel: Verlag Regionalkultur.
- Pfeiffer, J. (2007). Phasen der deutschen Nachkriegsauseinandersetzung mit den Krankentötungen 1939-1945. In S. Oehler-Klein, V. Roelcke (Hrsg.), Vergangenheitspolitik in der universitären Medizin nach 1945. Institutionelle und individuelle Strategien im Umgang mit dem Nationalsozialismus. S. 331-360. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Rüter, C. F., de Mildt, D. W. (April 2021). Justiz und NS-Verbrechen. Die ost- und westdeutschen Gerichtsentscheidungen wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen seit 1945. Abgerufen am 15. Dezember 2021 von <http://www.junsv.nl/>
- Raim, E. (2013). Justiz zwischen Diktatur und Demokratie. Wiederaufbau und Ahndung von NS-Verbrechen in Westdeutschland 1945-1949. München: Oldenbourg.
- Rheinischer Merkur vom 25.7.1958. Verweste Prozesse.
- Richarz, B. (1987). Heilen, Pflegen, Töten. Zur Alltagsgeschichte einer Heil- und Pflegeanstalt bis zum Ende des Nationalsozialismus. Göttingen: Verlag für Medizinische Psychologie im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht.
- Rieß, V. (1995). Die Anfänge der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ in den Reichsgauen Danzig-Westpreussen und Wartheland 1939/40. Frankfurt am Main: Lang.
- Roer, D., Henkel, D. (Hrsg.). (1986). Psychiatrie im Faschismus. Die Anstalt Hadamar 1933-1945. Bonn: Psychiatrie-Verlag.

- Rotzoll, M., Hohendorf, G., Fuchs, P., Hinz-Wessels, A., Philipp, R., Richter, P. (2006). Krankenmord im Nationalsozialismus - Ergebnisse eines Projektes zu den psychiatrischen Patientenakten von den Opfern der "Aktion T4". In W. E. Platz, V. Schneider, Gegen Verdrängen und Vergessen. Todesurteil per Meldebogen. Ärztlicher Krankenmord im NS-Staat. Beiträge zur "Aktion T4". Bd. 1, S. 39-68. Teetz, Berlin: Hentrich & Hentrich.
- Süddeutsche Juristen-Zeitung (Mai 1949). Strafrecht (Euthanasieurteil des Obersten Gerichtshof der britischen Zone). Abgerufen am 20. August 2023 von JSTOR: <https://www.jstor.org/stable/20801241>
- Süddeutsche Zeitung vom 12.+13.7.1958.
- Schmuhl, H.-W. (1987). Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Schmuhl, H.-W. (2006). "Euthanasie" im Nationalsozialismus - ein Überblick. In T. Vormbaum (Hrsg.), Jahrbuch der Juistischen Zeitgeschichte, Bd. 7 (2005/2006), S. 3-15. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag.
- Schwartz, M. (Oktober 1998). Euthanasie-Debatten in Deutschland (1895-1945). Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 46. Jahrgang (4. Heft), S. 617-666.
- Sick, D. (1983). "Euthanasie" im Nationalsozialismus am Beispiel des Kalmenhofs in Idstein im Taunus. Frankfurt am Main: Fachhochschule, Fachbereich Sozialarbeit, Fachbereich Sozialpädagogik.
- Spiegel vom 9.7.1958, S. 28.
- Stöckle, T. (2020). Grafeneck 1940. "Euthanasie"-Verbrechen in Südwestdeutschland. Tübingen: Silberburg.
- Staatsarchiv Freiburg, Akte C 20/1 Nr. 932. Strafrechtliche Verfolgung der Tötung psychisch Kranker aus den badischen Heilanstalten während des "Dritten Reichs" v.a. in der Landespflegeanstalt Grafeneck ("Grafeneck-Prozess") / 1946-1950. Abgerufen am 10. Januar 2021 von <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=5-22475-1>
- Staatsarchiv Freiburg, Akte F 176-1 Nr. 741.
- Staatsarchiv Freiburg, Akte F 30/1 Nr. 3546. Gnadengesuche der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilten ehemaligen Ärzte der Kreispflegeanstalt Hub, Dr. Schreck, Dr. Sprauer (1947-1958). Abgerufen am 10. Januar 2021 von <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=5-123050-1>
- Staatsarchiv Sigmaringen, Akte Wü 29/3 T 1 Nr. 1759/05. Euthanasie-Urteil des Landgerichts Freiburg gegen Dr. Josef Artur Schreck, Dr. Ludwig Sprauer (November 1948) - Bd. 73. Abgerufen am 10. Januar 2021 von <http://landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-90477>
- Stengel, K. (2011). Die ehemaligen NS-Verfolgten - Zeugen, Kläger, Berichterstatter. In J. Osterloh, C. Vollnhals, NS-Prozesse und deutsche Öffentlichkeit. Besatzungszeit, frühe Bundesrepublik und DDR. S. 307-322. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich (15. Mai 1871). Lexetius. Abgerufen am 17. Januar 2023 von <https://lexetius.com/StGB/49,2>

Stuttgarter Nachrichten vom 24.7.1958. Der Weg des Rechts.

Taylor. (2011). Zwischen Krieg und Frieden. Die Besetzung und Entnazifizierung Deutschlands 1944 - 1946. Berlin: Berlin Verlag.

Teller, C. (1990). Carl Schneider. Zur Biographie eines deutschen Wissenschaftlers. Geschichte und Gesellschaft 16. Mediziner im "Dritten Reich".

Topp, S. (2004). Der "Reichsausschuss zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden". In T. Beddies, K. Hübener, Kinder in der NS-Psychiatrie (S. 17-54). Berlin-Brandenburg: be.bra wissenschaft verlag.

LEBENS LAUF

Ramona Schmidt, geboren am 25.01.1984 in Bonn Bad-Godesberg

BILDUNGSWEG

- seit 08/2020 **Promotion**
Universität Heidelberg, Medizinische Fakultät Mannheim
Institut für Geschichte, Theorie und Ethik der Medizin
Doktorvater: Prof. Dr. med. Axel W. Bauer
- seit 10/2016 **Studium der Humanmedizin**
Universität Heidelberg
Medizinische Fakultät Mannheim (10/2021) und Heidelberg
Erster Abschnitt der ärztlichen Prüfung (M1) im Herbst 2018
Zweiter Abschnitt der ärztlichen Prüfung (M2) im Herbst 2021
Dritter Abschnitt der ärztlichen Prüfung (M3) im Dezember 2023
- 06/2016 - 09/2016 **Lehrgang zur Rettungssanitäterin**
HGA Hessen und DRK-Landesverband Rheinland-Pfalz
- 09/2005 - 09/2008 **Bachelor of Arts Musikbusiness**
Popakademie Baden-Württemberg, Mannheim
Auslandssemester in Hultsfred (SWE) und Stockholm (SWE)
- 09/2004 - 08/2005 **Diploma International Music Business**
McNally Smith College of Music, Lübeck
Auslandssemester in Saint Paul/MN (USA)
- 09/2003 - 08/2004 **Studium der Musikwissenschaft**
Universität zu Köln
- 08/1994 - 06/2003 **Abitur**
Amos-Comenius-Gymnasium, Bonn

BERUFLICHER WERDEGANG

- 10/2016 - 07/2023 **Rettungssanitäterin**
ASB Baden-Württemberg e.V., Region Mannheim/Rhein-Neckar
- 09/2011 - 03/2016 **Künstlerbooking, Tourneeleitung**
Wizard Promotions Konzertagentur GmbH, Frankfurt
- 12/2009 - 08/2011 **Key Account Management Live Entertainment**
CTS Eventim AG, Hamburg
- 09/2008 - 11/2009 **Veranstaltungstechnik**
Showtec Veranstaltungstechnik GmbH, Köln

DANKSAGUNG

Meinen allerherzlichsten Dank möchte ich meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. med. Axel W. Bauer, aussprechen. Prof. Bauer hat mich bei der vorliegenden Dissertation in hervorragender Weise mit wertvollen Ratschlägen, wichtigen Denkanstößen und vor allem durch seine nicht zu vergleichende Zuverlässigkeit unterstützt. Außerdem gilt mein besonderer Dank meinen allerliebsten Menschen, die mich immer wieder motiviert haben, Launen ertragen haben, auf mich Verzichtet haben oder mit Rat und Tat zur Seite standen, wann immer ich es brauchte: Thomas Ilg, Louie Ilg und Rita Schmidt.